

# AUSDRUCK

## Das IMI-Magazin

### Ausgabe Dezember 2009

ISSN 1612-7366

#### Inhaltsverzeichnis

##### EU-Militarisierung

*Martin Hanke*

Der Europäische Auswärtige Dienst: 1  
Imperiale Machtpolitik aus einem Guss

##### Afghanistan

*Jürgen Wagner*

Die neue Afghanistan-„Strategie“: 4  
Bürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung

*Christoph Marischka*

„Friendly Fire“ bei der Bundeswehr in Afghanistan 10

##### Deutschland und die Bundeswehr

*Michael Schulze von Glasfer*

Casten für den Krieg: Deutsche Firma wirbt 11  
Zivilisten für US-Kriegsübungen

*Christoph Marischka*

Die Bundeswehr, Blasmusik und eine Kleinstadt 12  
Balingen reagiert hysterisch auf Proteste gegen BW-Musix

*Michael Schulze von Glasfer*

PR-Offensive – die Bundeswehr nach der 13  
Parlamentswahl

##### China

*Andreas Seifert*

Meer erleben – die chinesische Armada auf dem 15  
Weg ins 21. Jahrhundert

##### Bericht vom IMI-Kongress 2009

Krisenmanagement! „Sicherheitsarchitektur“ im 25  
globalen Ausnahmezustand



# Editorial:

Beim 12. IMI-Kongress, der vom 20-21. November stattgefunden hat, haben wir uns mit den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Krieg und Frieden beschäftigt. Der Saal des Deutsch-Amerikanischen Instituts in Tübingen platzte zeitweise aus allen Nähten, ca. 200 Leute haben den Kongress besucht. In diesem AUSDRUCK ist ein kurzer Bericht des Kongress abgedruckt, in den nächsten Wochen folgt dann eine ausführliche Dokumentation der einzelnen Beiträge. Zeitgleich zu unserem Kongress war ein Hörsaal der Uni Tübingen von Studenten besetzt. Da wir aus organisatorischen Gründen den Kongress nicht in den besetzten Hörsaal verlagern konnten, hat Sarah Nagel ihren Vortrag zur Militarisierung von Forschung und Lehre

im Anschluss an den IMI-Kongress in dem besetzten Hörsaal gehalten.

Eine Woche später fand in Balingen - als ganz in unserer Nähe - ein Musikwettbewerb der Bundeswehr statt. Das sogenannte „BW Musix“ dient in erster Linie der Imageverbesserung der Bundeswehr und der Rekrutierung von Nachwuchs für die Armee, auch wenn die balinger Musikvereine dies ebenso wenig wahrnehmen wollten, wie der balinger Bürgermeister oder die lokale Presse. Im letzten AUSDRUCK hatte Michael von Schulze-Glaßer das „BW-Musix“ in den Kontext der Image- und Rekrutierungsprobleme der Bundeswehr gestellt. Dieser Text war vor allem für diejenigen, die die Veranstaltung vor Ort kritisiert haben, eine wichtige

Argumentationshilfe. Eine Beschreibung der Reaktionen in Balingen auf diese Veranstaltung findet sich in dem vorliegenden AUSDRUCK.

Des Weiteren findet ihr in diesem Heft einen Text zum Koalitionsvertrag und zur neuen Afghanistan-Strategie sowie zum Europäischen Auswärtigen Dienst, der gegenwärtig aufgebaut wird und sich zu einem „riesigen zivil-militärischen Monstrum“ zu entwickeln droht. Andreas Seifert hat eine ausführliche Studie zu Chinas Bestrebungen zur See und die Aufrüstung der Marine geschrieben, die in einer gekürzten Vorversion hier abdruckt ist.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

Die Redaktion

## Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Jonna Schürkes, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Andreas Seifert, Meer erleben, ist ein gekürzter Vorabdruck zu einer Studie, die Ende Dezember/Anfang Januar erscheint.

Bildnachweise: S. 1, World Economic Forum, Davos 2009, Wikimedia ; S. 10,

Grafik von 1870, Wikimedia.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Jürgen Wagner, Christoph Marischka und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Martin Hantke ist IMI-Beirat. Michael Schulze von Glaßer ist IMI-Beirat, freier Journalist und Student der Politikwissenschaft.



Titelbild:

海盜 = Piraten

抗海盜保卫祖国 = Die Piraten bekämpfen und das Mutterland schützen

## Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle: Informationsstelle Militarisierung e.V. Hechinger Str. 203 72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

# Der Europäische Auswärtige Dienst: Imperiale Machtpolitik aus einem Guss

Martin Hanke

Mit dem Vertrag von Lissabon sollte Europa ein Gesicht in der Welt erhalten und unter einer Telefonnummer erreichbar sein. Mit der Benennung von Hermann van Rompuy zum EU-Ratspräsidenten und der Britin Catherine Ashton zum Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik, werden beide künftig auf internationalen Gipfeltreffen zusammen mit dem Kommissionspräsidenten auftreten.

Ziel der neuen Posten ist es, in Zeiten zunehmender machtpolitischer Auseinandersetzungen, die „Schlagkraft“ der Europäischen Union über die Bündelung von Kompetenzen deutlich zu erhöhen. Gerade die Eifersüchteilen zwischen der Kommission, bei der große Teile der „zivilen“ Außenpolitik angesiedelt waren, und dem Rat, der für zivile und militärische Einsätze zuständig war, hatten eine „Machtpolitik aus einem Guss“ erheblich beeinträchtigt. Dies wird sich nun mit dem neuen Posten des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik ändern, mit dem diese hinderliche Trennung aufgelöst wird. So heißt es in einem parlamentarischen Gutachten vom 3. November 2009: „Damit wird er [der Hohe Vertreter] einerseits für die Festlegung und Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zuständig sein, andererseits soll er innerhalb der Kommission mit deren Zuständigkeiten im Bereich der Außenbeziehungen und mit der Koordinierung der übrigen Aspekte des auswärtigen Handelns der EU betraut sein.“

Allerdings sind Rompuy und Ashton wenig profiliert, sie sind Pappkameraden, hinter denen die EU-Bürokratie und die großen EU-Mitgliedstaaten, Deutschland, Großbritannien und Frankreich stehen. Sie werden künftig das Sagen haben und die Apparate unter sich aufteilen. Denn es ist jenseits der politischen Ebene, wo derzeit mit der Umsetzung des Vertrags von Lissabon Nägel mit Köpfen gemacht werden. Vor allem die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) wird die europäische Außen- und Sicherheitspolitik völlig neu aufstellen. Er soll künftig nahezu

sämtliche zivilen und militärischen Machtkapazitäten der EU in sich vereinigen und so als Verstärkung nationalstaatlicher Interessenvertretung fungieren. Dieser Dienst ist eine der Moorleichen des Vertrags von Lissabon, die jetzt auftauchen, nachdem sie, solange das Ratifizierungsverfahren noch nicht abgeschlossen war, jahrelang friedlich im EU-Sumpf schlummerten.

## Nach Lissabon

Am 1. Dezember 2009 ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. In den Schubladen von Rat und Kommission lagern die Umsetzungsprojekte. Es ist kein Zufall, dass dem EAD oberste Priorität zukommt. Der Rat hatte auf seiner Tagung vom 17. November 2009 die Erklärung mit dem Titel „Zehn Jahre ESVP – Herausforderungen und Chancen“ verabschiedet, um zu feiern, dass „der Europäische Rat auf dem Kölner Gipfel vom Juni 1999 den historischen Beschluss gefasst“ hat unter Verweis auf die Balkankriege, „die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Komponente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in die Wege zu leiten“. Seitdem, so verkündete man stolz, habe man nicht nur „über 22 ESVP-Missionen und -Operationen in drei Kontinenten eingeleitet, die das gesamte Spektrum der Aufgaben der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Friedenskonsolidierung nach Konflikten abdecken, sondern auch unsere Arbeitsstrukturen reformiert, unsere Planungskapazität ausgearbeitet und weiterentwickelt, unsere Krisenbewältigungs- und Krisenreaktionsfähigkeit verbessert und unsere Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern und beitragenden Drittstaaten intensiviert.“

Ohne Umschweife wird dem Publikum in der Erklärung bedeutet, warum der Vertrag von Lissabon derart wichtig für die Militarisierung der EU ist: „Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird durch eine weitere Verstärkung des gemeinsamen institutionellen Rahmens ein neues Kapitel in der Geschichte der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU aufgeschlagen.“ Die Herzstücke dieser



EU-Außenministerin Catherine Ashton

Militarisierung sind der Hohe Vertreter und der ihm unterstellte EAD: „Das neue Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) unterstützt wird, wird die Effektivität, auch im ESVP-Bereich, erheblich verbessern.“ Und dies soll erst der Anfang sein: „Wir werden nunmehr darauf hinarbeiten, der ersten Inhaberin dieses Amtes eine starke, effiziente und sichtbare Rolle zu sichern. Wir werden entsprechend den Erfordernissen konkrete Schritte ergreifen, um alle Bestimmungen und Artikel des Vertrags von Lissabon, die für die GSVP von Bedeutung sind, umzusetzen“, heißt es in dem EU-Dokument.

Sicherheitspolitik soll dabei im Zentrum europäischer Außenpolitik stehen, nicht nur konzeptionell, sondern auch institutionell, und zwar über einen neuen Grad der Verzahnung auch mit dem EAD: „Bei der Errichtung des EAD werden wir auch darauf achten, die Wirksamkeit unserer Arbeitsstrukturen zur Planung und Durchführung unserer Krisenbewältigungsmissionen und -operationen zu verbessern. Der EAD wird unter der Leitung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik auch für engere Verbindungen zu anderen Instrumenten und Maßnahmen der Europäischen Union sorgen.“

## Ein Dienst ganz eigener Art

Bereits während der Vorläufer des Vertrags von Lissabon, der EU-Verfassungsvertrag, konzipiert wurde, war die Erstellung des EAD die zentrale Idee für den Umbau der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Als Ideengeber reklamiert das Auswärtige Amt dabei sich selbst. Noch unter Außenminister Fischer machten sich die Deutschen im Konventsprozess für den EAD stark. Ursprünglich sollte er einem starken EU-Außenminister untergeordnet werden,

der noch weiter reichendere Vollmachten als der jetzige „Hohe Vertreter“ gehabt hätte. Von vornherein war allerdings die Schaffung einer starken zentralistischen Bürokratie vorgesehen, die als Verstärker nationalstaatlicher Interessen der großen Mitgliedstaaten und damit auch Deutschlands dienen sollte.

Formal ist in Art. 27, Abs. 3 des Vertrags von Lissabon festgehalten: „Bei der Erfüllung seines Auftrags stützt sich der Hohe Vertreter auf einen Europäischen Auswärtigen Dienst.“ Ferner wurde im Vertrag festgelegt, dass der EAD „mit den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten“ zusammenarbeitet und „Beamte aus den einschlägigen Abteilungen des Rates und der Kommission sowie abgeordnetes Personal der nationalen diplomatischen Dienste“ umfasst. Bezüglich des weiteren Fahrplans wurde festgeschrieben: „die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes werden durch einen Beschluss des Rates festgelegt.“ Eben dieser Beschluss soll noch im Dezember 2009 vorformuliert werden und im April 2010 letztendlich gefasst werden. Die nationalstaatlichen Parlamente wie auch das Europäische Parlament haben bei dieser gravierenden Entscheidung nichts zu bestellen, denn bereits im Vertrag von Lissabon wurde festgelegt: „Der Rat beschließt auf Vorschlag des Hohen Vertreters nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Zustimmung der Kommission.“

Wenn jetzt beispielsweise der EU-Außenpolitiker Elmar Brok, der bei der Erarbeitung des Vertrags von Lissabon mitgewirkt hat, fordert, das Europäische Parlament solle bei der Konzipierung des EAD mitentscheiden, scheint es, als könne er sich nicht mehr an das erinnern, was er damals mit abgenickt hat. Die Parlamente bleiben

außen vor. Anhörung ja, aber Mitentscheidung nein. Geradezu klandestin hatte im Sommer 2009 noch vor dem 2. irischen Referendum die Schwedische Ratspräsidentschaft die Vorschläge der großen Drei aufnehmend einen Text zum Aufbau des EAD erarbeitet. Dieser wurde denn auch unmittelbar nachdem Irland grünes Licht gegeben hatte weiter intern bearbeitet und vom EU-Rat schon Ende Oktober abgesegnet.

Alle wesentlichen Grundzüge stehen dabei bereits fest: Es wird ein Dienst „sui Generis“ eingerichtet, d.h. er wird weder dem Rat noch der Kommission untergeordnet werden. Das macht ihn noch unkontrollierbarer. Er wird damit quasi eine eigene Verwaltungsabteilung, wie eine EU-Agentur. Nur dass es jetzt dabei um die größte Agentur geht, die die EU je hatte. Die Planungen für den Stellenbedarf schwanken zwischen 5.000 und über 7.500 Beamten. Das entspricht dem diplomatischen Dienst eines großen Mitgliedstaates. Weshalb der Dienst nicht der Kommission untergeordnet werden soll, verdeutlicht das bereits zitierte parlamentarische Gutachten: „Im Fall der Verankerung des EAD bei der Kommission stünde der EAD unter der Kontrolle des EP, weshalb das EP eine Eingliederung des EAD in die Kommission fordert. Damit würde es auch größere Mitspracherechte bei der Außenpolitik der EU erhalten.“ Da demokratische Mitspracherechte und Gewaltenteilung aus Sicht der Herrschenden aus der Frage von Krieg und Frieden möglichst völlig herausgehalten werden sollen, bot sich die jetzige Lösung als eigenständige Agentur förmlich an.

Das zweite Merkmal, auf das sich die Mitgliedstaaten bereits geeinigt haben, ist der politisch-militärische Charakter des EAD. Das bedeutet, dass auch die militärischen

Strukturen der EU Teil des EAD werden sollen (s.u.). Das wäre in etwa so, als würde man in Deutschland Außen- und Verteidigungsministerium integrieren. Dazu kämen dann noch die wesentlichen Abteilungen des Entwicklungsministeriums. Die dritte entscheidende Festlegung ist, dass Großbritannien und Frankreich sich das Recht gesichert haben, auch Angestellte aus der Privatwirtschaft in die Dienste „hineinzudrücken“. Dafür wird Deutschland offenbar eine wesentliche Rolle bei der Kontrolle der Finanzen spielen. Generell gilt, dass etwa 20% der Angestellten des EAD aus Deutschland kommen sollen. Mit 150plusX stellt man auch ein Fünftel und mehr des höheren Dienstes. Zum EAD werden auch die 130 Auslandsvertretungen der EU gehören, die, wenn es nach dem Willen des großen Drei geht, dann auch Sicherheitsattachés sowie bei Bedarf Terror- und Migrationsabwehrabteilungen bekommen sollen. Eine horizontale Gewaltenteilung wird wie im Amt des Hohen Vertreters selbst aufgehoben, eine zentrale Errungenschaft des bürgerlichen Staates damit mit einem Federstrich zunichte gemacht. Auf EU-Ebene geht es um eine offene knallharte Verschränkung der Apparate, auf eine auch nur scheinbare Trennung der Gewalten wird verzichtet. Es geht um Gewaltverschmelzung zugunsten der internationalen Durchsetzung von Kapitalinteressen der drei großen EU-Mitgliedstaaten.

Selbstverständlich werden und sollen auch die mittleren und kleinen Mitgliedstaaten profitieren. Aber die werden sich konzeptionell und personell nur unzureichend im EAD wieder finden. Dazu kommt die Gefahr, dass für kleinere Mitgliedstaaten eine eigenständige Außenpolitik mit einem schwergewichtigen EAD immer schwieriger werden wird. Die andere Außenpolitik des

## Zurück in die Zukunft: Der EAD als neue EU-Kolonialbehörde

Wer einen Blick in die Zukunft des EAD werfen will, dem sei geraten, sich die Vorbereitung der politischen „Militär“intervention der EU in Somalia in diesen Tagen anzuschauen. Alle diplomatisch-militärischen Dienste werden dort eingespannt, um politische Kräfte am Horn von Afrika zurückzudrängen, die der eigenen Interessensdurchsetzung im Wege stehen. Dabei wird aus dem gesamten Arsenal eines künftigen EAD geschöpft. Während man eine EU-Militärberatungsmission somalischer Soldaten in Uganda und Djibouti auf den Weg bringt, droht man Eritrea diplomatisch, damit es die „Terroristen“, die die EU-Partner in

Somalia in die Enge treiben, nicht unterstützt.

Für die EU soll es die so genannte Somalische Übergangsregierung richten, die man auch zur See mit der vorgeblichen Piratenbekämpfungsmission ATALANTA flankiert. Einziger Schönheitsfehler: Die Piratenüberfälle haben seit Anfang der EU-Mission zugenommen. Und intern diskutiert man darüber, dass die Einführung der Scharia durch die unterstützte somalische Übergangsregierung 2009, wie auch die zunehmenden Steinigungen unter ihrer Verantwortung, ein Problem darstellen könnten – natürlich nur im Bezug auf die Akzeptanz des EU-Engagements in

der Region. Angesichts des Schweigens der Massenmedien in Europa über diesen tagtäglichen Skandal, dürfte dieser EU-Gipfel der Heuchelei wohl kein Hindernis für ein noch stärkeres, auch militärisches Eingreifen am Horn von Afrika darstellen. Eines aber ist sicher, dass der schmutzige Krieg der EU am Horn von Afrika bereits begonnen hat und jetzt schon eine gute Übung für das institutionelle Zusammenwachsen des EAD darstellt. Wie es auch immer kommen mag, die neue Afrika-politik der EU ist ein Blick zurück in die Zukunft. Der EAD wäre nicht die erste Kolonialbehörde, die ihren Sitz in Brüssel hat.



kommunistischen Präsidenten der Republik Zyperns, Dimitris Christofias, z.B. gegenüber Lateinamerika dürfte dann auf noch mehr Widerstände stoßen. Die Konzeption des EAD bedeutet insofern einen Souveränitätsgewinn für Deutschland, Frankreich und Großbritannien, verbunden mit der Gefahr eines massiven Souveränitätsverlusts für die anderen und insbesondere die kleinen EU-Mitgliedsstaaten.

### Der politisch-militärische Dienst

Aus dem Rat wird berichtet, allein Frankreich habe sich einer Einbeziehung der militärischen Strukturen in den EAD widersetzt. Wer dabei allerdings eine gallische Heldentat in der Tradition der *revolution française* vermutet, dürfte sich irren. Vieles spricht dafür, dass es der konservativen Regierung Frankreichs, die sich ungefähr genauso sehr dem gaullistischen Erbe verpflichtet fühlt wie die deutsche Sozialdemokratie dem von Karl Marx, allein darum ging, dass der EAD aus besagten Gründen nicht unter die Kontrolle der EU-Kommission gerät.

Alle operativen militärischen und zivilmilitärischen Strukturen sollen Teil des EAD und so dem Hohen Vertreter unterstellt werden. So wird der zuvor beim Rat ansässige EU-Militärstab ebenso in den EAD integriert, wie das Situation Centre (SitCen), die Nachrichtensammelstelle der EU. Vor allem aber sollen die gleichsam bisher im Rat angesiedelten Generaldirektionen E-VIII, zuständig für die militärisch-strategische Einsatzplanung und Abteilung E-IX (zivile Einsatzplanung) im EAD aufgehen. Gleichzeitig beabsichtigt man DG-VII und IX im neuen „Crisis Management Planning Directorate“ (CMPD) zu vereinigen. Zivile und militärische Aspekte der EU-Politik werden so institutionell verzahnt und verwischen damit bis zur Unkenntlichkeit - wie gesagt, es geht um imperiale Machtpolitik aus einem Guss.

Dabei ist nicht nur bemerkenswert, mit welcher Selbstverständlichkeit dies geschieht, sondern auch, wie sehr diese Konstruktion künftig eine Vorbildwirkung für Strukturen in den EU-Mitgliedstaaten habe könnte. Der Traum der FDP, das Entwicklungshilfeministerium abzuschaffen, droht in der EU schon aufzugehen. „Vernetzte Sicherheit“ schaffen, das ist die Parole der Stunde, die in Europa bereits ihren „Dienst“ gefunden hat. Während man in Deutschland noch auf die Zusammenstellung von Ministeriumsrunden in punkto Afghanistan angewiesen zu sein scheint, ist man in Brüssel bereits einen Schritt voraus. Der EAD ist als politisch-militärischer Dienst auch deshalb so gefährlich, weil er auf diplomatischer Ebene die Blaupause

für eine permanente Vorbereitung von Besatzungsregimen sein wird. Zumindest vereinigt er alles in sich, was hierfür für erforderlich gehalten wird – vom Kolonialkrieger bis zum „zivilen“ Kolonialverwalter (siehe Kasten).

### Tausche Deutsch gegen Hegemonie!

Was die Sprachenfrage des EAD angeht, sprechen böse Zungen in Brüssel bereits davon, das Deutsche als Sprache im EAD werde auf dem Silbertablett des deutschen Imperialismus geopfert. Als Dienstsprachen sind bisher, wie im Sicherheitspolitischen und Politischen Komitee, dem PSK, lediglich Französisch und Englisch vorgesehen. Während die Deutsche Bundesregierung den Bundestag beispielsweise animiert, alle Dokumente, die von der EU-Kommission lediglich auf Englisch nach Berlin versandt werden, zurückzuweisen, macht sie bei der Konzipierung des EAD in Brüssel keinerlei Anstalten, um Deutsch als dritte Arbeitssprache, wie in anderen EU-Gremien durchzusetzen. Zu gewichtig scheinen die Zugeständnisse, die Deutschland in punkto politischer Einfluss auf den EAD gemacht wurden, als dass man sich in der Sprachenfrage mit Briten und Franzosen anlegen müsste. Wie das Nachrichtenportal German-Foreign-Policy Mitte November berichtete, habe der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, gesagt, es sei keineswegs erforderlich, dass Deutschland den Ratspräsidenten oder den Hohen Vertreter stelle – soviel zu den Eingangs erwähnten Pappkameraden. Dort wo die Musik spielt, nämlich auf der unmittelbar darunter liegenden Funktionärschicht, lege man jedoch „großen Wert darauf, entsprechend beteiligt zu sein.“

Fazit: Der weltweite deutsche Einsatz für Kapitalinteressen spricht englisch und französisch. Die deutsche Sprache, auf der man sonst immer so besteht, wenn es um die Frage der EU-Arbeitssprachen geht, gibt man dabei im Rahmen eines – neudeutsch - Pagedeals weg wie einen alten Hund. Wer hätte dies bei einer konservativ-liberalen Regierung für möglich gehalten?

### Die Rechnung bitte!

Keiner weiß genau, wie hoch die Rechnung für den EAD sein soll. Allein es ist schon klar, wer die Zeche dafür bezahlen wird. In der Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu 10 Jahren Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik heißt es dazu lapidar: „Wir erkennen an, dass der *GASP-Haushalt den Erfordernissen* unserer Politik und den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen *angemessen sein sollte.*“ Jetzt erst wird greifbar, was mit der Aufrüstungsverpflichtung des

Vertrags von Lissabon gemeint ist. In der ESVP-Erklärung heißt es: „Wir verpflichten uns zur weiteren Verbesserung unserer *Kapazität zur Bereitstellung nationaler und multinationaler Fähigkeiten* für Krisenbewältigungsmissionen und -operationen der Europäischen Union. Der Ausbau der ESVP erfordert eine größere Verfügbarkeit von zivilem und militärischem Personal und von Ausrüstung.“

Damit wird ein erheblicher Mehrbedarf an Finanzmitteln für den Ausbau der Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen, aber auch für den EAD im Besonderen verknüpft. Es gibt zwar auch andere Überlegungen, im EAD-Bericht der schwedischen Ratspräsidentschaft wird aber vorgeschlagen, dass künftig der Hohe Vertreter das Gesamtbudget des Dienstes vorschlagen und er einen eigenen Haushaltstitel erhalten soll – ein sehr nettes Feature, das perspektivisch zu einem sprunghaften Anstieg des Gesamtbudgets führen könnte. Doch woher soll das Geld kommen? Ab 2014 wird ein ganz erheblicher Finanzmehrbedarf für den EAD erwartet. Eine signifikante Steigerung des EU-Haushalts in der nächsten Legislatur ist jedoch nicht zu erwarten. In der EU-Kommission wird deshalb zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten diskutiert, die Strukturfonds für die Regionen anzutasten und ab 2013 bestimmte Strukturförderungen, die für die ärmeren EU-Regionen von zentraler Bedeutung sind, einfach auslaufen zu lassen. Die zweite Idee ist nicht minder perfide. Hier geht es um einen Angriff auf die Agrarfonds, die zusammengestrichen werden sollen, um Geld für das Gesicht Europas in der Welt lockerzumachen. Die Richtungsentscheidung ist, inwieweit die freigesetzten Gelder für die Militarisierung der Europäischen Union verwendet werden. In diesem Zusammenhang platzierte Michael Dauderstädt, seinerzeit Leiter der Internationalen Politikanalyse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung bereits im Januar 2004 einen Artikel in der *Financial Times Deutschland*, der sich nun auf gruselige Weise als nachgerade prophetisch herausstellt: „Die Europäische Union hat 2002 etwa 46 Mrd. Euro für die Landwirtschaft ausgegeben. [...] Die EU sollte dieses Geld besser für die Forschung, Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern einsetzen [...] In der offensiven Bekämpfung muss die Rüstung ein Militär ausstatten, dessen Einsatzprinzipien denen einer globalen Polizeitruppe entsprechen. Das Zerstörungspotential muss präzise sein. Das Einsatzgebiet ist oft außerhalb Europas. [...] Europa braucht eine gemeinsame Rüstungspolitik statt der Gemeinsamen Agrarpolitik, also Kanonen statt Butter.“

# Bürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung

## Die neue Afghanistan-„Strategie“

von Jürgen Wagner

Bereits im März 2009 hatte die frisch gewählte US-Regierung unter Barack Obama eine neue Afghanistan-Strategie ausgegeben. Sie setzte im Wesentlichen auf umfangreiche Truppenerhöhungen, eine Ausweitung der Kampfhandlungen auf Pakistan („AFPAK“), eine größere Beteiligung der Verbündeten und – immer wichtiger – den massiven Aufbau afghanischer Repressionsapparate (Armee und Polizei). Auch die EU-Verbündeten unterstützten diese Neu-Ausrichtung vorbehaltlos: „Die Außenminister der Europäischen Union haben die neue Afghanistan-Strategie von US-Präsident Barack Obama einhellig begrüßt.“ (Focus Online, 27.03.2009)

Nachdem diese Maßnahmen den Krieg wie absehbar noch weiter eskaliert haben, entbrannte in Washington – und in Brüssel – eine heftige Debatte um das weitere Vorgehen. Auf der einen Seite fand sich US-General Stanley McChrystal, Kommandeur der NATO Truppen in Afghanistan. Obwohl Anfang Dezember 2009 bereits über 110.000 westliche Soldaten am Hindukusch stationiert sind (etwa 80.000 unter NATO- und 30.000 unter US-Kommando), forderte er nachdrücklich 40.000 weitere Kämpfer. Auf der anderen Seite plädierte US-Vizepräsident Joseph Biden dafür, das Engagement künftig auf die Bekämpfung von Al-Kaida zu beschränken und damit die Truppen deutlich zu reduzieren. Am 1. Dezember 2009 verkündete Barack Obama seine – offensichtlich innerhalb der NATO abgestimmte – Entscheidung in dieser Frage. Das Ergebnis ist ein schlechter Kompromiss aus beiden Ansätzen: Zunächst wird die Truppenzahl nochmals um 30.000 Soldaten drastisch erhöht, perspektivisch soll aber der massive Ausbau afghanischer Kräfte es ermöglichen, die Präsenz in Richtung der Biden-Lösung zu verringern.

Gleichzeitig forderte Obama in seiner Rede am 1. Dezember die NATO-Verbündeten unmissverständlich dazu auf, ihre Kontingente ebenfalls zu erhöhen, und zwar im Umfang von 7.000 bis 9.000 Soldaten. 2.000 bis 2.500 davon sollen aus Deutschland kommen, so die Vorstellung des US-Präsidenten (Handelsblatt,

02.12.2009). Zwar enthält das Anfang Dezember verabschiedete Afghanistan-Mandat der Bundeswehr unmittelbar keine Kontingenterhöhung, wie von den USA gefordert, es deutet sich jedoch bereits jetzt an, dass diese im Nachklapp zur Internationalen Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 in London vollzogen werden dürfte – im Mandat wurden hierfür jedenfalls bereits ganz offensichtlich die Weichen gestellt.

Perspektivisch sollen die westlichen Truppen aber – so es die Sicherheitslage erlaubt – auf ein möglichst geringes Maß verringert werden, und zwar bereits ab dem Jahr 2011. Dies war sowohl der Tenor der Rede des US-Präsidenten als auch von Aussagen des neuen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg: man wolle (sprich: könne) schließlich nicht ewig in Afghanistan bleiben. Da man aber unbedingt auch künftig ein pro-westliches Regime an der Macht halten möchte, muss die afghanische Zentralregierung über den Aufbau der Repressionsorgane in die Lage versetzt werden, sich künftig auch bei einer reduzierten westlichen Militärpräsenz an der Macht zu halten. Der Kern der neuen „Strategie“ besteht deshalb darin, schnellstmöglich einheimische Kräfte den Großteil der „Drecksarbeit“ übernehmen zu lassen, um die allerspätestens nach den jüngsten Wahlen völlig diskreditierte Karzai-Regierung gegen den Widerstand im eigenen Land an der Macht zu halten. Wie bereits am Beispiel Irak vorexerziert, dürften erhebliche westliche Truppenteile als „Rückversicherung“ im Land verbleiben, um bei Bedarf einzugreifen, sollten die afghanischen Regierungstruppen in allzu große Schwierigkeiten geraten. Der vollmundig versprochene (Teil)Abzug ist also eine Mogelpackung: „Bürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung“, mit dieser Formel lässt sich die neue westliche Afghanistan-Strategie bündig zusammenfassen.

Für diese „Afghanisierung des Krieges“ wurde die Zielgröße für die afghanische Polizei und Armee inzwischen massiv angehoben. Bei der Ausbildung der afghanischen Polizei kommt sowohl Deutschland als auch der Europäischen Union als Ganzes

eine zentrale Rolle zu, die noch weiter ausgebaut werden soll. Afghanistan droht damit aber sehenden Auges zu einem autoritären Militärstaat zu werden, in dem die vom Westen aufgebauten – und beaufsichtigten – Regierungstruppen einen permanenten Bürgerkrieg gegen den vorwiegend paschtunischen Widerstand führen werden. Nicht zuletzt, weil dies auch zu Guttenberg klar ist, argumentierte er, die angestrebte Reduzierung der Präsenz erfordere es einzugestehen, „dass man in Afghanistan an seine Grenzen stößt, wenn man von einer Demokratie westlichen Stils zu träumen beginnt.“ (FAZ, 11.11.2009)

### Washington: Eskalationskonsens

Laut New York Times (11.11.2009) wurden Barack Obama vier verschiedene Optionen vorgelegt. Sie sahen einen Truppenaufwuchs von entweder 20.000, 25.000 oder 30.000 Soldaten vor (die letzte Option wird nicht näher beschrieben, scheint aber keine Truppenerhöhungen beinhaltet zu haben). Dem Bericht zufolge hatten sich Verteidigungsminister Robert Gates, Generalstabschef Mike Mullen und Außenministerin Hillary Clinton darauf verständigt, die 30.000er-Option zu befürworten. Insofern war es keine Überraschung, als Präsident Barack Obama am 1. Dezember 2009 schließlich verkündete, er werde 30.000 weitere US-Soldaten an den Hindukusch entsenden. Vordergründig scheint es damit so, als habe sich Obama auf die Seite McChrystals geschlagen. Aber, wie gesagt, das Komplettpaket setzt sich eher aus den problematischsten „Highlights“ beider Ansätze zusammen (s.u.).

Unmissverständlich ist die neue US-Regierung bezüglich der Tatsache, dass sie nicht gedenkt, die neuerlichen Truppenaufstockungen vollständig im Alleingang zu schultern. Seit Jahren wird von den EU-Verbündeten, allen voran von Deutschland, eine Vergrößerung des Engagements gefordert. So wurde der amerikanische NATO-Botschafter Ivo Daalder diesbezüglich Anfang Juli 2009 überdeutlich: „Die Vereinigten Staaten erfüllen ihren Teil, Europa und Deutschland können und sollten mehr tun.“ (FAZ, 01.07.2009) Dabei lässt sich insgesamt festhalten, dass der Druck der US-Regierung bislang überaus erfolgreich war: allein zwischen Ende 2006 und Frühjahr 2009 erhöhten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre Beteiligung an der NATO-Truppe ISAF um über 50%.<sup>1</sup>

Trotz der nun erfolgten deutlichen Forderung Obamas, 7.000-9.000 zusätzliche Soldaten zu entsenden, hält sich die Begeisterung dafür in Reihen der EU-Staaten angesichts der Skepsis in der eigenen Bevöl-

kerung in engen Grenzen. So sprachen sich die EU-Verteidigungsminister auf ihrem Treffen Ende September 2009 – vorläufig – gegen die Entsendung weiterer Truppen aus. Vollmundig verkündeten darüber hinaus zunächst Ex-Verteidigungs- und Ex-Arbeitsminister Franz-Josef Jung und anschließend sein Nachfolger Karl-Theodor zu Guttenberg, man beabsichtige keine weitere Erhöhung des Kontingents – nicht ohne sich jedoch dabei ein mehr als offensichtliches Hintertürchen offen zu halten.

### **Mandatsverlängerung: Deutsche Truppenerhöhung im Frühjahr?**

Anfang Dezember verlängerte der Bundestag einmal mehr das Mandat für den Afghanistan-Einsatz, und zwar vorläufig bis zum 13. Dezember 2010. Bemerkenswert sind dabei allein schon die explosionsartig steigenden Kosten: Waren es 2008 noch 536 Mio. Euro (eingeplant waren ursprünglich 487 Mio.), sind für 2009 bereits 688 Mio. vorgesehen (allerdings für 14 Monate). Für die kommenden zwölf Monate sieht der Antrag der Bundesregierung nun einen Gesamtbetrag von 820,7 Mio. Euro vor.

Unklar war lange, inwieweit den US-Forderungen nachgekommen würde, nochmals deutlich mehr Bundeswehrsoldaten an den Hindukusch zu entsenden. Hier ist das Mandat – vordergründig – eindeutig: „Das deutsche ISAF-Kontingents soll unverändert max. 4500 Soldatinnen und Soldaten umfassen.“ Allerdings hat zu Guttenberg die Frage der Truppenerhöhungen lediglich auf den Zeitpunkt nach der Internationalen Afghanistankonferenz im Januar 2010 verschoben. Er ließ bewusst offen, ob danach nicht doch ein weiterer Aufwuchs mit einem neuen bzw. angepassten Mandat auf den Weg gebracht werden wird (so geschehen etwa beim Tornado-Einsatz oder der AWACS-Kontingenterhöhung). Und auch das neue Afghanistan-Mandat hält hier ein Hintertürchen bereit: „Es ist Absicht der Bundesregierung, im Lichte der Konferenz den deutschen zivilen und militärischen Beitrag im Rahmen des internationalen Gesamtengagements in Afghanistan einer erneuten Prüfung zu unterziehen und bei Bedarf dem Parlament ein dementsprechend angepasstes Mandat zur Billigung vorzulegen.“ Gut möglich also, dass kurz nach der Afghanistan-Konferenz argumentiert wird, nun, da sich die gesamte „internationale Gemeinschaft“ auf eine gemeinsame Strategie für mehr Truppen geeinigt habe, sei es allein schon aus Bündnissolidarität für Deutschland unmöglich, sich hier weiter zu verschließen. Vor diesem Hintergrund betonte der Verteidigungsexperte der CDU/CSU-Fraktion Ernst-Rein-

hard Beck bereits, er könne sich auch eine Erhöhung des deutschen Kontingents auf 6.000, 8.000 oder womöglich gar 10.000 Soldaten vorstellen, sofern dies militärtaktisch erforderlich sei. Damit bewegt sich Beck sogar über den jüngsten Forderungen der US-Regierung (Reuters, 15.11.2009).

Ungeachtet aber der Frage, wie viele Soldaten letztlich zusätzlich an den Hindukusch geschickt werden: in den westlichen Chefetagen ist man sich schon lange darüber klar geworden, dass diese keine Chance haben werden, das Land effektiv unter Kontrolle zu bekommen. Denn das US-Militär rechnet damit, dass für eine „erfolgreiche“ Aufstandsbekämpfung 20-25 Soldaten auf 1.000 Einwohner erforderlich sind, was für Afghanistan einen Bedarf von 640-800.000 Truppen ergibt.<sup>2</sup> Es steht außer Frage, dass ein solches Kontingents niemals mobilisiert werden kann. Im Kalkül der neuen westlichen Afghanistan-Strategie soll deshalb der neuerliche massive Truppenaufwuchs vor allem eins erreichen: er soll die erforderliche Zeit verschaffen, um die afghanischen Repressionsapparate soweit aufgebaut zu haben, damit diese künftig weitgehend im Alleingang die Drecksarbeit übernehmen können.

### **Afghanisierung des Krieges**

Aufgrund der Schwierigkeiten, ein Land allein mit westlichen Soldaten „befrieden“ (sprich: kontrollieren) zu können, sind inzwischen „Sicherheitssektorreformen“ ein wesentliches Element der US-amerikanischen, vor allem aber der europäischen Militärstrategie geworden<sup>3</sup>: der Aufbau von Repressionsapparaten soll pro-westliche Machthaber in die Lage versetzen, sich möglichst ohne allzu große direkte Unterstützung am Ruder halten zu können. Auch in Afghanistan beabsichtigt man, die eklatante Lücke zwischen verfügbaren westlichen Truppen und tatsächlichem Bedarf nun durch eine massive „Afghanisierung“ des Krieges zu schließen. Baldmöglichst sollen einheimische Kräfte in der Lage sein, den Großteil der Kampfhandlungen im Alleingang zu schultern. Im neuen Afghanistan-Mandat heißt es dazu: „Es bleibt das Ziel, die afghanische Armee und die Polizei möglichst schnell in die Lage zu versetzen, selbstständig für ein sicheres, entwicklungsförderndes Umfeld zu sorgen. Mit zunehmender Befähigung der afghanischen Sicherheitskräfte soll die Sicherheitsverantwortung schrittweise den Afghanen übertragen werden.“

Für diesen Zweck wurden die Zielgrößen der afghanischen Polizei und Armee unlängst drastisch nach oben gesetzt. Während die afghanische Armee ursprünglich

70.000 Soldaten umfassen sollte, wurde diese Zahl schnell auf zunächst 134.000 angehoben. Doch damit nicht genug: ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal hat bereits die neue Zielgröße von 270.000 Soldaten ausgegeben. Auch die afghanische Polizei, de facto Paramilitärs, soll deutlich vergrößert werden. Ursprünglich wurden 62.000 anvisiert, nun sind 140-160.000 Polizisten vorgesehen (CNN, 04.08.2009).

Bereits heute sind die Europäische Union und insbesondere Deutschland in diesem Bereich am sichtbarsten engagiert, indem sie Teile der Polizeiausbildung übernehmen und damit eine wichtige direkte Unterstützung der Besatzung leisten. Nun deutet sich jedoch an, dass dieser Beitrag massiv ausgebaut werden könnte. Denn es steht außer Frage, dass Washington für die Zurückhaltung, was die Entsendung weiterer Soldaten anbelangt, Kompensationsleistungen erwarten dürfte. Schon im Frühjahr 2009 deutete US-Verteidigungsminister Robert Gates mit folgenden Worten einen möglichen Kompromiss an: „Ich denke offen gestanden, da wir unsere Anforderungen auf zivile Experten und Polizeiausbilder konzentrieren werden, wird dies für [die] Europäer zu Hause einfacher sein, als die Bitte, mehr Soldaten zu schicken. Die Dinge, um die wir bitten, sind für sie politisch einfacher, so dass sie trotz ihrer Wirtschaftsprobleme diese Anforderungen erfüllen werden.“ (Streitkräfte & Strategien, 04.04.2009)

Und genau in diese Richtung scheint nun der Hase zu laufen: „Washington hofft, die NATO-Verbündeten davon überzeugen zu können, zumindest zusätzliche Ausbilder für die afghanische Armee und Polizei zu entsenden. Diese Beiträge könnten die Gesamtgröße nahezu auf das Niveau der 40.000 bringen, die McChrystal gefordert hat“, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters (10.11.2009). Auch wenn man sich, wie oben ausgeführt, die Option offen hält, nach der Afghanistan-Konferenz im Januar auch die Zahl der Kampftruppen zu erhöhen, so sind vor diesem Hintergrund für Deutschland allerlei Kuhhandel denkbar, Washington bei der weiteren Eskalation unter die Arme zu greifen. Viel sagend merkte auch US-Außenministerin Hillary Clinton an: „Es gibt also eine Reihe von Möglichkeiten, wie Deutschland mitmachen kann.“ (Die Welt, 11.11.2009)

Prägnant brachte die Berliner Zeitung (03.12.2009) die Angelegenheit auf den Punkt, wie ggf. den neuen US-Forderungen entsprochen werden könnte: „Das müssen nicht unbedingt nur militärische Beiträge sein. [...] Seit Jahr und Tag fordern Experten die Entsendung Hunderter, wenn nicht



Parade im EUPOL-Ausbildungslager - Foto: Eupol

Tausender von Feldjägern nach Afghanistan. Diese Kreuzung aus Soldat und Polizist ist am besten geeignet, in Afghanistan eine Truppe aufzubauen, die der französischen Gendarmerie oder den italienischen Carabinieri ähnelt. So eine Truppe brauchen die Afghanen, um wenigstens einigermaßen für die Sicherheit im eigenen Land sorgen zu können. Das wäre ein Beitrag, mit dem die Bundesregierung den Obama-Plan tatsächlich unterstützen könnte.“ (Berliner Zeitung 03.12.2009). Bezeichnenderweise berichtete der Spiegel bereits am 12. Oktober, an die Bundesregierung sei die US-Forderung ergangen, 1.200 weitere Ausbilder für die NATO-Trainingsmission nach Afghanistan zu entsenden.

### **EUPOL Afghanistan: Hilfe beim Aufbau der Repressionsorgane**

Deutschland hatte lange die Führungsrolle beim Polizeiaufbau in Afghanistan inne. Von Anfang an bestand dabei das Ziel in der „Schaffung einer afghanischen Gendarmerie“, so die Bundesregierung (Drucksache 16/6703). Sie sollte die Antwort auf die Frage liefern, „wie den Aktivitäten der Aufständischen begegnet werden kann.“ Doch die deutsche Performance stieß auf heftige Kritik seitens der Verbündeten; denn bis zum Jahr 2007 war es lediglich gelungen etwa 5.000 Polizisten auszubilden.

Vor diesem Hintergrund begann die Europäische Union ab Oktober 2006 die Möglichkeiten für die Entsendung einer Polizeiausbildungsmission zu evaluieren. Dies führte schließlich am 20. Mai 2007 zur Verabschiedung der Gemeinsamen Aktion (2007/369) über die Einrichtung einer Polizeimission der Europäischen Union als Rechtsgrundlage zur Entsendung von EUPOL Afghanistan. Laut Ratsbeschluss 2007/369 besteht das Ziel der

zunächst auf drei Jahre bewilligten Mission darin, die Regierung in Kabul dabei zu unterstützen, „dass unter afghanischer Eigenverantwortung tragfähige und effiziente Strukturen der Zivilpolizei geschaffen werden.“ Hierfür konzentriert sich die Mission auf folgende Tätigkeiten: Ausbildung, Beobachtung, Beratung und Betreuung der afghanischen Polizei. Als größter Beitragszahler des „Law and Order Trust for Afghanistan“ (LOFTA) kommt die Europäische Union darüber hinaus nicht nur für den Löwenanteil der Kosten für die Ausbildung der afghanischen Polizisten auf, sondern auch für deren Gehälter.<sup>4</sup>

In der Praxis macht EUPOL Afghanistan nichts anderes, als Paramilitärs auszubilden. Detlef Karioth, Leitender Polizeiberater an der deutschen Botschaft in Kabul, gibt an: „Was wir uns für Afghanistan vorstellen, ist eine Polizei, die in der Lage wäre, sich gegen die bewaffneten Kräfte im Land zu verteidigen. Wir bilden hier ja nicht nur Straßenpolizisten aus. Unser Bestreben ist, sie so auszubilden, dass sie überleben können.“ (FAZ, 13.03.2009) In einem Militärblog heißt es ganz ähnlich: „Die Polizei steht in Afghanistan nicht Kleinkriminellen gegenüber wie in Europa, sondern einem Gegner, der teilweise mit Infanterietaktiken und in Kompaniestärke operiert. In Afghanistan muß die Polizei daher zwangsläufig auch paramilitärische Aufgaben übernehmen.“<sup>5</sup> Stolz wird denn auch im EUPOL-Hausblatt vermeldet, man beteilige sich auch an Aufstandsbekämpfungskursen für die afghanische Polizei, die vom US-Verteidigungsministerium abgehalten würden.<sup>6</sup>

Zunächst war der Umfang von EUPOL Afghanistan auf 200 Beamte begrenzt. Im März 2008 wurde jedoch eine Verdopplung auf 400 Beamte beschlossen. Ende Sep-

tember 2009 waren jedoch lediglich 264 Beamte im Einsatz, schnellstmöglich soll aber nun die Kontingentobergrenze erreicht werden. Doch diese Zahl dürfte bei weitem nicht ausreichen, um die hochgesteckten Ausbildungsziele auch nur annähernd erreichen zu können, weshalb vor allem die USA auf eine weitere massive Aufstockung drängen. Die damalige US-Botschafterin bei der NATO in Brüssel, Victoria Nuland, hatte bereits Ende 2007 eine Erhöhung auf mindestens 5.000 Beamte gefordert (Spiegel Online, 12.12.2007). Dies wurde – wenn auch noch nicht in diesem Umfang – u.a. vom einflussreichen European Council on Foreign Relations aufgegriffen. Um den USA wenigstens halbwegs entgegenzukommen, sei es unbedingt erforderlich, mindestens 500 weitere Beamte zu entsenden, so eine Studie über den EU-Beitrag am Krieg in Afghanistan.<sup>7</sup> Auch die „European Union-Afghan Joint Declaration“ vom Juni 2009 betont „die Entschlossenheit der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten, die Zahl der EUPOL in Afghanistan zu erhöhen.“ Darüber hinaus strebt man auch eine deutlich engere Verzahnung mit der NATO an.

### **Brothers in arms: Verzahnung von NATO und EU**

Die Europäische Union ist – glaubt man ihren eigenen zweifelhaften Verlautbarungen<sup>8</sup> – kein Militärbündnis und sollte demzufolge auch keine engen Kontakte zur NATO unterhalten. Das Institute for Security Studies der Europäischen Union gibt jedoch an, für die Verbesserung der Partnerschaft mit den USA müsse die NATO-EU-Zusammenarbeit unbedingt intensiviert werden.<sup>9</sup> Ganz in diesem Sinne fordert auch das Europäische Parlament, „dass die Beziehungen zwischen der Euro-



päischen Union und den Vereinigten Staaten gestärkt werden sollten.“ Hierfür sollte „die Synergie zwischen der EU und der NATO in bestimmten militärischen Bereichen durch gemeinsame Pilotvorhaben gestärkt werden.“<sup>10</sup> Folgerichtig lässt sich in den letzten Jahren beobachten, dass NATO und EU auch bei Einsätzen vor Ort immer stärker Hand in Hand arbeiten. Das derzeit krasseste Beispiel hierfür ist der Kosovo, wo die „zivile“ EU-Mission EULEX mittlerweile in gemeinsamen Manövern mit der NATO-Truppe KFOR die Niederschlagung von Protesten probt. Doch auch in Afghanistan wird die Zusammenarbeit immer weiter intensiviert.

So wurde auf dem NATO-Gipfel im April 2009 beschlossen, „eine NATO Training Mission – Afghanistan (NTM-A) innerhalb der ISAF einzurichten, um das höherstufige Training der afghanischen Armee und das Training und die Überwachung der afghanischen Polizei zu beaufsichtigen. [...] Die European Gendarmerie Force könnte diesbezüglich eine aktive Rolle spielen.“<sup>11</sup> Die „European Gendarmerie Force“ (EGF) ist eine paramilitärische Polizeitruppe, die Anfang 2006 ins Leben gerufen wurde und deren Aufgabenprofil u.a. auch die Aufstandsbekämpfung mit einschließt. Auf französische Initiative sollen jetzt bis Januar 2010 etwa 500 EGF-Polizisten nach Afghanistan entsandt werden.

Ganz offensichtlich wird hier eine enge Verzahnung zwischen NTM-A – also einem Einsatz der Militärallianz NATO – und der „zivilen“ EUPOL Mission angestrebt: „Die Staats- und Regierungschefs haben im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens die Einrichtung einer ‚NATO Training Mission Afghanistan‘ beschlossen. [...] Dies schließt die Koordinierung mit EUPOL Afghanistan sowie die Verlegung von Kräften der EU Gendarmerie Force mit ein.“<sup>12</sup> Auf dem EU-Ratstreffen im Juni 2009 wurde diese Verzahnung ganz offiziell begrüßt: „Der Europäische Rat unterstreicht die Bedeutung der in Aussicht genommenen Entsendung der Europäischen Gendarmetruppe, die in Afghanistan im Rahmen der NATO-Ausbildungsmission – Afghanistan (NTM-A) eingesetzt würde und eine ergänzende Initiative beim Aufbau der Polizeikapazität wäre.“<sup>13</sup>

Ganz offensichtlich sind die „zivilen“ ESVP-Missionen wie im Kosovo und in Afghanistan nicht als *Alternative*, sondern als *Ergänzung* zu Militäreinsätzen der NATO gedacht, wie ein Beitrag im derzeit wichtigsten Sammelband zur Zukunft der EU-Militärpolitik bestätigt: „Im Kosovo und in Afghanistan implementiert die Europäische Union ihre eigenen zivilen

Krisenmanagementmissionen parallel zu NATO-Militäroperationen und es findet eine praktische Kooperation vor Ort statt.“<sup>14</sup> Auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort wird dabei wenig bis keine Rücksicht genommen – ebenso wenig wie auf die vorgeblichen Ziele solcher Einsätze, die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, wie das Beispiel Afghanistan überdeutlich zeigt.

### Übergabestrategie in Verantwortung?

Ganz ähnlich wie zu Guttenberg, der meinte man könne ja schließlich nicht bis zum „Sankt-Nimmerleins-Tag“ am Hindukusch bleiben, äußerte sich auch Kanzlerin Angela Merkel in ihrer jüngsten Regierungserklärung. Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan müsse nun „in eine neue Phase“ geführt werden. Es gelte jetzt auszuarbeiten, „wie und mit welchen konkreten Schritten“ die neue Phase gestaltet werden könne. „Wir wollen eine Übergabestrategie in Verantwortung festlegen.“ (Die Welt, 11.11.2009)

Unverkennbar macht sich auch in der Bundesregierung eine gewisse Kriegsmüdigkeit breit. Man bereitet sich derzeit auf einen geordneten Teilrückzug vor, indem der Großteil der Kampfhandlungen auf die künftig bereitstehende afghanische Armee und Polizei abgewälzt werden soll. Dass es sich hierbei allerdings um einen Drahtseilakt handelt, wissen auch die westlichen Militärstrategen. Denn ob die Regierungstruppen in der Lage sein werden, den Aufstand „effektiv“ zu bekämpfen, ist mehr als fraglich.<sup>15</sup> Insofern ist davon auszugehen, dass erhebliche westliche Kräfte als „Rückversicherung“ noch lange im Land stationiert bleiben werden. Ganz ähnlich versuchen die USA ihr Profil im Irak herunterzufahren. Man reduziert die direkte Beteiligung an Kampfhandlungen, die mehr und mehr auf die irakischen Regierungskräfte übertragen werden, und greift lediglich dann direkt ein, wenn man es als unumgänglich erachtet, um zu gewährleisten, dass die Geschicke des Landes den gewünschten Verlauf nehmen. Wie gesagt, bei den versprochenen Abzugsplänen handelt es sich um eine Mogelpackung: „Eine solche ‚Übergangsstrategie‘ ist in keiner Weise einer Ausstiegsstrategie gleichzusetzen“, betont deshalb auch die Europäische Union.<sup>16</sup>

Worum es dabei in Wahrheit geht, ist eine „Afghanisierung der Opfer“. Wie die Kampfhandlungen künftig wohl immer häufiger ablaufen werden, wurde bereits bei der „Operation Adler“ vorexerziert. Dabei handelte es sich um eine von Mitte bis Ende Juli 2009 dauernde gemeinsame Operation,

an der 900 afghanische Einheiten, 300 Bundeswehrsoldaten der Quick Reaction Force sowie Predator-Drohnen der USA zum Einsatz kamen. Ziel war es, im Raum Kunduz ein Gebiet freizukämpfen, das zuvor vom afghanischen Widerstand eingenommen worden war. Während die deutschen Einheiten einen Ring um das Gebiet zogen und – erstmals in der Geschichte der Bundeswehr – schwere Artillerie einsetzten, indem Stellungen von außen beschossen wurden, gingen die afghanischen Kräfte direkt gegen den Widerstand vor und übernahmen damit den gefährlichen Teil der Operation. Kein Wunder also, dass dabei ausschließlich die afghanischen Einheiten Verluste und Verletzte erlitten, Bundeswehr-Soldaten kamen bei dem Einsatz nicht zu Schaden. Auch wenn man sich insgesamt eher auf die Beaufsichtigung der Kampfhandlungen beschränkte, Operation Adler stellte dennoch einen wichtigen Schritt zur weiteren Barbarisierung der deutschen Militärpolitik dar: „Die Tragweite des deutschen Beitrags spiegelt sich in der Aussage von Oberstleutnant Hans-Christoph Grohmann, Kommandeur der QRF, wider, der einen seiner Offiziere als ‚den ersten Oberleutnant, der nach 1945 eine Infanterie-Kompanie im Angriff geführt hat‘ vorstellte.“<sup>17</sup>

Insgesamt scheint die Strategie zunehmend „Erfolge“ zu zeitigen. Während sich die Verluste sämtlicher westlicher Truppen seit 2001 auf insgesamt 1528 belaufen, kamen allein 2007 und 2008 bei den Kämpfen 2117 afghanische Soldaten und Polizisten ums Leben.<sup>18</sup> Insofern ist es mehr als zynisch, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel schon seit Jahren davon spricht, es sei notwendig, dass die Kampfhandlungen in Afghanistan „Schritt für Schritt ein afghanischeres Gesicht bekommen.“ (Spiegel, 03.11.2007) Dies ist umso zynischer, da diese Afghanisierung des Krieges mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Bürgerkrieg neu entflammen dürfte. Von einer „Übergabestrategie in Verantwortung“, wie es Merkel formulierte, kann also keinerlei Rede sein, das voraussehbare Drama wird jedoch offenbar billigend in Kauf genommen – die grusligen Szenarien, was passiert, wenn man diesen Weg weiter beschreitet, liegen bereits auf dem Tisch.

### Afghanistans Zukunft: Dauerbürgerkrieg

Das Center for a New American Security (CNAS), eine Denkfabrik mit engsten Verbindungen zur Obama-Administration, veröffentlichte unlängst ein Papier, in dem drei mögliche Zukunftsszenarien für Afghanistan präsentiert wurden.<sup>19</sup> Unwahrscheinlich, aber möglich, sei eine nach-

haltige Stabilisierung des Landes ebenso wie der – aus westlicher Sicht – schlimmste Fall, ein Sieg der Widerstandsgruppen über die Karzai-Regierung und die Etablierung neuer, dezidiert anti-westlicher Machthaber.

Vermutlich werde die Entwicklung aber in folgende Richtung gehen: „Im wahrscheinlichsten Szenario wird die Obama-Regierung vorsichtig zu einer koordinierten Anti-Terror-Mission übergehen, bei der das alliierte Engagement sich auf das Training der afghanischen Armee, die Durchführung von Präzisionsangriffen aus der Luft und Spezialoperationen am Boden beschränkt. [...] Dieses wahrscheinlichste Szenario erlaubt es den USA und ihren Verbündeten weiterhin Einfluss in Zentralasien auszuüben und eine vollständige Rückkehr der Taliban zu verhindern.“ Damit wären dann auch die Präferenzen Joseph Bidens berücksichtigt, der, wie anfangs erwähnt, das US-Engagement genau hierauf beschränkt wissen will. Allerdings betont das CNAS-Papier auch: „Eine kurzfristiger Truppenerhöhung wird diesem Übergang vorausgehen.“ Genau dies ist nun ebenfalls eingetreten, indem McChrystals Forderung nach mehr Soldaten nachgekommen wurde.

Recht unverblümt wird in dem Dokument zudem beschrieben, was ein solches Szenario für Afghanistan bedeuten würde: „Afghanistan bleibt im Bürgerkrieg zwischen der Regierung in Kabul, die im Wesentlichen von den Politikern und Warlords geführt wird, die das Land zwischen 1992 und 1996 befehligten, und einer entrechteten paschtunischen Gesellschaft im Süden und Osten gefangen.“ Die geringe Akzeptanz der Karzai-Mannschaft zeigt sich auch in einer Umfrage von Integrity Watch Afghanistan, der zufolge über 60 Prozent der Bevölkerung die derzeitige Regierung für korrupter halten als all die Vorgängerregierungen der letzten zwei Jahrzehnte. Anfang 2009 ergab eine andere Befragung, dass die Zustimmungswerte des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai von 83% (2005) auf mittlerweile 52% gesunken sind. Die massiven Fälschungen bei den Präsidentschaftswahlen im August 2009 haben hier sicherlich nichts dazu beigetragen, das Vertrauen in die Karzai-Regierung zu stärken – im Gegenteil. Genau dieser Regierung unterstellt man nun jedoch einen riesigen Repressionsapparat, um sie gegen innenpolitische Widerstände an der Macht zu halten – und die westlichen Truppen bei der Kriegsführung zu entlasten.



*Demonstration gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan November 2009 in Stuttgart, Foto: Arno Neuber*

### Pro-westlicher Militärstaat

Zwar wird in der CNAS-Studie eingeräumt, ein Bürgerkrieg sei von allen denkbaren Entwicklungen für die afghanische Bevölkerung die mit Abstand dramatischste, das scheint die westlichen Strategen jedoch nicht davon abzuhalten, genau diesen Pfad nun einzuschlagen. Erfreulicherweise gibt es aber selbst im US-Militär vereinzelte Stimmen, die sich mehr als deutlich hiergegen aussprechen. Vor kurzem quittierte der US-Militär Matthew P. Hoh, der in Afghanistan an prominenter Stelle für den zivilen Wiederaufbau zuständig war, seinen Dienst. In seinem Rücktrittsgesuch begründete er seine Entscheidung folgendermaßen: „Der paschtunische Aufstand, der sich aus zahlreichen, scheinbar endlosen lokalen Gruppen zusammensetzt, wird durch das gespeist, was die paschtunische Bevölkerung als einen andauernden Angriff auf ihre Kultur, Traditionen und Religion durch interne und externe Feinde ansieht, der seit Jahrhunderten anhält. Die amerikanische und die NATO-Präsenz und deren Operationen in paschtunischen Tälern und Dörfern stellen ebenso wie die afghanischen Polizei- und Armeeeinheiten, die nicht aus Paschtunen bestehen, eine Besatzungsmacht dar, vor deren Hintergrund der Aufstand gerechtfertigt ist. Sowohl im Regionalkommando Ost als auch Süd habe ich beobachtet, dass der Großteil des Widerstands nicht das weiße Banner der Taliban trägt, sondern eher gegen die Präsenz ausländischer Soldaten und gegen Steuern kämpft, die ihm von einer Regierung in Kabul auferlegt werden, die sie nicht repräsentiert.“

Anschließend listet Hoh die Defizite der Karzai-Regierung auf, die von der US-Regierung geschützt wird. Sie zeichne sich u.a. durch „eklatante Korruption und unverfrorene Bestechlichkeit“ aus sowie „einen Präsidenten, dessen Vertraute und Chefberater sich aus Drogenbaronen und Kriegsverbrechern zusammensetzen, die unsere

Anstrengungen zur Drogenbekämpfung und zum Aufbau eines Rechtsstaats lächerlich machen.“ Vor diesem Hintergrund kommt Hoh zu dem vernichtenden Fazit: „Unsere Unterstützung für diese Art von Regierung, gepaart mit dem Unverständnis für die wahre Natur des Widerstands, erinnert mich fatal an unser Engagement in Südvietnam; eine unpopuläre und korrupte Regierung, die wir auf Kosten des inneren Friedens unseres eigenen Landes gegen einen Aufstand unterstützt haben, dessen Nationalismus wir arrogant und ignorant als Rivalen unserer Kalten-Kriegs-Ideologie missinterpretiert hatten.“<sup>20</sup>

Auch wenn den engagierten Ausführungen Hohs weitestgehend zuzustimmen ist, an einem Punkt dürfte er den Zynismus der westlichen Strategen unterschätzen. Denn es hat eher den Anschein, als dass Afghanistans Zukunft als autoritärer Militärstaat im Dauerkriegszustand weniger aus Dummheit, denn aus strategischem Kalkül billigend in Kauf genommen wird. Denn zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist vollkommen unklar, woher künftig die Gelder für diese Sicherheitskräfte kommen sollen – aus dem derzeitigen (und wohl auch künftigen) afghanischen Haushalt jedenfalls nicht. Laut Rory Stewart, Direktor des Carr Center on Human Rights Policy, dürften sich die Kosten für die afghanischen Sicherheitskräfte auf zwei bis drei Mrd. Dollar im Jahr belaufen – ein Vielfaches der gesamten Staatseinnahmen. „Wir kritisieren Entwicklungsländer dafür, wenn sie 30% ihres Budgets für Rüstung ausgeben; wir drängen Afghanistan dazu 500% seines Haushalts hierfür aufzuwenden. [...] Wir sollten kein Geburtshelfer eines autoritären Militärstaats sein. Die hieraus resultierenden Sicherheitsgewinne mögen unseren kurzfristigen Interessen dienen, aber nicht den langfristigen Interessen der Afghanen.“<sup>21</sup>

Diese Kritik wird umso dringlicher, da diese „Sicherheitskräfte“ schon jetzt ein beängstigendes Eigenleben entwickeln. So berichtete Reuters (12.07.2009): „Bei ihrer Offensive im Süden Afghanistans vernehmen britische Soldaten eine eindringliche Bitte von Dorfbewohnern: ‚In Gottes Namen, bringt uns nicht die afghanische Polizei zurück!‘ [...] Die Einwohner des Dorfes von Pankela etwa berichten, die Polizei-Einheiten der Regierung in Kabul seien so brutal und korrupt gewesen, dass die Taliban vor Monaten wie Befreier begrüßt worden seien.“ Teils macht sich vor diesem

Hintergrund ein zynischer Fatalismus breit, der einen düsteren Einblick gibt, welche Zukunft Afghanistan wohl bevorsteht. So heißt es etwa in einem Kommentar der taz (13.09.2009): „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, der die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“ Kein Wunder also, dass Neu-Verteidigungsminister zu Guttenberg ankündigte, man müsse sich in Afghanistan endlich von hehren Demokratievorstellungen verabschieden.

### Dämonisierung des Widerstands

Unabhängig davon, wie man zum militanten Widerstand in Afghanistan steht – man muss ihn ja beileibe nicht mögen, denn er setzt sich sicherlich nicht allein auf progressiven Kräften zusammen, um es milde zu formulieren: dessen plumpe Dämonisierung von Seiten der Politik und Massenmedien ist entweder einer haarsträubenden Ignorierung sämtlicher bekannter Fakten geschuldet oder – was wahrscheinlicher ist – plumpe Stimmungsmache für eine Intensivierung des Krieges.

Vor allem zwei Aspekte seien hier erwähnt: einmal die permanente Gleichsetzung des Widerstands mit den Taliban und – noch absurder – mit Al-Kaida. Eine Vielzahl von Studien hat ergeben, dass dies eine groteske Fehleinschätzung darstellt. Zuletzt fertigte das US-Militär eine Untersuchung über die Zusammensetzung des Widerstands an, die im Oktober 2009 veröffentlicht wurde: „Bei lediglich 10 Prozent der Aufständischen handelt es sich um Hardcore-Ideologen, die für die Taliban kämpfen“, so ein Geheimdienstoffizier, der an der Abfassung des Berichts beteiligt war, gegenüber dem Boston Globe (09.10.2009).

Der andere Bereich umfasst die Frage, wogegen die Angriffe des Widerstands gerichtet sind. In den Massenmedien werden zumeist Bilder von Anschlägen gezeigt, bei denen Zivilisten ums Leben gekommen sind. Bewusst suggerieren auch die Herrschenden, die Strategie des Widerstands richte sich vorwiegend gegen afghanische Zivilisten. So verabschiedete bspws. die NATO-Parlamentarierversammlung Ende November 2009 die „Resolution 376 on NATO's Enduring Commitment to Afghanistan“. Dort heißt es in Artikel 10, die Versammlung „verurteilt scharf die von

den Aufständischen angewendeten Terroraktiken eines gezielten Ins-Visier-Nehmens von Zivilisten und deren Verwendung als menschliche Schutzschilde, um ihre eigenen Handlungen zu verschleiern.“

Den Gegner ins übelste Licht zu rücken – und Angriffe auf Zivilisten sind da ja ein probates Mittel – ist eine übliche Kriegstaktik. Dass die Realität anders aussieht, zeigt bspws. eine kürzliche Anhörung vor dem US-Repräsentantenhaus. Dort kam der bekannte US-Politikwissenschaftler Robert Pape zu dem Ergebnis, dass die Angriffe des afghanischen Widerstands (wie übrigens auch im Irak) fast ausschließlich gegen militärische Ziele gerichtet seien: „Diese Angriffe konzentrieren sich auf Sicherheitsziele – bspws. amerikanische und westliche Bodentruppen, nicht auf afghanische Zivilisten. Und nahezu alle Selbstmordattentäter waren Afghanen. Das Bild ist eindeutig: je mehr westliche Truppen nach Afghanistan gesendet werden, desto stärker sieht sich die lokale Bevölkerung einer Besatzung ausgesetzt – und verwenden Selbstmordanschläge und andere Terrorformen, um sich zur Wehr zu setzen.“<sup>22</sup>

Mit der unseriösen und bewusst verzerrenden Dämonisierung soll – so hat es jedenfalls den Anschein – jedem noch so brutalen Vorgehen seitens westlicher und afghanischer Truppen die notwendige Legitimation an der westlichen „Heimatfront“ verschafft werden. Somit deutet derzeit alles darauf hin, dass ein „Bürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung“ die wahrscheinlichste „Zukunft“ zu sein scheint, die Afghanistan derzeit bevorsteht. Gerade im Lichte der neuen Afghanistan-„Strategie“ ist ein sofortiger Truppenabzug mehr denn je das Gebot der Stunde. Mit am eindrucksvollsten setzt sich hierfür die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya ein, die im britischen Guardian (25.07.2009) schrieb: „Mein Land wurde nicht befreit, es wird immer noch von den Warlords kontrolliert, und die NATO-Okkupation vergrößert nur deren Macht. [...] Dieses Blutvergießen muss nicht ewig weitergehen. Einige behaupten, wenn die ausländischen Truppen Afghanistan verließen, werde das Land in einen Bürgerkrieg stürzen. Ist das heute etwa kein Bürgerkrieg und keine Katastrophe? Je länger die Besetzung andauert, desto schlimmere Formen wird dieser Bürgerkrieg annehmen.“

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Korski, Daniel: Shaping Europe's Afghan surge, European Council on Foreign Relations, Policy Brief, March 2009, S. 2f.

<sup>2</sup> Fick, Nathaniel/Nagl, John: Counterinsurgency Field Manual: Afghanistan Edition, in: Foreign Policy, Januar/Februar 2009.

<sup>3</sup> Gross, Eva: Security Sector Reform in Afghanistan: the EU's contribution, Institute for Security Studies, Occasional Paper Nr. 78, April 2009, S. 9.

<sup>4</sup> Treffen der Ministertroika EU-Afghanistan: Ferrero-Waldner bestätigt langfristiges Engagement gegenüber Afghanistan, Pressemitteilung IP 09/130, 27.01.2009.

<sup>5</sup> Afghanistan: Europa versagt beim Aufbau der Polizei, weblog-sicherheitspolitik, 13.03.2009.

<sup>6</sup> EUPOL - Serving Afghanistan, Bi-Weekly Newsletter, 05.11.2009, S. 3.

<sup>7</sup> Korski 2009, S. 1.

<sup>8</sup> So findet sich in Artikel 42,7 des Vertrags von Lissabon eine Beistandspassage, wie sie eigentlich nur Militärpakte haben: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung.“

<sup>9</sup> Toje, Asle: The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, Institute for Security Studies, Occasional Paper Nr. 74, December 2008.

<sup>10</sup> Vatanen, Ari: Report on the role of NATO in the security architecture of the EU (2008/2197(INI)).

<sup>11</sup> Summit Declaration on Afghanistan, NATO Press Release (2009)045.

<sup>12</sup> Bericht über die laufenden bzw. anstehenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussionen und Entwicklungen im Rahmen der NATO und der EU, Berichtszeitraum 15. April-15. Juli 2009, August 2009.

<sup>13</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel (18./19. Juni 2009), S. 27.

<sup>14</sup> Stubb, Alexander: In search of smart power, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): What ambitions for European defence in 2020? Paris 2009, S. 125-132, S. 132.

<sup>15</sup> Price, Jay: Afghan police appear years away from functioning independently, McClatchy Newspapers, 29.11.2009.

<sup>16</sup> Rat der Europäischen Union: Verstärktes Engagement der EU in Afghanistan und Pakistan, 14064/09, 22.10.2009, URL: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14064.de09.pdf> (29.11.2009), S. 3.

<sup>17</sup> Wikipedia: Operation Oqab, URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Operation\\_Oqab](http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Oqab) (30.09.2009).

<sup>18</sup> Campbell, Jason H./Shapiro, Jeremy: Afghanistan Index. Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-9/11 Afghanistan, Brookings Institution, 24.11.2009, S. 10.

<sup>19</sup> Exum, Andrew: Afghanistan 2011: Three Scenarios, CNAS Policy Brief, 22.10.2009.

<sup>20</sup> US official in Afghanistan resigns over ‚unkept‘ promises, press.tv, 01.11.2009, URL: <http://www.presstv.ir/detail.aspx?id=110168&sectionid=3510304> (29.11.2009).

<sup>21</sup> Stewart, Rory: The Irresistible Illusion, London Review of Books, 07.07.2009.

<sup>22</sup> Afghanistan and Terrorism, Testimony by Robert A. Pape To the House Armed Services Subcommittee on Terrorism, October 22, 2009, URL: [http://armedservices.house.gov/pdfs/TUTC102209/Pape\\_TestimonyF102209.pdf](http://armedservices.house.gov/pdfs/TUTC102209/Pape_TestimonyF102209.pdf) (29.11.2009).

# „Friendly Fire“ bei der Bundeswehr in Afghanistan

von Christoph Marischka

„Kollateralschäden“ und „Friendly Fire“ sind zynische Euphemismen, welche die alltäglichen Grausamkeiten des Krieges verdecken sollen. Ein solches tragisches Ereignis fand am 20. November 2008 im Feldlager der Bundeswehr in Kundus statt – in der Unterkunftsstube, wo man sich sonst eher langweilt, ganz ohne Feindeinwirkung. Ein 26-jähriger Scharfschütze montiert ein Laserlichtmodul an seinem G-36-Gewehr und will anschließend überprüfen, ob sich der Abzug noch einwandfrei betätigen lässt. Das Magazin hat er aus der Waffe entfernt, doch die Patrone im Lauf vergessen. Ein Schuss löst sich, durchschlägt einen Spind und trifft einen anderen Soldaten, einen guten „Kumpel“ des Schützen, wie das Trostelberger Tagblatt vom 13.10.2009 berichtet. In dessen Körper zerspringt das Geschoss, verletzt Lunge, Leber, Niere und Wirbelsäule. Lange musste davon ausgegangen werden, dass der Angeschossene nie wieder gehen könne. Heute ist er zu 50% behindert und soll als Berufssoldat für den Innendienst übernommen werden. Der Schütze war freilich betroffen, soll sich danach „intensiv um seinen Kameraden gekümmert“ haben. Der Vorfall sorgte seinerzeit nicht für Schlagzeilen. Auf den Tag genau drei Monate zuvor hatte die Bundeswehr erstmals eingeräumt, bei Feizabad eine Person getötet zu haben, nach Angaben der afghanischen Polizei habe es sich bei dieser um einen Zivilisten gehandelt. Kaum eine Woche später wurden an einem Checkpoint der Bundeswehr bei Kundus eine unbewaffnete Frau mit ihren zwei Kindern erschossen. In dieser Zeit begann auch bei der Bundeswehr der Finger häufiger und lockerer am Abzug zu liegen. Das musste er auch nach militärischer Logik, denn die NATO hatte ihre Haupttransportrouten zuvor in den Norden verlegt und der dort aktiven Bundeswehr die Hauptrolle bei der Logistik übertragen. Die Aufständischen unter der Führung von Taliban hatten darauf ihre Aktivitäten – ebenfalls militärischer Logik folgend – insbesondere in der Region Kundus deutlich verstärkt.

## Das Urteil

Anfang Oktober wurde dem Schützen am Amtsgericht Laufen wegen fahrlässiger Körperverletzung im Amt der Prozess gemacht.

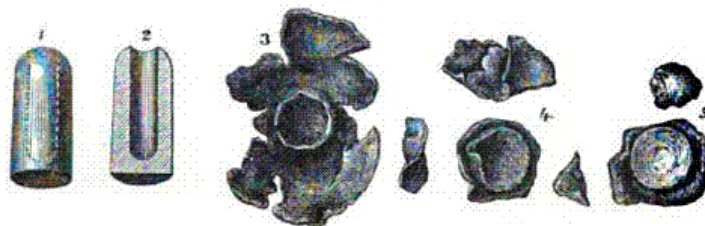
Er wurde zu 120 Tagessätzen zu je vierzig Euro verurteilt, dazu kommen Kosten für die Behandlung des Kameraden, die er übernehmen muss. Damit kann er eine weitere Karriere bei der Bundeswehr vergessen und gilt auch im zivilen Leben als vorbestraft. Der Richter machte den erhöhten Druck, unter dem der Soldat im Einsatz stand, als strafmindernd geltend. Das verhältnismäßig milde Urteil – ein Zivilist, der beim erfahrenen, aber unbedachten Hantieren mit einer Sportwaffe einen anderen lebensgefährlich und mit bleibenden Schäden verletzt, müsste sicher mit einer höheren Strafe rechnen – belegt, dass Menschenleben und körperliche Unversehrtheit bei der Bundeswehr und in einem Kampfeinsatz auch vor einem zivilen Gericht weniger zählen. Dass es überhaupt zu einer Anklage und Verurteilung kam, ist sicherlich notwendig. Würden solche Fälle nicht verfolgt, würde vollends die Rechtlosigkeit bei der Armee im Einsatz um sich greifen, es käme noch viel öfter zu tatsächlichen und zunehmend auch vermeintlichen Unfällen, „Friendly Fire“ und „Kollateralschäden“ würden noch stärker zunehmen, als sie das bei jedem Krieg ohnehin tun.

Dennoch bleibt die Frage, ob hier die richtigen verurteilt wurden. Schon Schüler werden von der Bundeswehr für den Dienst an der Waffe angeworben, gelockt wird mit einem sicheren Arbeitsplatz. Im Rahmen der Wehrpflicht sollen eigentlich alle jungen Männer an der Waffe ausgebildet werden. Wer keine bessere Perspektive für sich sieht – und natürlich auch die, die gerne mal im Ausland um sich schießen möchten – verpflichtet sich anschließend und wird mit einer Waffe und einem unmöglichen wie absurden Auftrag in den Auslandseinsatz geschickt. Wenn etwas schief geht, wenn sie aus Versehen oder in unübersichtlichen Lagen im falschen Moment schießen, können die Soldaten anschließend vor Gericht stehen – auch wegen Mordes. Dass die Strafen tendenziell niedriger ausfallen,

als bei Zivilpersonen, ist verständlich, mit der Rechtsstaatlichkeit und dem Gleichheitsgrundsatz aber nicht zu vereinbaren und ein katastrophales Zeichen gegenüber der zivilen Gesellschaft. Diejenigen aber, die für Rekrutierung und Auslandseinsätze, für den „erhöhten Druck“ verantwortlich sind, unter dem die jungen Männer mit der Waffe in der Hand stehen, werden gar nicht zur Verantwortung gezogen.

## Verbotene Munition?

Die Wunden, die das Geschoss im Körper des getroffenen Soldaten verursacht hat, sprechen dafür, dass so genannte Dum-Dum-Munition verwendet wurde. Diese zerplatzt im Körper des Zieles und fügt dem Betroffenen dadurch weit schwerere Verletzungen zu, als normale Patronen und auch, als militärisch gesehen „notwendig“ ist, um einen Feind auszuschalten. Deshalb ist diese Art Munition auch nach dem Kriegsvölkerrecht verboten. Offensichtlich kursiert sie aber dennoch in Afghanistan und manche Soldaten manipulieren ihre Patronen so, dass sie eine entsprechende, grausame Wirkung entfalten. Drei dänische Soldaten wurden wegen der Verwendung



von Dum-Dum-Geschossen bereits aus Afghanistan abgezogen und vor ein Militärgericht gestellt. Auch hier leugnete die politische und militärische Führung jede Verantwortung - die Soldaten hätten sich die Munition privat und illegal beschafft. Vor dem zivilen Gericht spielte die Frage nach der Verwendung völkerrechtlich geächteter Waffen hingegen keine Rolle. Der Lokalpresse gegenüber versicherte ein Pressesprecher des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr im Potsdam jedoch, „man werde dieser Angelegenheit jedenfalls nachgehen“. In einem zivilen Rechtsfall in Deutschland wäre die Art der Munition sicher schnell und zweifelsfrei festzustellen gewesen. Bei dem tragischen Unfall in Afghanistan hat die Bundeswehr hingegen die Spuren gesichert und die Ermittlungen vor Ort geführt – und konnte so gegebenenfalls unangenehme Details übersehen oder verschweigen.

Quelle: Rainer-Georg Zehentner: Geldstrafe für Soldaten, in: Trostelberger Tagblatt vom 13.10.2009 (Seite 1f)



# Casten für den Krieg

## Deutsche Firma wirbt Zivilisten für US-Kriegsübungen

von Michael Schulze von Gläser

Im Auftrag der US-Army sucht die deutsche Firma „Supply & Service Team GmbH“<sup>1</sup> – kurz SST – in deutschen Städten Komparsen für das Programm „Civilians On The Battlefield“ (COB). Ein Firmenstandort von SST ist das bayerische Hohenfels, südöstlich von Nürnberg. Dort befindet sich einer der größten Militärübungsplätze Deutschlands, auf dem US-Soldaten für die Kriege im Irak und in Afghanistan ausgebildet werden.

### Isolierte Kriegsprobanden

Mit Anzeigen in lokalen Medien macht SST auf seine Castings für US-Militärübungen in Deutschland aufmerksam: „Sie sprechen Dari oder Paschtu und haben Interesse an einem Job als Statist? Dann kommen Sie zu unserem Casting und informieren sich“, hieß es beispielsweise am 12. Oktober 2009 in der Hessisch-Niedersächsische-Allgemeinen. Gesucht wurden mit der Anzeige neben Statisten auch Führungspersonen, die als Supervisor für die Militärfirma arbeiten. Die Anzeige machte auf ein SST-Casting aufmerksam, das am 15. Oktober 2009 im nordhessischen Kassel stattgefunden hat. Während der Veranstaltung wurden Flugblätter verteilt, die den potentiellen Statisten mitteilten, worum es bei der Arbeit geht: „Es geht nicht um einen Film, sondern um ein realistisches Training zur Vorbereitung von Soldaten auf ihren Auslandseinsatz. Durch ein groß angelegtes Rollenspiel sollen die Truppen mit den Traditionen, Gepflogenheiten und Gewohnheiten im jeweiligen Einsatzgebiet vertraut gemacht werden. [...] Der Teilnehmer bleibt während der gesamten Zeit (ca. 3 Wochen) auf dem Militärgelände. Er darf das Gelände in dieser Zeit aus Sicherheitsgründen nicht verlassen. [...] Die Benutzung eines Handys ist während der drei Wochen aus Sicherheitsgründen nicht gestattet. Für wichtige Telefonate wird allerdings ein Firmentelefon vorhanden sein.“

Auch wenn während der Militärmanöver nur mit Platzpatronen geschossen wird, errechnen kleine, auf den Rücken aller Beteiligten - auch der Statisten - platzierte Computer die Flugbahnen der Geschosse. Wer getroffen wurde, erfährt dies mithilfe eines lauten Piep-Tons aus dem Rechner, muss zu Boden gehen und regungslos liegen bleiben. Laut SST werde die nächste Manöver-

übung voraussichtlich Anfang Januar 2010 eine Afghanistan-Simulation sein. Pro Jahr werden bis zu sieben dieser etwa 28 Tage dauernden Übungen unter Beteiligung von Statisten durchgeführt. Die Verpflegungskosten werden dabei übernommen. Je nach Rolle des Statisten gibt es zwischen 90 und 130 Euro pro Tag – gerade für in Deutschland lebende Ausländer ein großer Anreiz. Wer die Militärübungen jedoch vorzeitig verlässt, bekommt nachträglich 20 Euro pro Tag vom Gehalt abgezogen, für psychische und körperliche Folgeschäden durch die Militärübungen wird seitens SST keine Haftung übernommen.

### Erste erfolgreiche Proteste

Zwar gibt die „Supply & Service Team GmbH“ auf ihrer Website an, im „Einsatz für den Frieden“ zu stehen und betont bei den Castings immerzu, dass es sich um ein „interkulturelles Training“ handele, bei dem US- und NATO-Soldaten für andere Kulturen sensibilisiert werden sollen - Aktivisten aus der Friedensbewegung sehen das jedoch anders. In den vergangenen Jahren sind mehr als 30 SST-Castings reibungslos über die Bühne gegangen. Doch vor kurzem kam es in Kassel erstmals zu Protesten gegen ein Casting<sup>2</sup> der Firma mit Hauptsitz in Krailling bei München: „Wer für die SST GmbH und somit für die US-Army arbeitet, hilft bei der Führung eines klar völkerrechtswidrigen Kriegs mit“, erklärte der Anmelder der Protestaktion am 15. Oktober 2009 in Kassel. Besonders schwer wiegt der Vorwurf der Demonstranten, dass die Statisten auch bei der Soldaten-Ausbildung für den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak beteiligt sind. Dies wiesen die Mitarbeiter der Militärfirma in Kassel allerdings von sich: gesucht würden ausschließlich Statisten für den Afghanistan-Krieg. Die von den Statisten verlangten Sprachkenntnisse in Dari und Paschtu seien in Afghanistan, dem Iran und in Pakistan gesprochene Sprachen. Laut ihrer Website<sup>3</sup> sucht SST aber auch Probanden, die Arabisch – die Amtssprache im Irak – beherrschen. In einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 11. November 2008 sagen ehemalige Statisten, die von SST angeworben wurden, zudem aus, sehr wohl den Irak-Konflikt simuliert zu haben.

Die Auseinandersetzung in Kassel endete

mit einem Erfolg der Friedensaktivisten. Knapp eine Stunde nach Beginn des Castings musste die Veranstaltung abgebrochen werden: das „Grand Hotel La Strada“, in dem das Casting stattfand, kündigte der „Supply & Service Team GmbH“ die Räume: das Hotel fürchtete aufgrund der Proteste um seinen Ruf und die Ruhe ihrer Gäste. Die Demonstranten freuten sich: „Keine Statisten – keine Übungen – keine Kriege!“ Einige ausgefüllte Bewerbungsbögen konnten die SST-Mitarbeiter aber noch mitnehmen.

In Zukunft wird die bereits 1999 gegründete „Supply & Service Team GmbH“ wohl noch mehr Castings durchführen – erst wenige Tage vor dem Casting in Kassel rekrutierte SST schon in Bochum<sup>4</sup> neue Statisten. Bisher bezog die US-Army ihre Statisten oft von der undurchsichtigen<sup>5</sup> Firma Optronic GmbH & Co KG aus Königsbrunn nahe Ulm.<sup>6</sup> Scheinbar hat das Unternehmen diese Tätigkeit aber aufgegeben. Zwar freute sich Optronic in einem Artikel auf ihrer Website vom 30. September 2009 über den Gewinn der Ausschreibung für einen „Civilians On The Battlefield“-Auftrag. Noch am selben Tag zog sich das Unternehmen aber aus unbekanntem Gründen aus dem Auftrag zurück: „Aufgrund aktueller Gegebenheiten legt die Firma Optronic den COB-Auftrag nieder.“ Schon heute rekrutiert die „Supply & Service Team GmbH“ nicht nur Statisten für den Truppenübungsplatz Hohenfels, sondern auch für internationale Manöverübungen in anderen Staaten. Somit unterstützt SST die Ausbildung von US-Soldaten für die Kriege in Afghanistan und im Irak und kann nach eigenen Angaben schon heute auf einen Pool von 9.000 Statisten zurückgreifen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> www.sst-services.com – letzter Zugriff am 24. November 2009.

<sup>2</sup> AG Antimilitarismus: Kassel: Keine Statisten für den Krieg, in: Indymedia-Deutschland (www.de.indymedia.org/), 15. Oktober 2009 – letzter Zugriff am 24. November 2009.

<sup>3</sup> SST GmbH: Anforderungsprofil COB: www.sst-services.com – letzter Zugriff am 24. November 2009.

<sup>4</sup> Schmücker, Christian: Casting für den Übungs-Krieg, in: Der Westen (www.derwesten.de), 14. Oktober 2009 – letzter Zugriff am 24. November 2009.

<sup>5</sup> Lorscheid, Helmut: „Import – Export – Heiße Ware“, in: Telepolis (www.telepolis.de), 18. Juni 2004 – letzter Zugriff am 24. November 2009.

<sup>6</sup> www.us-statisten.de – letzter Zugriff am 24. November 2009.

# Balingen, Bundeswehr, Blasmusik

von Christoph Marischka

Das vierte BW-Musix, ein „Eventwochenende, prall gefüllt mit Workshops, Konzerten, einer Verlags- und Instrumentenmesse, einer Musikerparty und einem hochkarätigen Wettbewerb für Jugendblasorchester mit wertvollen Geld- und Sachpreisen“ fand von 27.-29.11.2009 in Balingen statt. Balingen ist eine Kreisstadt am Rande der Schwäbischen Alb mit knapp 35.000 Einwohnern. Zuvor hatte der Jugendmusikwettbewerb 2004 in Dillingen, 2007 in Würzburg und 2008 in Friedrichshafen stattgefunden. Balingen, nach Aussage des Oberbürgermeisters Reitemann (CDU) „Nabel der Blasmusik-Welt“, zeigte sich dem Ansinnen, das BW-Musix von nun an dauerhaft in der Stadt zu etablieren, von Anfang an aufgeschlossen. Bereits Monate vor Beginn warb die Homepage der Jugendmusikschule mit Bundeswehr-Logo für den Wettbewerb. Sehr zum Missfallen einiger dort beschäftigter LehrerInnen, welche das militärische Musikspektakel kritisch sahen. In einem offenen Brief an die Stadtverwaltung nahmen sie Stellung, auch die Baden-Württembergische Fachgruppe Musik von ver.di wendete sich an das Rathaus. Im Zentrum der Kritik stand die Befürchtung, die Bundeswehr wolle mit dem Event bei Kindern und Jugendlichen Nachwuchs rekrutieren. Dieser Vorwurf wurde zwar von der Stadtverwaltung zurückgewiesen, von den Vertretern der Bundeswehr jedoch eindeutig bestätigt: natürlich wolle sich die Bundeswehr „als Arbeitgeber präsentieren“ und „sehen, wo es geeignetes Potenzial für uns gibt“.

Doch viele Jugendliche in Balingen haben ganz andere Interessen als Blasmusik und Bundeswehr. Sie möchten Konzerte organisieren und sich gegen die in der Region aktiven Strukturen von Neo-Nazis organisieren, fordern Freiräume und fühlen sich von Polizei und privaten Sicherheitskräften, die in Balingen Polizeibefugnisse haben, um Aufenthaltsverbote durchzusetzen, schikaniert. Am 10.10.2009 organisierten sie deshalb eine Demonstration für „grenzenlose Selbstbestimmung, frei von Kommerz, frei von jeglichen Unterdrückungsformen und frei von Hierarchien“. Erst wenige Tage vor der Demo erfuhren die Veranstalter vom BW-Musix und luden die IMI ein, einen Redebeitrag zum BW-Musix und zu den Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr zu halten. Auf der Demo waren knapp über hundert Menschen. Die Demo verlief vollkommen friedlich, in der

Regionalpresse gab es ein positives Echo, in welchem die Forderungen der Jugendlichen zitiert wurden.

Kurz zuvor hatten sich auch Mitglieder der Partei „die Linke“, der DFG-VK und eine grüne Stadträtin in die Diskussion um das BW-Musix eingeschaltet, dieses kritisiert und Proteste angekündigt. Eine Leserbriefdebatte verhärtete die Fronten und sparte auch nicht an persönlichen Angriffen auf die KritikerInnen. Kritik an der Bundeswehr verböte sich, war unter anderem zu hören und tatsächlich bot ein Vertreter der Partei „die Linke“ letztlich einen Kompromiss an, auf den jedoch nicht weiter eingegangen wurde: Würde die Bundeswehr beim BW-Musix auf jegliche Versuche zur Anwerbung verzichten, würde er den Protest sein lassen und sogar selbst die Konzerte besuchen. Das wiederum wurde auch nicht von allen KritikerInnen begrüßt und so kam es bei einer Veranstaltung etwa zwei Wochen vor dem BW-Musix in der Balingen „Au-Stuben“ denn auch zu Kontroversen über das richtige gemeinsame Vorgehen.

Zwischenzeitlich hatte jedoch auch noch ein weiterer Aufruf zu Protesten für Aufregung gesorgt. Ein ehemals besetztes Haus in Tübingen, das mittlerweile von den BewohnerInnen gekauft und renoviert wurde, veranstaltete zum 30. Jahrestag seiner Besetzung eine Aktionswoche „für Solidarität, Vernetzung und Utopien“. In deren Rahmen rief jemand im Internet zu einer weiteren Demonstration am 28.11.2009 für Freiräume und gegen die Bundeswehr in Balingen auf. In dem Aufruf heißt es u.a., es gelte, „den Bundeswehr Jugendmusikwettbewerb in Balingen massiv zu stören, zu sabotieren und im Idealfall zu verhindern!“.

Das reichte, um in Balingen Panik ausbrechen zu lassen. Vertreter der Friedensbewegung und linker Parteien distanzieren sich vorsorglich von jeder Gewalt und befeuerten damit dieselbe Hysterie wie die Lokalpresse, die im Internet bereits ein „Symbolbild“ veröffentlichte, das zwei behelmte und verummte Bereitschaftspolizisten bei einer rüden Verhaftung zeigt. Untertitel: „Die Polizei ist gewappnet für die Demonstranten“. Der Polizeisprecher rechne „mit einem gewissen Personenaufkommen“, man werde ausreichend Polizeikräfte vor Ort haben, meldete der Schwarzwälder Bote, ein Bundeswehr-Sprecher beteuerte: „Solche Probleme hatten wir noch nie“. Der Bürgermeister ließ verlau-

ten, vor einigen Wochen habe es „eine Art Probelauf der Autonomen“ gegeben, „wohl mit dem Zweck, die örtlichen Gegebenheiten zu sichten.“ Damit meinte er die Demo für mehr Freiräume für Jugendliche.

Diese Überreaktion stieß dann offensichtlich auch bei den so genannten Autonomen auf Unverständnis. Am Vorabend der Demo war auf dem linken Nachrichtenportal indymedia zu lesen: „Man wird sehen, was morgen tatsächlich passiert. Eines ist jetzt schon klar: mit ihrem hysterischen Geschwätz bestätigen die Balingen Verantwortlichen ihr völliges Unverständnis für die Forderungen der Jugendlichen und deren Vorwurf, gegen Linke würde nur repressiv vorgegangen, während rechte Umtriebe ignoriert würden. Die Stadt und insbesondere der Weihnachtsmarkt ... wird voll von Polizei sein und wenn diese schon kommt, wird sie auch ein paar Jugendliche verprügeln und festnehmen, wie das der Schwarzwälder Bote erwartet... Alle beteiligten Akteure drohen sich mit ihrem hysterischen Geschwätz, das BW-Musix selbst zu vermiesen, denn wenn es schon nicht die Autonomen Horden sein werden, dann doch vielleicht das Polizeiaufgebot, das ‚negative Auswirkungen auf die Besucherresonanz haben‘ könnte.“

Was dann geschah, berichtete der Schwarzwälder Bote am Sonntag: „Beinahe gespenstisch war die Atmosphäre am Samstag um 13 Uhr am Bahnhof. Rund 40 Einsatzwagen und eine große Zahl von Polizisten in Uniform und Zivil säumten das Gelände. Mit Waffen, Schlagstöcken und Funkgeräten ausgerüstete Böblingen Bereitschaftspolizisten in dick gepolsterten Overalls empfingen die Fahrgäste der Bahn gleich am Gleis. Jeder musste eine mit Absperrgittern abgetrennte Schneise passieren. Ziel war es, verdächtige Personen in ein abgesperrtes Areal auf dem Busbahnhof zu lotsen, das weitere Einsatzkräfte umsäumten.“ Verdächtige Personen kamen aber keine. Auch vor den Veranstaltungsorten des BW-Musix wäre außer Polizei niemand gesehen worden, auch keine Gäste, gaben Beobachter vor Ort an. Zahlreichen BesucherInnen des Weihnachtsmarktes hätten die dort mit Helmen und Schlagstöcken patroulierenden Beamten etwas die Stimmung vermiest, selbst Gerüchte über einen geplanten Anschlag sollen die Runde gemacht haben. Über die Zahl der tatsächlichen BesucherInnen schwieg sich die Lokalpresse ebenso aus, wie über die der eingesetzten Beamten. Trotzdem wird das BW-Musix im „Schwarzwälder Boten“ als voller Erfolg bejubelt und festgestellt: „BW-Musix kommt auch 2009 nach Balingen“. Gemeint ist natürlich 2010.

# PR-Offensive – die Bundeswehr nach der Parlamentswahl

von Michael Schulze von Glasfer

Nun liegt also der Schwarz-Gelbe Koalitionsvertrag auf dem Tisch. Soviel ist jetzt schon klar, die Bundeswehr wird sich in den nächsten Jahren verändern, leider aber auf eine lediglich beim ersten Hinsehen positive Weise: die Wehrpflicht wird verkürzt, die atomare Teilhabe aufgehoben und auch auf dem Posten des Verteidigungsministers wird ein anderer sitzen. Regierung und deutsche Armee gehen nach der Bundestagswahl offensiv in den Kampf um die Herzen und Köpfe der Bevölkerung.

## Wehrpflicht verkürzt

Nun ist es amtlich: die Wehrpflicht wird nicht – wie von der FDP gefordert – abgeschafft, sondern nur verkürzt. Mit ihrer Forderung, dass die Wehrpflicht „schnellstens ausgesetzt“ werden muss, da sie heutzutage „nicht mehr zu begründen“ und in ihrer „Ausgestaltung zutiefst ungerecht“ sei, konnten sich die Liberalen nicht durchsetzen. Damit stellen sich die Liberalen in eine Reihe mit den Grünen, die schon 1998 bei einem Versuch den Zwangsdienst abzuschaffen gescheitert sind. Trotz der auch vor der Parlamentswahl vertretenen Position der FDP, die Wehrpflicht zu beenden und der Ansicht, dass der Dienst an der Waffe „für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mittlerweile sogar kontraproduktiv“ ist<sup>1</sup>, hat die FDP einen aus ihrer Sicht schlechten Kompromiss ausgehandelt: die Wehrpflicht bleibt erhalten und wird um drei Monate verkürzt. In dem Merkblatt „Wir halten Wort - Synoptischer Vergleich von Wahlauftrag und Koalitionsvertrag“ auf der Website der FDP-Bundespartei ist das Thema Wehrpflicht erst gar nicht aufgelistet.<sup>2</sup> Im Koalitionsvertrag heißt es zur Wehrpflichtigenarmee: „Die Wehrpflicht hatte in den letzten Jahrzehnten ihre Berechtigung und sich bewährt. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die sicherheitspolitische Lage, Auftrag und Aufgabenspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert. Diesen Veränderungen ist angemessen Rechnung zu tragen. Die Koalitionsparteien halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren.“<sup>3</sup>

In anderen Ländern wurde auf die grundlegend veränderte sicherheitspolitische Lage nach dem Kalten Krieg anders reagiert: Belgien schaffte den Zwangsdienst

bereits 1994 ab, Frankreich und Spanien folgten 2001, in Dänemark wurde die Wehrpflicht 2004 bedingt abgeschafft (nur wenn Mangel an Soldaten besteht, greift eine Wehrpflicht), in den Niederlanden und in Italien wurde die Wehrpflicht 1996 bzw. 1999 ausgesetzt und in Italien 2005 sogar ganz abgeschafft.<sup>4</sup> In den USA ist die Wehrpflicht seit dem Vietnam-Krieg ausgesetzt und auch in Großbritannien wurde das Ende des Zwangsdienstes bereits in den 1960er-Jahren eingeläutet. Warum also nur diese schwache Wehrpflicht-Reform in Deutschland?

Die so genannte Wehrgerechtigkeit ist schon seit Jahren nicht mehr gegeben: nur noch ein Bruchteil der jungen Männer eines Jahrgangs werden gemustert und eingezogen. Trotz aller Beschwichtigungsversuche seitens Regierung und Armee musste gehandelt werden: nun ist der Zwangsdienst kürzer, dafür soll er aber von mehr jungen Männern durchgeführt werden, um die Wehrgerechtigkeit so wiederherzustellen. Aus militärkritischer Sicht heißt dies, dass noch mehr junge Menschen in Kontakt mit der Armee kommen und von ihr beeinflusst werden – die Zahl kritischer Stimmen wird abnehmen. Wie die meisten Arbeitnehmer sind auch Wehrpflichtige ihrem Arbeitgeber meist nicht kritisch gegenüber eingestellt. Aus dieser Perspektive ist der aktuelle Koalitionsbeschluss für Friedensbewegte sogar negativer zu bewerten, als es die bisherige Wehrpflicht ohnehin schon war. Die Wehrpflicht befürwortenden Parteien CDU und CSU scheinen es gerade darauf abgesehen zu haben, durch eine große Nähe zwischen Bundeswehr und Bevölkerung eine militärische Grundhaltung zu erzeugen. Je mehr Militär und zivile Öffentlichkeit miteinander verstrickt sind, desto unkritischer fällt die Haltung gegenüber Militärprojekten wie Auslandseinsätzen oder Rüstungsvorhaben aus: das Zivile wird militarisiert. In Zukunft werden also noch mehr Menschen den Umgang mit der Waffe erlernen, auch wenn die Zeit dafür kürzer wird. Länger muss sie auch überhaupt nicht sein, denn Wehrpflichtige können ohnehin nicht in Auslandseinsätze geschickt werden – ihre Nützlichkeit für eine „Armee im Einsatz“ (Weißbuch der Bundeswehr) ist demzufolge begrenzt. Deshalb wird die Wehrpflicht vor allem aus einem anderen Grund beibehalten: sie ist für die Bundeswehr eine der besten Rekrutierungsmöglichkeiten, um an Berufssoldaten zu gelangen.

Bevor die Wehrpflicht reduziert werden kann, bedarf es aber einiger Verwaltungsakte: „Der Bundesminister der Verteidigung setzt eine Kommission ein, die bis Ende 2010 einen Vorschlag für Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr, inklusive der Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen, zu erarbeiten hat“<sup>5</sup>, heißt es im Schwarz-Gelben Koalitionsvertrag. Die Vielzahl neuer junger Wehrpflichtiger wird zukünftig den Pool der potentiellen „Freiwillig Länger Dienenden“ vergrößern und soll der Bundeswehr so auch nachhaltig mehr Personal sichern. Die Koalitionspartner CDU, CSU und FDP verständigten sich in ihrem Koalitionsvertrag „vor dem Hintergrund des demografischen Wandels darauf, mit Blick auf die personelle Einsatzfähigkeit ein Maßnahmenpaket zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr bis Ende 2010 vorzulegen. Es wird sich hierbei u. a. um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst, die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die Reduzierung der Versetzungshäufigkeit und die zügige Fortführung der Modernisierung

Protest gegen die Wehrpflicht 1990, Foto: Wikipedia



Protest gegen die Wehrpflicht 1990, Foto: Wikipedia

„Kasernen-West“ handeln.“<sup>6</sup> Durch diese Attraktivitätssteigerung sollen die Wehrpflichtigen gehalten werden.

### Atomwaffen abgeschafft

Auch mit dem Willen, die letzten in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen abziehen zu lassen, können die neuen Regierungsparteien bei vielen Bürgerinnen und Bürgern und auch bei der Friedensbewegung punkten: „[I]m Zuge der Ausarbeitung eines strategischen Konzeptes der NATO werden wir uns im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden.“<sup>7</sup> Der Abzug der US-Nuklearwaffen würde auch das Aus des deutschen Jagdbombergeschwaders 33 in Büchel in der Eifel, wo die Waffen lagern, bedeuten. Die deutschen Piloten der Luftwaffen-Einheit sollten die Waffen im Ernstfall mit ihren Tornado-Kampffluggesellschaften zum Ziel bringen. Das ist nun aber wohl nicht mehr nötig.

Der von den Koalitionsparteien geforderte Abzug der Waffen aus Deutschland ist zwar zu begrüßen, geht aber beileibe nicht weit genug. Er ist vor allem ein einfacher Schritt der Regierung, um an Popularität zu gewinnen: die in der Bundesrepublik gelagerten Bomben sind für die heutigen strategischen Konzepte der Militärs ungeeignet, der Kalte Krieg, aus dem die Waffen stammen, ist längst vorbei – zumindest haben die Szenarien, die auf einen groß angelegten Atomkrieg mit einer feindlichen Großmacht ausgerichtet waren und für deren Zweck auch diese Atomwaffen vorgesehen waren, an Bedeutung verloren. Den heutigen Anforderungsprofilen an Atomwaffen – klein, flexibel und schnell einsetzbar – werden die in Deutschland stationierten Waffen nicht mehr gerecht. Zudem dürfte eine „Nachrüstung“ solcher Waffen auf den Widerstand großer Teile der Bevölkerung treffen, die jegliche Präsenz atomarer Waffen in Deutschland ablehnt.

Der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland hat aus einer friedensbewegter Perspektive zudem einen faden Beigeschmack: die in Büchel gelagerten Atomwaffen würden wahrscheinlich nie eingesetzt, ihr Abzug ermöglicht es der Bundeswehr aber mehr Kapazitäten in aktive Auslandseinsätze zu stecken. Die Option innerhalb kurzer Zeit neue Atomwaffen von den USA zur Verfügung gestellt zu bekommen ist zudem nicht ausgeschlossen.

### Ministerposten neu besetzt

Den wohl größten PR-Effekt für die Bundeswehr bringt der neue Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU)

mit. Der von den meisten Medien gefeierte zu Guttenberg löst den oft farblos wirkenden Dr. Franz Josef Jung (CDU) als Minister für das Militär ab. Karl-Theodor zu Guttenberg hat seine Wehrpflicht bei den Bundeswehr-Gebirgsjägern im bayerischen Mittenwald abgeleistet und soll durch seine bisherige außenpolitische Erfahrung als Wirtschaftsminister über gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verfügen, was die ohnehin wieder stärker werdende Bindung Deutschlands an die NATO wohl weiter verfestigen dürfte. Die Deutlichkeit, mit der im Koalitionsvertrag die „Einheit des Westens“ beschworen wird, deutet jedenfalls bereits jetzt in diese Richtung: „Auch in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts betrachten wir die Idee des Westens als Grundlage und seine Institutionen als Plattform deutscher Außenpolitik. In der Zeit der Globalisierung muss der Westen zu mehr Geschlossenheit finden, um seine Interessen durchzusetzen und gemeinsame Werte zu bewahren. [...] Die enge politische Koordination mit den Vereinigten Staaten sehen wir als Kraftverstärker unserer Interessen, der das Gewicht Deutschlands in Europa und der Welt erhöht.“<sup>8</sup>

Ähnlich wie US-Präsident Barack Obama scheint zu Guttenberg vor allem durch sein Charisma zu punkten, die Politik wird dabei zur Nebensache. Mit der Personalentscheidung von CDU, CSU und FDP geht wohl auch die Hoffnung einher, dass die Popularität zu Guttenbergs auf die Armee abfärbt und sich die Bevölkerung beispielsweise in der Frage nach dem Afghanistan-Krieg, der momentan von einer Mehrheit abgelehnt wird, umstimmen lässt.

### PR-Offensive

Die von den Koalitionären beschlossenen Maßnahmen zum Thema ‚Bundeswehr‘ sind in weiten Teilen der Bevölkerung populär: die Verkürzung der Wehrpflicht und vor allem die Abschaffung von Atomwaffen aus Deutschland werden weitgehend positiv aufgenommen – auch aus den Reihen der Friedensbewegung. Die neue Regierung bringt jedoch keinen gedanklichen Wandel mit sich, die Bundeswehr wird – auch durch die neuen Maßnahmen – weiter zur weltweiten Interventionsarmee ausgebaut. Man setze auf eine „wertegebundene und interessengeleitete Außenpolitik“, so der Schwarz-Gelbe Koalitionsvertrag. Eines dieser Interessen umfasst offenbar die – militärische – Aufrechterhaltung des freien Welthandels: „Als Exportnation haben wir ein hohes Interesse an einer freiheitlichen Ordnung der Weltwirtschaft auf Grundlage der Charta für nachhaltiges Wirtschaften sowie an freien und sicheren

Verkehrswegen.“<sup>9</sup> Auch die „Ressourcensicherheit“ sei eines jener „großen Themen, aus denen sich sicherheitspolitische Risiken ergeben“<sup>10</sup>. Generell wird selbstredend eine „leistungsstarke und moderne Bundeswehr“ angestrebt und auch ein weiterer Ausbau der EU-Militarisierung ist vorgesehen, sie soll u.a. eine „eigene Planungs- und Führungsfähigkeiten erhalten.“<sup>11</sup> Nicht zuletzt die Bedeutung des Afghanistan-Krieges wird explizit betont: „Wir verstehen unser Engagement in Afghanistan als eine Aufgabe von besonderem nationalen Interesse.“ Aus diesem Grund wird im Koalitionsvertrag auch festgehalten, dass sich Deutschland auch künftig maßgeblich an diesem Krieg beteiligen wird: „Die Bundesregierung wird auch weiterhin einen der Bedeutung dieser Aufgabe angemessenen Beitrag leisten.“<sup>12</sup>

Auch atomaren Waffen stehen Regierung und Bundeswehr nicht generell ablehnend gegenüber: diese sollen laut dem immer noch gültigen strategischen Konzept der Armee aus dem Jahr 2006 auch weiterhin für eine „glaubhafte Abschreckungsfähigkeit des [NATO-]Bündnisses“<sup>13</sup> sorgen. Kritik an Regierung und Armee ist also auch bei den Themen Wehrpflicht und Atomwaffen weiterhin angebracht, umso mehr, da die Regierung einen Versuch unternimmt, die Bevölkerung durch das Charisma des Verteidigungsministers umzustimmen, statt mit einer friedensfördernden Politik.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei: „Die Mitte stärken.“; beschlossen auf dem Bundesparteitag am 15.-17. Mai 2009 in Hannover.

<sup>2</sup> FDP-Merkblatt: „Wir halten Wort - Synoptischer Vergleich von Wahlauftritt und Koalitionsvertrag“

<sup>3</sup> Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode, Zeile 5797 – 5804.

<sup>4</sup> N. N.: Wehrpflicht im europäischen Ausland, in: Tagesspiegel, 31.08.2007

<sup>5</sup> Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode, Zeile 5805 – 5809.

<sup>6</sup> Ebd., Zeile 5821ff.

<sup>7</sup> Ebd., Zeile 5567ff.

<sup>8</sup> Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode, Zeile 5498ff.

<sup>9</sup> Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode, Zeile 5246f.

<sup>10</sup> Ebd., Zeile 5252f.

<sup>11</sup> Ebd., Zeile 5484; 5490.

<sup>12</sup> Ebd., Zeile 5690ff.

<sup>13</sup> Weißbuch 2006 – Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Seite 33.



# Meer erleben

## Chinas Armada auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

von Andreas Seifert

Mit 14.000 Kilometern Küste und einer auf Export ausgerichteten Wirtschaft liegt der Gedanke nahe, China würde auch über eine große und schlagkräftige Flotte verfügen, um seine Küsten und Handelsrouten zu schützen. Auch die von Beijing im Südchinesischen Meer reklamierten Inseln lassen immer wieder vermuten, dass seine Flotte jederzeit bereit ist, gegen Eindringlinge vorzugehen. Mit einer Kette von Häfen entlang der eurasischen Küste schiebt China zudem seinen maritimen Einflussbereich immer weiter gen Westen. Darüber hinaus entsandte es eine kleine Flottille, um vor Somalia auf Piratenjagd zu gehen. Ist China somit bereits dabei, die Vorherrschaft der USA auf dem Wasser in Frage zu stellen und damit eine neue geopolitische Konfrontation zu entwickeln? Das staatliche chinesische Fernsehen CCTV lieferte zur Flottenparade zum 60. Geburtstag der chinesischen Marine 2009 die passende Propaganda: die Marine der Volksrepublik sei eine hochseegängige Flotte, die 2050 weltweit einsetzbar sein werde. China, die Seemacht des 21. Jahrhunderts! Ist dies ein realistisches Bild?

Scharmützel, wie Anfang 2009 mit dem amerikanischen Spionage/Forschungsschiff USS Impeccable<sup>1</sup> offenbaren eine andere Facette: Fischerboote verteidigen das Mutterland. Flottenbesuche aus China sind in anderen Ländern kein wiederkehrendes Ereignis, sondern die Ausnahme. Der technologische Standard der chinesischen Flotte hängt deutlich hinter dem anderer Länder her, sodass das internationale Interesse, chinesische Kriegsschiffe zu kaufen, gering ist. Technologisch versprüht Chinas große Flotte aus der Nähe betrachtet mehr Rost, als dass sie Erfurcht gebietet. Hier zeichnete sich allerdings bereits eine Trendwende ab: hemmungslose Modernisierung der Flotte, um Taiwan einzunehmen, sowie der Pazifik als Aufmarschfläche für raketenbestückte Atom-U-Boote.<sup>2</sup> Jüngst titelte ein Magazin des amerikanischen War-College sogar mit dem Schreckensszenario, dass ein amerikanischer Flugzeugträger von einer chinesischen Rakete vernichtend getroffen werden würde (Abb.1).

Die genaue Untersuchung zeigt, dass die maritime Aufrüstung der Volksrepublik nicht nur kurzfristigen Bedrohungsannahmen, sondern darüber hinaus dem langfristigen Ziel folgt, den Einfluss der VR China

auch auf dem Wasser geltend machen zu können. Chinas Vorgehen entspricht einem weltweiten Trend, „maritime Sicherheit“ durch Kriegsschiffsbau zu erreichen - die chinesische Strategie ist demnach nicht einzigartig, wird aber die Tendenz dahingehend fördern, dass sich das begonnene Aufrüsten in ein Wettrüsten verwandeln wird. Dass dies nicht in eine Sicherung der Weltmeere, sondern in deren Militarisierung münden wird, erscheint heute bereits zwangsläufig: Die Gefahr von militärischen Auseinandersetzungen steigt.

### Aufrüstung: Technische Aspekte

Der Ausbau der Marine seit den 80er Jahren ist Teil einer sich beschleunigenden Aufrüstung, die ihren Schwerpunkt vor allem seit den 90er Jahren auf die Einführung fortschrittlicher technischer Systeme in die Streitkräfte legt. Der historische Ballast der „Landmacht“ China, seine gigantische und wenig effektive Armee, soll dabei zugunsten von Hightech-Kriegern in vernetzten Systemen reduziert, bzw. in eine Truppe verwandelt werden, die mehr und mehr Aufgaben im Inneren übernehmen kann, dann aber auch neuen Leitungsstrukturen unterstehen wird.<sup>3</sup> Die Luftwaffe soll wie die 2. Artillerie (der Truppenteil, der für die strategischen Raketen zuständig ist) mit modernen Waffensystemen ausgestattet werden, die sie in ihrer „defensiven“ Rolle bestärken.<sup>4</sup> Für die Marine gilt diese Stärkung auf Verteidigung ausgerich-

teter Komponenten nur zum Teil, wie ein Blick auf die Anschaffungen Beijings zeigt. Neue atomgetriebene U-Boote und auch der Wunsch, über einen Flugzeugträger zu verfügen, deuten eher auf die Absicht hin, ein offensives Potential auszubilden, als die „Küstenverteidigung“ zu verbessern.

Neue Zerstörerklassen wie die Luyang-II zeigen dabei auch auf, dass chinesische Schiffbauer moderne Konzepte des Marineschiffbaus nicht nur erfolgreich kopieren, sondern die vorhandenen Komponenten weiter entwickeln und integrieren können. Die Anschaffung russischer Sovremenny-Zerstörer ist hierfür ein gutes Beispiel. Als die ersten beiden Boote Ende der 90er Jahre an China ausgeliefert wurden, handelte es sich um Exemplare, die aus russischen Aufrüstungsplänen gestrichen und erst in China fertig gebaut wurden - sie hatten sogar noch russische Namen bekommen. Die beiden später gelieferten stellen bereits Schiffe dar, die China auf der Basis des Ursprungsmodells entwickeln ließ und die in China selbst noch weiter um-/aufgerüstet wurden - unter anderem mit neuen Radaranlagen, Feuerleitsystemen und mit verbesserten Raketen. Die technologische Lücke, die China in den letzten zwanzig Jahren mehr oder minder gezwungen hat, moderne Technologien im Ausland einzukaufen (EU-Europa, Russland und Ukraine), schließt sich zusehends. Das vergleichsweise kleine Kampfschnellboot Typ 22 (Houbei Class) ist nach der Meinung von Fachleuten sogar der erste „Kampfkatamaran“ im Dienste einer Marine und weit mehr als nur ein „Ersatz“ für die in die Jahre gekommenen Schiffe der Osa und Houkou Klassen. Hier offenbart sich der Wille der Marineführung, eigenständige Technik zu entwickeln und die Abhängigkeit von Importen graduell zu reduzieren. Sichtbar wird dies auch an dem neuen Landungsschiff Kunlunshan (Yuzhao-Klasse), ebenfalls eine Eigenentwicklung und hergestellt in heimischen Werften. Die bereits erwähnte Truppenparade zum 60-jährigen Geburtstag der Marine im April in Qingdao war in diesem Sinne eine Parade „einheimischer“ Schiffe und zeigte die Möglichkeiten der chinesischen Produktion auf.<sup>5</sup>

Die Umgestaltung des Militärisch-Industriellen-Komplexes seit den 1980er Jahren hatte die chinesischen Waffenproduzenten anfangs in die unvorteilhafte Lage gebracht, dass nicht einmal die chinesische Armee und Marine mehr ihre Produkte haben wollte. Heute, einige Konzentrationswellen später, ist die Waffenindustrie insgesamt, aber auch der Schiffsbau im Besonderen, in der Lage, anspruchsvolle Produkte zu entwickeln. Die effektive Integration von Entwicklung,



Cover Proceedings Magazin, Mai 2009

Erprobung und Produktion auch im zivilen Schiffsbau erlauben Synergien zur Marine. Diese wiederum kann dank veränderter Übungen und Trainingsszenarien wesentlich präzisere Materialerprobungen durchführen. Hier sind die Grundbedingungen für die erfolgreiche Einführung von neuen Waffensystemen gegeben. Längst lässt sich noch nicht alles realisieren, was die chinesische Marine gerne hätte, doch schickt sich z.B. die China State Shipbuilding Corporation an, zu den größten Werften der Welt aufzusteigen: Masse und, nach Möglichkeit, auch Klasse. 2008 rangierten Chinas Werften an zweiter Stelle hinter Süd-Korea.<sup>6</sup> Der Ausbau ziviler Schiffbauindustrie, aber auch der Handelsschiffahrt wirkt hier als Katalysator für den der Marine. Einerseits, indem technische Entwicklungen im Schiffbau auf die Marine durchschlagen können (und umgekehrt!), aber andererseits auch, indem für China die Sicherheit von Handelsrouten und chinesischen Handelsschiffen zu einem „chinesischen Interesse“ wird.

Die Diskussion um einen Flugzeugträger wurde in China immer wieder mit viel Pathos geführt. Ein eigener Träger wird als Beweis nationaler Größe gesehen, als überfälliger Beleg für Chinas Status als friedlicher Weltmacht - er wird auch als „Normalität“ für ein Land von Chinas Größe begründet.<sup>7</sup> Der chinesische Verteidigungsminister sprach bei einem Besuch in Japan im März 2009 davon, dass China einen Träger brauche, um seine Rolle als verantwortungsvolles Land wahrnehmen zu können, und als Admiral Wu Shengli im Vorfeld der Feierlichkeiten im April ankündigte, China werde neue Schiffe bauen lassen, waren sich die Analysten in China und in den USA schnell einig, dass dies auch heißen kann, dass ein Träger gebaut wird.

Neben der Kiellegung neuer Schiffe werden der Ausbau bestehender Hafenanlagen und die Anpassung der Logistik vorangetrieben. Der Ausbau der Basis in Sanya, dem südlichsten Punkt der Insel Hainan, zu einem Hafen mit umfangreichen unterirdischen Anlagen zeigt auf, dass man sich (bei aller „neuen Offenheit“) dabei nur ungern in die Karten schauen lässt. Sind erst einmal wichtige Teile des Hafens nicht mehr sichtbar, wächst die Angst, dass dort insgeheim Vorbereitungen für Marineoperationen im Südchinesischen Meer getroffen werden. Moderne Logistiksysteme und die Umgestaltung des Nachschubs für immer weiter von der Küste entfernte Einsätze kompletieren diesen Bereich.

Trotz all dieser Bemühungen gibt es immer noch eine Reihe von Schwachstellen, die sich auch in einem Zeitrahmen von 10 Jahren sicher nicht beheben lassen. So



*Visionen der chinesischen Internetgemeinde:  
Flugzeugträger*

sind die meisten Fregatten der Flotte nicht genügend gegen Luftangriffe geschützt, da ihre Radaranlagen und Abwehrmaßnahmen noch nicht ausreichend koordiniert sind. Und es fehlt der Flotte an Kapazitäten und Nachschubmöglichkeiten, um längere (Kampf-)Einsätze weit ab der eigenen Küste durchführen zu können. Landungsboote, die an fremden Küsten große Mengen Material und Soldaten absetzen können, sind nur in geringem Maße vorhanden. Schließlich sind auch die Marineflieger nur beschränkt in der Lage, Einsätze auf hoher See zu unterstützen, da unter anderem Kapazitäten fehlen, sie in der Luft zu betanken. Eine luftgestützte Flugraumüberwachung wie das AWACS-System der NATO ist in China in der Entwicklung und wurde bei den Paraden zum Nationalfeiertag 2009 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. China ist ebenfalls dabei, ein Positionierungssystem wie GPS zu entwickeln - eine Voraussetzung u.a. für die Zielgenauigkeit seiner Raketen -, doch wird nicht damit gerechnet, es vor 2020 in Betrieb zu nehmen. Mit den zukünftigen Aufrüstungsprogrammen werden sich diese Unzulänglichkeiten weiter reduzieren.

Ein Bereich, in dem China inzwischen Fortschritte erzielt hat, die bereits umfangreiche Ängste ausgelöst haben, ist die Raketentechnologie. Der erfolgreiche Test einer ballistischen Anti-Schiff-Rakete 2009 ist eine neue Qualität in der Bewaffnung. Die hohe Geschwindigkeit und die, im Vergleich zu Cruise Missiles, große Sprengkraft von ballistischen Raketen wird von amerikanischer Seite als enorme Gefahr vor allem für ihre Flugzeugträgerflotte erachtet.<sup>8</sup> Sollte die Rakete einsatzfähig sein, würde sie das Kräftegleichgewicht deutlich ändern - natürlich nur solange, bis entsprechende Abwehrwaffen entwickelt sind. Bei dieser (konventionellen) Waffe besteht die Gefahr jedoch nicht nur in ihrem Besitz, sondern auch in ihrer Verbreitung - sie hätte das Potential, den Vorsprung amerikanischer Einsatzfähigkeit, die zu großen Teilen auf ihren Flugzeugträgern basiert, zu nullifizieren.

## **Aufrüstung: Strategische Aspekte**

Die entscheidende Frage allerdings, ob China z.B. einen Flugzeugträger braucht und wie er eingesetzt werden sollte, ist bei der prinzipiellen öffentlichen Unterstützung für den Marineausbau in China nicht vordringlich. Einsatzspektren für die Flotte spielen in der öffentlichen Diskussion ebenso keine Rolle wie die möglichen Kosten. Bleiben am Ende die Aufrüstung der „Anderen“ und das Vorhandensein von Flugzeugträgern in den Händen von (potentiell verfeindeten) Mächten die einzigen Begründungen für eigene Aufrüstungsprogramme?

Liangs Aussage, dass China eine verantwortungsvolle Rolle in der internationalen Politik spielen möchte und dementsprechend auch militärische Fertigkeiten ausbilden müsse, weist in eine andere Richtung und gibt dabei die Linie des Verteidigungsweißbuchs wieder. China sieht sich aufgrund seiner gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung politisch in der Pflicht, ein zuverlässiger Partner im internationalen System zu werden. Die Indienstellung eines Trägers kann die Signalwirkung dieser Äußerungen unterstreichen. Dieses „Bekanntnis“ zur eigenen „Verantwortung“ lehnt sich in weiten Teilen an einen internationalen Sprachstandard an, der offensive Interessenpolitik hinter wohlklingenden Mutmaßungen über die Legitimität der eigenen Aktionen verbirgt. Bei dem nun folgenden Abschnitt soll die chinesische Position wiedergegeben werden.

Das Weißbuch spricht davon, den Ausbau der Armee mit dem Ziel zu betreiben, lokale Kriege unter den Bedingungen elektronischer Kampfführung gewinnen zu können und überdies die Fähigkeiten auszubauen, in entfernten Gewässern Operationen durchzuführen und auch nicht-traditionellen Gefahren (z.B. Terrorismus) zu begegnen.<sup>9</sup>

Mit Bezug zur Marine stellt diese Erweiterung des Aufgabengebietes im Kern einen weiteren Schritt in der Entwicklung hin zu einer „blue-water-navy“<sup>10</sup> dar - ein Ziel welches man 2050 erreicht haben will. Der strategische Umschwung von einer Marine, die in den Küstengewässern dümpelnd eine Invasion US-amerikanischer oder taiwanesischer Truppen zu verhindern suchte, zu einer Marine, die das offene Wasser als ihren Gestaltungsraum begreift, ist dabei für sich genommen ein Konzept aus den 80er Jahren. Diesem Umschwung liegt eine Bedrohungsanalyse zugrunde, die immer noch einer Wandlung unterliegt. Einerseits hat sich die angenommene Bedrohung durch die Sowjetunion bzw. durch Russland aufgelöst und ist einer (weitgehend)

kooperativen Struktur gewichen, was Entwicklungspotentiale in anderen Bereichen frei gesetzt hat. Zum anderen ist auch die in den 60er und 70er Jahren noch vorhandene Gefahr einer seeseitigen Invasion nahezu verschwunden: weder Taiwan noch die USA werden China in dieser Form angreifen. Umgekehrt ist man sich in Beijing klar geworden, dass eine atomare Abschreckung mit landgestützten Raketen nur bedingt möglich ist. In der Konsequenz bedeutet dies, dass man mit Blick auf die Atomkriegsfrage davon ausgeht, dass sich das Abschreckungspotential nur aufrecht erhalten lässt, wenn man das eigene Atomarsenal mobil macht - z.B. durch U-Boote.<sup>11</sup>

Die chinesische Analyse sieht heute andere Bedrohungen auf das Land zukommen als noch Mitte der 80er Jahre. So beobachtet man die Entwicklungen in den Nachbarstaaten mit Sorge und sieht sich durch Instabilität der Staaten an der Peripherie Chinas „gefährdet“. Zentralasiens Radikalisierung in politischer und religiöser Hinsicht stellt demnach dann eine Bedrohung für China dar, wenn Konflikte ihren Weg nach China finden oder zum Aufbegehren der Minderheiten in den Randgebieten beitragen. Dies gilt nicht nur für den Nordwesten, sondern auch bedingt für die Grenze mit Myanmar, wo ethnisch motivierte Konflikte drohen, über die Grenze nach China auszustrahlen.<sup>12</sup> Myanmar, aber z.B. auch Nord-Korea, stellen aus chinesischer Sicht auch unter dem Aspekt möglicher Flüchtlingsströme eine Herausforderung für die „Sicherheit“ dar.<sup>13</sup> Mit Blick auf das Südchinesische Meer macht China ebenfalls eine Bedrohung seiner territorialen Integrität aus.

Die Republik China auf Taiwan, bzw. in der Lesart der VR, *das ungeklärte Problem der abtrünnigen Provinz Taiwan*, spielt eine große Rolle in der militärischen und politischen Planung der VR. Das Anti-Sessions-Gesetz von 2008 hat den Rahmen geschaffen, in dem der Staatsrat zur Verhinderung einer Abspaltung (bzw. einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans) massiv einschreiten muss: also auch militärisch reagieren wird.<sup>14</sup> Die Taiwan-Frage stellt auch einen der zentralen Konfliktpunkte mit den USA dar, die immer noch als Schutzmacht für die Republik im Hintergrund stehen. Aus US-amerikanischer Sicht ist Taiwan von *strategischer* Bedeutung, da mit einem quasi-unabhängigen und an die USA angelehnten Taiwan eine geschlossene Inselgruppe von Korea im Norden über Japan und Taiwan bis zu den Philippinen im Süden der VR-China den freien Zugang zum Pazifik erschwert.

Zu diesen zumindest teilweise noch tra-

## Hintergrundgrafik: Handelsflotten der Welt

Die Welthandelsflotte ist in wenigen Händen konzentriert. In der Regel rechnet man in Schiffstonnage im Besitz und unter der Kontrolle bestimmter Länder.

Innerhalb Asiens ist die Verteilung ebenfalls regional konzentriert: die nord-ostasiatischen Staaten (Südkorea, Japan, VR China, Taiwan und Hongkong\*) kontrollieren 82% sämtlicher in Asien fahrender Tonnage und drei Viertel sämtlicher Schiffe (Tabelle 2).\*\* Asiens Anteil an der weltweiten Tonnage macht zusammen

ca. 40% aus, ähnlich wie EU-Europa mit 42%. Rechnet man die Schweiz, Russland und die Türkei in diesen Anteil ein, so erhöht er sich auf 45%. Nordamerika (Kanada und USA) und Südamerika kommen zusammen auf nicht einmal 5 % Anteil.

\* Hongkong ist seit 1997 territorial Bestandteil der VR China, ist aber wirtschaftlich eigenständig.

\*\* Exklusive der russischen Pazifikflotte.

Tabelle I: Top 4 der weltweiten Handelsflotten, 1. Januar 2008

Welt-Rang	Land	Anzahl Schiffe	DTW	Prozent (Welttonnage)
1	Griechenland	3115	174.570.471	16,81
2	Japan	3515	161.747.102	15,58
3	Deutschland	3208	94.222.787	9,07
4	VR China	3303	84.881.703	8,18
Weltanteil:				<b>49,64</b>

Quelle: UNCTAD; DTW= DeadWeight Tonnage.

Tabelle II: Handelsflotten in Asien, 1. Januar 2008

Welt-Rang	Land	Anzahl Schiffe	DTW	Prozent (Welttonnage)
2	Japan	3515	161.747.102	15,58
4	China	3303	84.881.703	8,18
7	Korea (Süd)	1140	37.703.707	3,63
8	Hongkong	657	33.424.439	3,22
9	Singapur	869	28.632.554	2,76
11	Taiwan	590	26.150.292	2,52
16	Indien	534	16.053.485	1,55
20	Malaysia	392	11.168.906	1,08
25	Indonesien	850	7.258.155	0,7
29	Vietnam	408	4.586.336	0,44
32	Thailand	341	4.021.825	0,39

\*\* fehlende Länder in Asien (z.B. Nord-Korea, Kambodscha, Myanmar, Bangladesh, Sri Lanka) sind aus der vorliegenden Statistik nicht zu rekonstruieren. Die 35 in der Statistik namentlich aufgeführten Länder besitzen 95,35 % der weltweiten Tonnage. Die übrigen 4,75 % bzw. 4057 Schiffe verteilen sich zu kleinen Anteilen auf den Rest der Welt - fehlende europäische Länder in der Statistik sind z.B. die Ukraine, Polen, Finnland, die baltischen Staaten, Albanien.

Quelle: UNCTAD; DTW= DeadWeight Tonnage.

ditionellen Bedrohungen haben sich, aus Sicht der chinesischen Regierung, neue hinzugesellt, die ganz wesentlich für die strategischen Entscheidungen herangezogen werden. Zum einen sind dies „neue“ Bedrohungen im Inneren, die in gewaltsame Konflikte münden können. Dazu gehören z.B. von Beijing als separatistische Gruppierungen eingeschätzte Bewegungen im äußersten Westen Chinas und in Tibet, aber auch soziale Bewegungen in

unterschiedlichen Kernprovinzen. Beide Phänomene werden von der Regierung als eine „terroristische Bedrohung“ deklariert, gegen die vor allem der massive Ausbau zentraler Sicherheitskräfte gerichtet ist.

Neue Bedrohungen sieht Beijing aber auch von außen auf sich zukommen bzw. sieht seine Interessen und Bürger im Ausland „bedroht“: einerseits durch Computerkriminalität, elektronische Industriespionage und durch elektronische Kriegsführung;



## Hintergrundkasten: Der Mythos Perlenketten

Mit der *String of Pearls* wird eine Kette von Einrichtungen bezeichnet, die China entlang der Küstenlinie von Shanghai bis in den vorderen Orient installiert hat, um, der Idee nach, eine Absicherung der Ressourcenversorgung zu erreichen und eine Nachschubroute für maritime oder militärische Operationen zu bilden. Viele dieser Perlen sind nicht per se „militärisch“ oder stehen im Zusammenhang mit militärischen Überlegungen, werden aber hergenommen, um eine „Annäherungsbewegung“ chinesischer Machtprojektion an Europa zu verdeutlichen. Sie sind damit, z.B. bei James Rogers, Ausdruck einer aggressiven Geopolitik Chinas.\*

Die Kette beginnt mit den Heimatbasen im und am Südchinesischen Meer. Ausgehend von der Basis in Sanya an der Südspitze Hainans wird sie über die Station auf einer der größeren Inseln der Spratly-Gruppe tief ins Südchinesische Meer geführt. Nächste Stationen sind eine Radarstation im Süden Myanmars nahe der Straße von Malakka, sowie ein Hafen weiter nördlich an der Küste. Beide Einrichtungen wurden von chinesischen Technikern gebaut und die Radarstation soll sogar von Chinesen betrieben werden. Noch weiter im Norden befindet sich ein weiterer Hafen in Bangladesch, der ebenfalls von chinesischen Technikern und Arbeitern ausgebaut wurde. Die Kette setzt sich fort mit einer Basis auf Sri Lanka und einem Hafen im pakistanischen Gwadar. In dies Konzept wird zudem der Durchbruch am Isthmus von Kra (auf thailändischem Boden) eingebaut, der es theoretisch ermöglichen würde, die Straße von Malakka zu umgehen/ergänzen.

Die Tragfähigkeit dieser Kette zerfällt allerdings bei näherem Besehen. Erstens sind für alle Einrichtungen primär andere als militärische Zwecke anzunehmen.

Dies gilt besonders für die Hafenanlagen in Myanmar und Gwadar, die als Anlandungspunkt von Gütern dienen können, um ihren Weg nach China über Land fortzusetzen. Von Pakistan aus waren Pipelines und der Ausbau des Karakorum-Highways geplant, der den Transport von Öl und Erzen über Land bis zu den Pipelineanschlüssen, bzw. Bahnanschlüssen im Nordwesten Chinas vorsah. Von Myanmar aus lassen sich die südlichen Ausläufer des Himalaja überqueren, um dann von der chinesischen Provinz Yunnan aus die Waren weiter zu transportieren.

Zweitens darf die politische und militärische Loyalität sämtlicher Gaststaaten der „Perlen“ angezweifelt werden. Dies gilt auch und gerade für die repressiven Systeme wie Myanmar oder Pakistan. Letzteres ist, bei aller beschworenen tiefen Verbundenheit mit der VR, in den letzten Jahren von den USA erheblich mit Waffen und Waffenhilfe unterstützt worden, so dass die gemeinsamen Programme mit den Chinesen ein wenig in den Hintergrund treten (z.B. Bau und Vermarktung eines gemeinsamen Kampffliegers). Die ökonomischen Begleitprojekte - dies gilt auch für Myanmar - wie Pipelinebau, oder Straßenausbau, liegen derzeit auf Eis. Myanmar und Bangladesch erfahren zudem von Indien gesteigerte Aufmerksamkeit, die sich in Wirtschaftsprojekten und Hilfslieferungen niederschlägt, was wiederum nahe legt, dass die Regierungen beider Länder eher einen ausgleichenden Kurs zwischen den beiden großen Staaten Indien und China steuern. China wird sich weiter um diese „Perlen“ bemühen, wird aber, so rational wie die chinesische Führung auftritt, einzelne Projekte auch fallen lassen, wenn sich ihr *ökonomisches* Potential nicht umsetzen lässt.

Drittens sollte man festhalten, dass

China bei verschiedenen Projekten keineswegs die einzige treibende Kraft ist und es kaum als alleiniger „Inhaber“ dieser Kette oder ihrer Glieder gesehen werden kann. Dies gilt besonders für den Durchbruch am Isthmus von Kra, da die Vorteile dieses Projekts nicht allein China zugute kämen, sondern zu einer ökonomischen Beflügelung in der Region insgesamt beitragen könnten.

Viertens, und dies ist derzeit und für die nahe Zukunft von 15 bis 20 Jahren entscheidend: Chinas Marine ist nicht in der Lage, eine solche Kette zu bedienen. Der technische Stand und der Ausbildungsstand der chinesischen Marine lassen umfangreiche Operationen im Umfang der Seeroutensicherung entlang der Küste nicht zu. Dies zumal, da allein die „Idee“ einer solchen Kette entsprechende „Beißreflexe“ bei Nachbarn wie Konkurrenten auslöst (z.B. Indien) - ein Umstand, an dem China nicht gelegen sein kann.

Die Perlenkette Chinas nach Europa erscheint so mehr als ein Drohgespenst, welches bemüht wird, um Aufrüstungsbestrebungen an anderer Stelle - auch und vielleicht sogar besonders in Europa - zu rechtfertigen als ein tragfähiger Beleg für die These eines aggressiven Chinas. In gewisser Weise ist es unerheblich, ob die „Kette“ wirklich zu einer Umsetzung kommt oder nicht: ihre Idee hat sich längst verselbstständigt und zeitigt auch weiterhin Folgen. Hier wird deutlich, dass die *strategische Wahl* von Akteuren auch von der *Wahrnehmung strategischer Absichten* anderer Akteure abhängt.

\* Rogers, James Rogers, From Suez to Shanghai: The European Union and Eurasian Maritime Security, EUISS Occ. Paper 77, 3/2009, S. 10. www.iss.europa.eu

andererseits - und damit Kernpunkt im Kontext hier -, werden chinesische Interessen und Bürger im Ausland bedroht. Ihr Schutz, so lässt sich aus Sicht der Marine argumentieren, ist nur über die See möglich. Insbesondere die Handelsrouten, über die der chinesische Export und der Rohstoffimport erfolgen, geraten in den Fokus der Regierung. Es sind die Schiffe der chinesischen Handelsflotte (siehe Grafik), die selbst Ziel von Angriffen von Piraten oder Terroristen werden können. Chinesen, die sich für ihre Arbeit im Ausland aufhalten, zu schützen, ist ein weiterer Punkt in der Liste. Mit chinesischen Rohstoffunterneh-

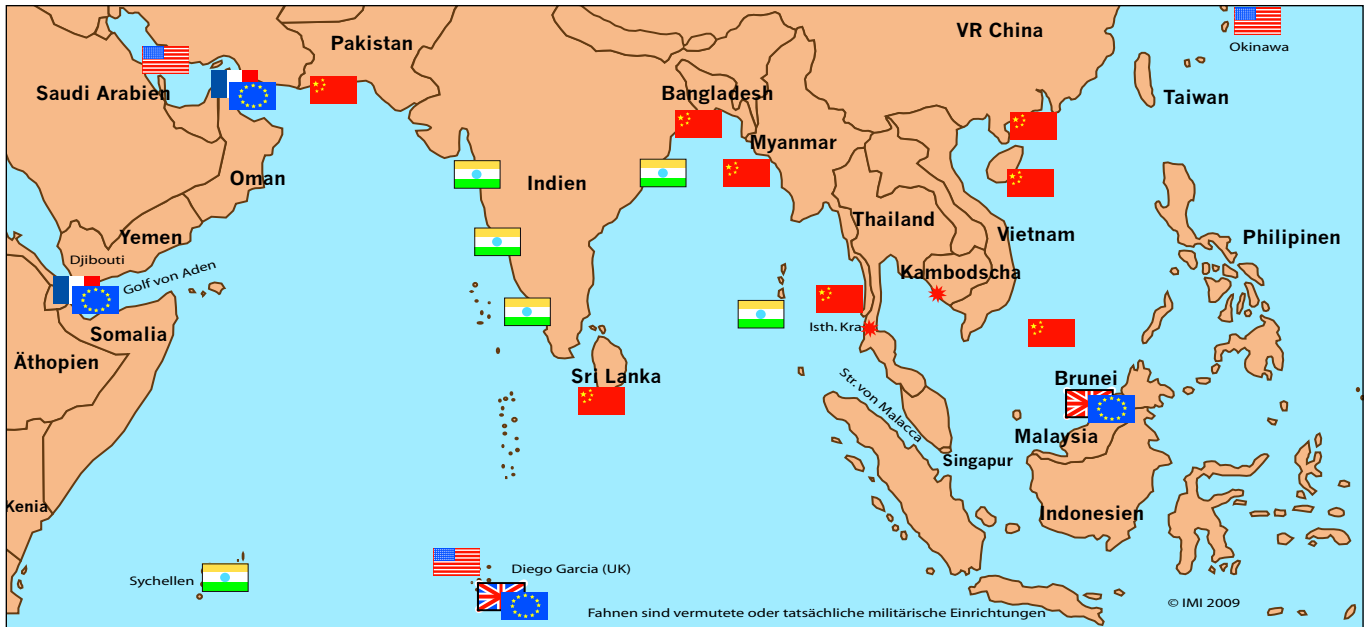
mungen weltweit, aber besonders in autoritären Staaten Afrikas, steigt die Gefahr von Ressentiments gegenüber chinesischen Staatsbürgern. Bereits bekannte Kidnapping-Fälle, wie in Nigeria und im Sudan, haben die chinesische Regierung dazu veranlasst, solche Angriffe in ihr Kalkül mit einzubeziehen. Dies reicht so weit, dass z.B. Evakuierungspläne für Chinesen in Nigeria erstellt wurden.

Auch wenn im Augenblick die (als Bedrohungen empfundenen) Zustände in Zentralasien und in den chinesischen Grenzprovinzen Xinjiang und Yunnan, bzw. die separatistischen und religiösen Bewegun-

gen in Tibet, Yunnan, Qinghai, Xinjiang, Ningxia im Zentrum der Aufmerksamkeit Beijings stehen, so sind ähnliche „Bedrohungen“ außerhalb Chinas durchaus ein Thema. Die Regierung verwendet hierfür oftmals den Begriff des Terrorismus und vergibt damit bewusst die Chance, zu einer Bewertung der *Ursachen* dieser „Bedrohungen“ zu kommen.

Die Lagebewertung mündet in eine Strategie, die alle Aspekte berücksichtigt, aber auch Prioritäten setzt. So rüstet man sich vor allem für kleinere Konflikte an der eigenen Peripherie und setzt sich zum Ziel, in enger Nähe zu China Kriege in geografisch





kleinen Gebieten unter den Bedingungen elektronischer Kampfführung zu gewinnen. Diese Maßgabe gilt besonders für die Armee, deren unmittelbare Einsatzfähigkeit gestärkt wird, aber auch für die Marine, die in „integrierten Missionen“ geschult wird.

Bedrohungen jenseits der eigenen Landesgrenzen, vor allem solche, die man als „terroristisch“ definiert, kann man mit diesen Mitteln jedoch nicht beikommen, weshalb der Fokus erweitert und (in der Rhetorik des Verteidigungsweißbuchs) militärische Mittel durch zivile Formen wesentlich ergänzt werden müssen. Indem man andeutet, dass China nun bereit ist, „internationalem Terrorismus“ auch militärisch zu begegnen, gibt man auch den Rahmen an, in dem dies geschehen soll: Sicherheitspartnerschaften mit einzelnen Ländern bzw. ein stärkeres Engagement in der UNO.<sup>15</sup> Aus dem Blickwinkel der militärisch-technischen Möglichkeiten der VR betrachtet ist dies nur konsequent, da es der Regierung so möglich wird, mit der Unterstützung anderer in Regionen einzugreifen, die für sie allein nicht erreichbar sind. Zudem bieten

Einsätze in multinationalen Einheiten im Rahmen von „Friedensmissionen“ eine Gelegenheit, Material und Mannschaften zu testen und zu schulen. UNO-Einsätzen haftet zudem politische Legitimation an, die einem alleinigen Vorgehen Chinas jenseits der Landesgrenzen fehlen würde.

Dabei ist das verstärkte Engagement Chinas in den Vereinten Nationen und seinen Missionen viel mehr politisch geboten, als militärisch. Chinas „peaceful rise“ ist einerseits verknüpft mit dem eingeschränkten Vermögen, militärische Macht zu projizieren und andererseits mit seinen weltweiten wirtschaftlichen Ambitionen.

**Asien im Rüstungsfieber?**

Der Ausbau der chinesischen Marine steht auch im Kontext einer maritimen Aufrüstung in Ost- und Südasiens. Japan antizipiert eine nord-koreanische Bedrohung und nimmt sie als Anlass, seine Marine in größerem Umfang zu modernisieren und Raketenabwehrwaffen in größerer Zahl zu kaufen. Die Kontroverse um die Hubschrauberträger der Hyuga-Klasse ist dabei von besonderer Bedeutung. Das

Schiff, das als „Hubschrauber tragender Zerstörer“ klassifiziert ist, ist das größte der japanischen Verteidigungskräfte und augenscheinlich auch in der Lage, Flugzeuge zu tragen.<sup>16</sup> Die Anschaffung von Flugzeugträgern ist der japanischen Marine jedoch qua Verfassung verboten, da man sie als Vorstufe zur Bildung einer offensiven Militärkraft ansieht. Taiwan will zwei Zerstörer erwerben, um die Situation in der Straße von Taiwan ausgeglichen zu halten und provoziert hiermit einmal mehr volksrepublikanisches Säbelrasseln.

Man kann allerdings feststellen, dass die amerikanische Präsenz und Dominanz im Pazifik einerseits zwar die Aufrüstung der VR forciert, andererseits sich die „Partner“ der USA, vor allem Südkorea, Japan und Taiwan mit ihrer Reaktion auf die „chinesische Bedrohung“ noch zurückhalten. Die Reduktion der amerikanischen Präsenz in der Region z.B. durch Truppenabbau oder Verlegung größerer Marineverbände in andere Regionen Asiens würde mit einer gewissen Sicherheit in die forcierte Stärkung der militärischen Kräfte in Japan, Korea und

Tabelle: Marinekapazitäten in Asien 2009

	China	Taiwan	Japan	N-Korea	S-Korea	Indien	Thailand
Seemannschaft	215.000	45.000	44.100	46.000	68.000	55.000	70.600
Marines	10.000	15.000			25.000	1.200	23.000
Marineflieger	27.000		9.800			7.000	1.940
U-Boote	61 <b>65</b>	4 <b>4</b>	16 <b>16</b>	71 <b>63</b>	6 <b>13</b>	17 <b>16</b>	
Flugzeugträger						1 <b>1</b>	1 <b>1</b>
Zerstörer	18 <b>28</b>	18 <b>4</b>	37 <b>44</b>		7 <b>10</b>	6 <b>8</b>	
Fregatten	36 <b>50</b>	18 <b>22</b>	21 <b>8</b>	3 <b>3</b>	9 <b>9</b>	13 <b>14</b>	12 <b>10</b>
Korvetten		3		3 <b>5</b>	28 <b>28</b>	24 <b>24</b>	7 <b>9</b>

Die kleinen Ziffern sind Vergleichszahlen von 1997. Quelle: The Military Balance

Taiwan münden - außer es gelingt, über vertrauensbildende Maßnahmen, Ängste und Irritationen zu vermindern.

Vietnam hat jüngst seine Einkäufe von Waffen in Russland um maritime Komponenten ergänzt: mit U-Booten der Kilo-Klasse und Gepard-Kampfschiffen verfolgt es eine weitgehend auf Küstenverteidigung ausgelegte Strategie.<sup>17</sup> Diese „Aufrüstung“ ist schon längst nicht mehr in der Lage, den Vorsprung den die chinesische Marine hat, zu reduzieren. Die Auflösung der ehemals sowjetischen/russischen Basis an der Küste Vietnams vor einigen Jahren zwingt Vietnam skurriler Weise heute dazu, auf die amerikanische Flotte als limitierendem Element in der Region zu setzen. Auch Singapur hat seit 2000 seine Bemühungen verstärkt, die Schlagkraft seiner Armee, Flotte und Luftwaffe auszubauen. Zuletzt ist die letzte von 6 französischen Fregatten der Formidable-Klasse in Dienst gestellt worden.<sup>18</sup> Andere Staaten in der Region rüsten mit U-Booten (Malaysia franz. Scorpene; Indonesien russ. Kilo-Klasse sowie Korea. Chang Bogo-Klasse) und kleinen Küstebooten ebenfalls auf.

Diese insgesamt eher bescheidenen Aufrüstungsprogramme sind das Ergebnis angespannter Haushaltslagen in den jeweiligen Ländern und, angesichts oftmals erheblicher innenpolitischer Probleme, anderer Prioritätensetzungen. Umgekehrt, das Beispiel Vietnams mag dies belegen, führt eine positive Haushaltslage dazu, lang aufgeschobene Vorhaben in Angriff zu nehmen. Die andauernden Streitigkeiten mit China um die Hoheitsrechte im Südchinesischen

Meer werden dazu führen, dass der ein oder andere Staat wieder in die Aufrüstungsspirale einsteigt, um gegenüber der VR China nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Zwei weitere große „Aufrüster“ in Asien sind Pakistan und Indien. Pakistan ist als Verbündeter der Volksrepublik zu bezeichnen, wohingegen das indisch-chinesische Verhältnis eher als gespannt gilt - mit jeweils entsprechenden Implikationen für die Rüstungsbestrebungen.

Während Pakistan sich vor allem mit inneren Problemen und seinem schlechten Verhältnis zu Indien abplagt und somit vor allem das Heer von den Zuwächsen im Militäretat profitiert, wird vergleichsweise wenig Geld in die kleine Marine gesteckt.<sup>19</sup> Pakistans Regierung pflegt seit Jahren intensiven Austausch mit China und entwickelt mit chinesischen Rüstungsfirmen ein Kampfflugzeug (JF-17 Thunder), welches auch für den Export vorgesehen ist. Darüber hinaus führen beide Länder regelmäßig gemeinsame Militärmanöver durch. Andere Aspekte der Kooperation sind technische Hilfe bei der Raketen- und Marschflugkörper-technologie sowie bei der Weiterentwicklung des pakistanischen Al-Khalid-Panzers. Mit drei Jiangwei II-Fregatten aus chinesischer Produktion und einer weiteren in Karachi gefertigten Jiangwei erhält Pakistan bis 2013 zudem moderne chinesische Marinetechnologie.<sup>20</sup> An verschiedenen Stellen ist auch von einem Ausbau der U-Boot-Flotte Pakistans die Rede, die über die drei Agosta U-Boote aus Frankreich hinaus um drei in Karachi gefertigte gleichen Typs erweitert werden

soll.<sup>21</sup> Pakistan, das sich nach 2001 deutlich dem „Kampf gegen den Terror“ unter amerikanischer Führung angeschlossen hat und hierfür auch mit Militärhilfe gefördert wurde, hält sich dennoch die „chinesische Karte“ in der Hinterhand. So ist auch die neue Führung unter Asif Ali Zardari regelmäßiger Gast in China - ein deutliches Signal an die USA und Indien.

Indien erlebt seit 2000 erhebliche Zuwächse im Militärhaushalt<sup>22</sup> und steckt diese einerseits in den Ersatz überalterter Jagdflugzeuge sowjetischer Herkunft, andererseits aber inzwischen auch in die Marine und die Entwicklung von Antiraketensystemen. Motiviert sich die Modernisierung der Luftwaffe aus der befürchteten Überlegenheit Pakistans, so ist der maritime Ausbau eine Antwort auf neue Bedrohungsszenarien (zu denen auch Chinas Aufstieg gerechnet wird). Ähnlich wie China bezieht Indien einen großen Anteil seiner Energie- und Industriressourcen über den Seeweg - die angenommene Gefährdung „lebenswichtiger Schifffahrtsrouten“ spiegelt sich so auch in den Anschaffungsplänen Indiens. Geplant sind Kampfgruppen, die um zwei neue Flugzeugträger<sup>23</sup> gebildet werden sollen, sowie die Modernisierung der U-Bootflotte mit neuen atomgetriebenen Booten aus russischer und eigener Produktion.<sup>24</sup> Diese indischen Anschaffungen deuten darauf hin, dass man stärker auf die Projektionsfähigkeit der Marine setzt, als sie mit ausschließlich defensiven Aufgaben zu beschäftigen.

Der Wille zur Projektion militärischer Stärke zeigt sich auch daran, dass Indien



Strittige Ansprüche im Meer um China -



Propagandacomix anlässlich der Einnahme von Xisha/Paracel durch die Chinesen 1974

massiv den Ausbau von Basen außerhalb seiner Landesgrenzen vorangetrieben hat. Mit einer Basis im Norden Madagaskars<sup>25</sup> sowie einer Luftwaffenbasis in Ayni Tadschikistan<sup>26</sup> versucht man drohender Umklammerung (durch die VR und ihrer Verbündeten) zu entgehen. Ayni erfüllt hier eine Doppelfunktion gegenüber China und Pakistan und die Niederlassung in Madagaskar dient gleich mehreren Zielen. Erwähnt werden in der Regel die Absicherung von Handelsrouten von der afrikanischen Küste in Richtung Indien, aber auch die Einbeziehung der Basis in den „Anti-Terror-Kampf“. Indiens Raketenprogramme richten sich unter anderem auf die Entwicklung eines Anti-Raketen-Schirms, den ihnen die USA verweigert haben.<sup>27</sup> Sollte ein solcher Schirm möglich sein, würde er die indischen Fähigkeiten auch in der Absicherung seiner Gewässer deutlich beeinflussen.

### Die Marine auf Kollisionskurs: Chinas einsame Inseln

Der bereits seit 1974 andauernde Konflikt um die Spratly- und Paracel-Inseln<sup>28</sup> im Südchinesischen Meer, aber auch um die Inselgruppe von Diaoyu/Senka wird immer wieder neu belebt. Gründe hierfür sind mal die Frage von seeseitiger Sicherheit für China oder mal die Erschließung von Rohstoffen. Die Begehrlichkeiten beruhen in beiden Fällen immer noch mehr auf „Schätzungen“ und „Potenzialen“, denn auf gesicherten Erkenntnissen.<sup>29</sup>

Der Streit um die Inselgruppen im Südchinesischen Meer ist größtenteils ökonomisch motiviert. Die vermuteten Bodenschätze haben nicht erst seit der chinesischen Okkupation einiger der aus dem Wasser schauenden Felsen im Jahr 1974 zu einem regelrechten Wettlauf um die Anmeldung von Gebietsansprüchen geführt. Brunei bezieht seinen Wohlstand aus den Schätzen vor der Küste und Vietnam hat einzelne Schürflizenzen an internationale Ölkonzerne vergeben. Chinas Vorstoß in die Region tangiert aber auch die Ansprüche Malaysias, der Philippinen sowie Indonesiens.<sup>30</sup> Neben Bodenschätzen spielt der Fischfang in dem Gebiet eine erhebliche Rolle. China misst sich inzwischen die Macht zu, Fangverbote zu verhängen, um den Bestand an Speisefischen zu regulieren - was in besonderem Maße vietnamesische Fischer betrifft, die immer öfter mit chinesischen Fischereibehörden aneinander geraten: sie werden letztlich um den Zugang zu für sie lebenswichtigen Ressourcen gebracht. Der Vorwurf hier ist, dass China nun auf Kosten seiner Nachbarn Reglementierungen setzt, wo sie vorher selbst zur Überfi-

schung der Region beigetragen haben - die „Kleinfischerei“ Vietnams scheitert hier an den „Fischfangflotten“ Chinas und wo für die letzteren die Möglichkeit besteht, vor die Küste Afrikas oder in andere offene Meere auszuweichen, bleibt die vietnamesische „Kleinfischerei“ auf der Strecke. Kurzfristig führen die konkurrierenden Ansprüche dazu, dass eine mögliche wirtschaftliche Nutzung der Region im Sinne der Ausbeutung von Bodenschätzen nicht betrieben werden kann.

Entscheidend aber ist die Region auch als Transitweg für sämtliche Güter auf dem Weg von oder nach Nordostasien. Japanische Computerteile, südkoreanische Kühlschränke und chinesische Plastikpuppen passieren die Region genauso, wie saudisches Öl, afrikanische Erze oder deutsche Maschinen für die Industrien Japans, Koreas, Taiwans und Chinas. Der Flaschenhals der Straße von Malakka findet seine Fortsetzung im Südchinesischen Meer. Dieses allein durch die chinesische Marine kontrolliert zu sehen, behagt der japanischen und koreanischen Industrie und Regierung ebenso wenig, wie es den VR-Strategen nicht behagt, sich hier auf die amerikanische Flotte, als „Ordnungsmacht“ zu verlassen. Neuerdings sieht sich die chinesische Regierung in ihren Befürchtungen durch Überlegungen auf europäischer Ebene bestätigt, wonach Europa seine „Vorwärtspräsenz“ ausbauen sollte - auch in Asien - und auch, um präzise zu sein, mit seinem (britischen) Stützpunkt in Brunei am Südrand des Südchinesischen Meeres.<sup>31</sup>

Die Bedeutung der Region als Transitweg für Güter kann durch den militärischer Fahrzeuge ergänzt werden. Die ausgebaute chinesische Präsenz stellt eine Gefährdung der amerikanischen militärischen Dominanz dar und könnte dazu führen, dass der Einfluss der USA in der Region zurückgeht. Die oben bereits angesprochenen Scharmützel mit amerikanischen Schiffen im Südchinesischen Meer werden von Beobachtern als Versuch Chinas interpretiert, chinesische U-Boot-Tests zu decken und die US-Präsenz in der Region zurückzudrängen. Womit sie dann vielleicht sogar das Gegenteil erreichen: „Die offensichtliche Intention Chinas, das Südchinesische Meer als ‚Bastion‘ für zukünftige SSBN-Patrouillen<sup>32</sup> zu nutzen, deren Raketen vor allem auf die Vereinigten Staaten gerichtet sind, sollte ausreichen, die Bedeutung der Region als für die Sicherheit Amerikas (U.S. homeland) betreffend zu heben.“<sup>33</sup> Der territoriale Claim, den China mit den Inseln absteckt und nun mit einer gewachsenen Flotte stärker als früher verteidigt, könnte

sich somit als der Auslöser von einer Reihe weiterer Zwischenfälle erweisen. Die absehbaren Folgen sind eine verstärkte Präsenz amerikanischer und europäischer Kriegsschiffe und der Ansatz zu einer beschleunigten Aufrüstung in den Anrainerstaaten.

Für die Diaoyu-Inseln nordöstlich von Taiwan gilt dies nicht in gleichem Maße. Hier wirkt das Interesse der USA, chinesischen Kriegsschiffen den Zugang zum Pazifik zu erschweren, als wichtigster Faktor - dicht gefolgt von der amerikanischen „Sicherheitsgarantie“ für Taiwan. Als Endpunkt der japanischen Inselkette ganz im Süden sind die Inseln näher an der taiwanesischen Hauptstadt Taipei als an Tokio. Aber auch hier geht es wieder um ökonomische Interessen Chinas und Japans an der Ausbeutung vermuteter Bodenschätze am Grund. Auch hier geht es darüber hinaus um die Festlegung chinesischer Hoheitsgewässer und damit um Einfluss- und Kontrollzonen. Mehr noch als bei den Inselgruppen im Südchinesischen Meer kochen hier nationalistische Gefühle hoch. Immer wieder haben „patriotische“ Fischer versucht, die Inseln für China zu reklamieren - und immer wieder wurden sie vertrieben. Mit immer neuen diplomatischen Botschaften versuchen beide Seiten inzwischen, den Streit rational zu fassen und Lösungen für eine gemeinsame wirtschaftliche Nutzung der Region zu finden.

Die *strategische* Bedeutung der Inseln besteht für die VR darin, einen, wenn auch schmalen, Zugang zum Pazifik zu bekommen, der als „sichere“ Passage für chinesische Schiffe nach Amerika genutzt werden kann. Dies wird rhetorisch auf die Handelsflotte gemünzt und als Absicherung einer lebensnotwendigen Handelsroute sowohl nach Nord- als auch nach Süd-Amerika gesehen. Hier spielen sowohl Exportoptionen in die USA und andere Länder Amerikas eine Rolle, aber auch Ressourcenimport vor allem aus den Ländern Lateinamerikas. Militärstrategisch betrachtet ermöglicht die Passage auch den Zugang chinesischer Kampfschiffe und U-Boote in den Pazifik und bedeutet damit einen direkten Kontrollverlust Washingtons.

Diaoyu wäre zudem ein Punkt, von dem, aus sich die „Rückeroberung“ Taiwans absichern ließe. Auch wenn dies heute weitgehend Spekulation ist, bleiben die Befürchtungen bestehen, dass, wenn China erst einmal auf Diaoyu Fuß gefasst hat, sich die Sicherheitskonstellationen im Pazifik fundamental ändern. Taiwan und die japanische Inselkette werden in der westlichen Literatur oftmals als Sicherheitsschild zur Eindämmung Chinas gesehen - ihr Aufbrechen negativ beurteilt.<sup>34</sup>





Vor Somalia auf „Piratenjagd“: Zerstörer Wuhai, Foto: Fei Jin

Deutlich für beide Fälle ist jedoch geworden, dass die ökonomische Dimension, die sich auf die Ausnutzung von Bodenschätzen und das Aufrechterhalten von Transit-routen für die Handelsschifffahrt bezieht, ergänzt wird durch eine militärisch-strategische, die niedrig zu halten das eigentlich Ziel sein sollte. Die Rechtfertigung des chinesischen Flottenausbaus als „Normalität“ und als „Angemessen für die Größe Chinas“ sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie ein Schritt in die Richtung sind, eigene Interessen durchaus auch mithilfe militärischer Gewalt durchzusetzen. Japan, so ist an den Anschaffungen für die Selbstverteidigungskräfte abzulesen, sieht sich hier in der Pflicht, auf die chinesische Rüstung zu reagieren, wohl wissend, dass damit das Konfliktpotential mit der VR China nicht kleiner wird.

### Die Marine auf Kollisionskurs: Von Piraten und Interessen

Das Jahr 2009 ist nicht nur aufgrund des Geburtstags der Marine signifikant. Es ist es auch, weil erstmals chinesische Schiffe vor weit entfernten Küsten kreuzen, um chinesische Interessen zu „verteidigen“: die asiatische Dimension der Piratenjagd vor Somalia. Mit der Entsendung von zwei Zerstörern und einem Versorgungsschiff ist die chinesische Marine seit Januar 2009 erstmals an einem Kampfeinsatz in internationalen Gewässern unterwegs.<sup>35</sup> Dieser Entsendung sind Kaperungen, bzw. Kaperversuche chinesischer Schiffe vorausgegangen.<sup>36</sup> Der Auftrag, chinesische Schiffe (und solche Hongkongs und Taiwans) sicher durch die Gewässer am Horn von Afrika zu geleiten, schließt den Einsatz an Land aus und erlaubt den Gebrauch von Waffen nur im „Verteidigungsfall“. Mit an Bord hat man jedoch Truppen, die im Kapern von Schiffen ausgebildet wurden. Hier unterscheidet sich der Auftrag an die chinesischen Schiffe kaum von dem anderer Staaten. Dieses „Flagge zeigen“ hat mehrere Dimensionen.

*Technische Prüfung:* Diese Premiere ist eine Testfahrt für die Mannschaften und ihre Schiffe - ein lang andauernder Einsatz fern ab der Heimathäfen zeigt, ob Technik und Ausbildung hinreichend aufeinander abgestimmt sind. Er offenbart, ob weitere Investitionen in die Ausrüstung der Schiffe notwendig sind, um komplexe Einsatzspektren erfüllen zu können. Das Zusammenspiel mit anderen Kriegsschiffen ist zwar nicht Kernbestandteil des Auftrages, doch ist die notwendige Kommunikation und Koordination mit anderen eine besondere Herausforderung. Gerade wenn China sich verstärkt in Katastrophenhilfe („humanitäre Einsätze“) einbringen will, erhält der Punkt des Informationsaustausches mit anderen Schiffen eine besondere Bedeutung. Auch in dieser Hinsicht eröffnet der Einsatz vor Somalia Übungsmöglichkeiten.

*Die politische Dimension:* Die chinesische Führung demonstriert mit der Entsendung ihren Willen, sich aktiv an (militärischen) „Konfliktlösungen“ zu beteiligen - getreu dem Grundsatz, ein verlässlicher Partner der internationalen Gemeinschaft zu sein. China demonstriert aber auch, dass es die Einhaltung der Auflagen was den Respekt der Hoheitsgewässer anbelangt aus der Nähe beobachten möchte.<sup>37</sup> Die Öffnung der somalischen Küstengewässer für ausländische Marineeinheiten wird als einmalige Ausnahme begriffen.

Deutlich wird auch der Wille, Machtprojektion zur Durchsetzung eigener Interessen in das Repertoire politischer Reaktionen aufzunehmen. Die chinesische Führung zeigt, dass der Schutz der eigenen Handelsflotte nun Teil der Aufgabenstellung der Kriegsflotte wird. Mit dem Verweis auf die Bedeutung der Handelsflotte für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas kommt der Wissenschaftler Yu Mengyan zu dem Schluss: „...die Sicherheit der Handelsflotte unseres Landes zu verteidigen ist also gleichbedeutend mit der Verteidigung der Sicherheit der wirtschaftlichen Ent-

wicklung unseres Landes.“<sup>38</sup> Hier geht er über das Beispiel Somalias hinaus und zieht Parallelen zu anderen Regionen entlang der Schifffahrtsroute zwischen Ostasien und Europa. Der chinesische Einsatz vor dem Horn von Afrika gerät so zum Ausgangspunkt für grundsätzliche Überlegungen für eine spezifisch chinesische Verantwortung, die aus dem Schutzbedürfnis seiner wachsenden Handelsflotte resultiert.

Seit Ende Oktober 2009 der chinesische Kohlefrachter De Xin Hai von somalischen Piraten gekapert wurde, stellt sich für die chinesische Führung die Frage neu, wie man mit der Gewaltoption umgeht. Das chinesische Verteidigungsministerium schloss den Einsatz seiner Spezialeinheiten nicht aus, kam aber letztlich zu spät. Kommentatoren sahen die Optionen für den Einsatz schwinden, als das Schiff im Hafen von Hobyo gesichtet wurde. China wagt nun einen Vorstoß, die Praxis der Konvoibildung zu überdenken und schlägt eine Aufteilung der Gewässer unter den beteiligten Marinen vor.<sup>39</sup> Die chinesische Berichterstattung über den Einsatz fokussiert seither auf die Gemeinsamkeiten mit anderen Flottenverbänden vor Ort. Nachdem bis dahin eher die Betonung der eigenen Rolle im Vordergrund stand, ist es nun die Koordination mit den Anderen. Nur in Kooperation mit amerikanischen, europäischen oder auch japanischen Schiffen, so die neue Botschaft des Verteidigungsministeriums, lässt sich das Problem mit den Piraten wirklich in den Griff bekommen - und China gedenkt hierbei eine der führenden Rollen zu übernehmen. Erstmals will die chinesische Marine die Koordination der verschiedenen Einsatzgruppen übernehmen, die bisher in der Hand der EU- bzw. US-Verbände lag.<sup>40</sup> Der Fall der De Xin Hai trägt hier dazu bei, die Diskussion um die Piraten vor der somalischen Küste weiter auf ein „Sicherheitsproblem“ zu reduzieren und militärische Lösung zu bevorzugen. Die somalischen Piraten werden so unfreiwillig zur Legitimitätsstütze für die Militarisierung der Weltmeere.

### Meer erleben - China zur See

Stellt der Einsatz vor Somalia einen Strategiewechsel in der maritimen Politik Chinas dar oder ist er „nur“ ein Anzeichen für dessen neue Rolle als „verantwortungsvoller Akteur in den internationalen Beziehungen“ und so in Ergänzung zu diplomatischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu sehen? Ist er Ausdruck des Willens zur offensiven Machtprojektion oder vor allem ein politisches Signal zur Bereitschaft und Beteiligung? Und sind die Streitigkeiten um die Inseln im Südchinesischen Meer

und östlich Taiwans territoriale Spiegelgefechte um „traditionelle Siedlungsräume“ oder doch deutlich mehr der Versuch Chinas, seinen Machtbereich zu erweitern und damit Einflusszonen zu generieren, die langfristige territoriale Annexionen vorbereiten?

Realistisch betrachtet stellt die militärische Erweiterung des eigenen Territoriums keine Option für Beijing dar - zu groß wäre der politische und wirtschaftliche Schaden. Sieht man von nationalistischem Säbelrasseln in den eigenen Medien einmal ab, bemüht sich die VR darum, den Eindruck eines verantwortungsvollen Gesprächspartners zu vermitteln, der jede direkte Herausforderung scheut. Um aber auch als „Akteur“ wahrgenommen zu werden, setzt China immer mehr auf die militärische Karte. Dies äußert sich sowohl im Engagement in der UNO, wie in der eigenen Aufrüstung.

Beijings Wille, als Sprachrohr für die Dritte Welt zu fungieren, erschöpft sich nun nicht länger darin, Entwicklungshilfe gegenüber anderen Drittwelt-Ländern zu offerieren, ohne auf deren Politikgestaltung Einfluss zu nehmen. Vielmehr signalisiert der militärische Ausbau auch gerade gegenüber diesen Ländern die Bereitschaft, sich auch mit Bewaffnung in Konflikte einzubringen. China kann hier durchaus als Gegengewicht zu vor allem in Europa und Nordamerika formulierten Ansprüchen verstanden werden, die alleinigen Ordnungsmächte zu sein. Die chinesische Aufrüstung schafft so neue Optionen nicht nur für China, sondern auch für andere Staaten der dritten Welt. Ob diese Optionen allerdings positiver oder negativer Natur sind, soll hier nicht abgeschätzt werden. Für China stellt der Ausbau militärischer Fähigkeiten zudem auch eine Strategie dar, die eigenen Interessen im Ausland abzusichern - sei es direkt mit militärischer Gewalt, oder mittels der aufgezeigten „Potenz“ zum Eingriff. Der Einsatz vor der Küste Somalias ist für Beijing (aber auch für Berlin, Brüssel, Paris, Washington) eine willkommene Gelegenheit, Flagge zu zeigen, Macht zu demonstrieren und an der heimischen Front für den Flottenaufbau zu werben. Die Probleme Somalias wird er nicht beheben. Chinas Beteiligung an der Aktion ist folgerichtig für die Rolle, die Beijing auf der internationalen Bühne spielen möchte. Es mag überraschen, dass sie sich so weit vorwagen und auch ein Teil der Führerschaft für sich zu reklamieren, doch auch dies ist nur konsequent - seit Beginn der „Finanzkrise“ tritt Beijing selbstbewusster für seine Interessen ein.

Die direkte Folge des chinesischen Agie-

rens im Bereich von Rüstung und vor allem auch der Marinerüstung ist die Gefahr eines Wettrüstens weltweit. China beobachtet seinerseits den Flottenausbau in Asien mit Sorge und wird das eigene Programm hieran anpassen: nach oben, wie anzunehmen ist. Russische, europäische und auch ostasiatische Bestrebungen im Bereich des Flottenaufbaus werden darin resultieren, dass bald auch kleinere Staaten ihre Kapazitäten ausbauen werden.

*Der vorliegende Beitrag ist eine gekürzte Vorab-Fassung einer ausführlichen Studie, die Ende Dezember/Anfang Januar erscheinen wird.*

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Der Zwischenfall vom 8.3.2009 erregte einige Aufmerksamkeit - die Impeccable wurde 75 Seemeilen vor der Südspitze Hainans von Fischerbooten gestoppt. Diese hatten versucht, das Schleppsonar der Impeccable zu kappen. Über diesen Vorfall hinaus ist am 11. Juni 2009 ein chinesisches U-Boot in philippinisch/chinesischen Gewässern mit dem Schleppsonar des Zerstörers USS John S. McCain kollidiert.

<sup>2</sup> Richard Fisher Jr., (Testimony before the U.S.-China Economic and Security Review Commission) The Implications of China's Naval Modernization for the United States, www.strategycenter.net, 11.7.2009.

<sup>3</sup> Andreas Seifert, Stabilität um jeden Preis, IMI-Studie 8/2009, April 2009.

<sup>4</sup> Eine „Aufrüstung“ im Atom-Bereich wird in China nicht unbedingt als vordringlich angesehen, vielmehr, so Jeffrey Lewis, hat sich in der chinesischen Führung schon früh der Gedanke durchgesetzt, dass *Abschreckung* relativ unbeeinflusst von Veränderungen im Umfang, der Zusammensetzung oder der Bereitschaft des Atomarsenals ist. Jeffrey Lewis, *The Minimum Means of Reprisal*, Cambridge 2007.

<sup>5</sup> Gary Li, China's Sixtieth Anniversary Naval Review: Following the trend of modernisation and its strategic implications, www.rusi.org.

<sup>6</sup> Nach dem Branchendienst SSMR in seinem Comment on World Merchant Fleet, Januar/Februar 2008, haben Süd-Koreas Werften einen Weltmarktanteil von 36,6% an aktuellen Ordnern, China folgt auf Platz zwei mit 29,2% und Japan an dritter Stelle mit 17,2%.

<sup>7</sup> Z.B. in dem Parteisprachrohr People's Daily Online über www.chinaview.cn 25.4.2009; news.xinhuanet.com/english/2009-04/25/content\_11255500.htm: Justifiable and reasonable for China to have its own aircraft carriers.

<sup>8</sup> Office of Naval Intelligence, The People's Liberation Army Navy, A Modern Navy with Chinese Characteristics, August 2009, S. S.26.

<sup>9</sup> Chinesisches Verteidigungsweißbuch 2008, Beijing 2009, S. 31.

<sup>10</sup> Mit blue-water-navy ist eine hochseetaugliche Marine gemeint, die sich von einer Küstenmarine unterscheidet, die man als green- oder yellow-water-navy kennzeichnet. Eine blue-water-navy zeichnet sich dadurch aus, dass sie

in der Lage ist, längere Zeit ohne einen Hafen anzulaufen, ihre Mission erfüllen kann.

<sup>11</sup> Inzwischen geht man davon aus, dass die drei neuen nuklear-betriebenen U-Boote in der Lage sind, auch Raketen zu tragen, siehe z.B. Jason J. Blazevic, Defensive Realism in the Indian Ocean: Oil, Sea Lanes and the Security Dilemma, in: China Security, Vol. 5 No. 3, 2009, S. 57-70, S. 61 mit Verweis auf den jährlichen Bericht über die militärischen Fähigkeiten Chinas an den Kongress.

<sup>12</sup> Seit China und Myanmar ihre wirtschaftlichen Verbindungen gestärkt haben, hat es eine Welle von Chinesen in die Grenzregion gezogen - Schätzungen über die Anzahl „ethnischer Chinesen“ in Myanmar gehen auseinander, liegen aber deutlich oberhalb von 50.000. Der Regierung Myanmars versucht seit Jahren mehr Kontrolle über die Region auszuüben - die jüngste Offensive von Regierungstruppen hat einen Flüchtlingsstrom nach China ausgelöst. Frankfurter Rundschau, Birmas Junta vertreibt Rebellenmiliz, FR 31.8.2009, S. 8.

<sup>13</sup> Siehe hierzu auch den Beitrag von Drew Thompson, Border Burdens: China's Response to the Myanmar Refugee Crisis, in: China Security, Vol. 5 No. 3, 2009, S. 11-20.

<sup>14</sup> In einem Report des Office of Naval Intelligence wird interessanterweise eine andere Interpretation des Gesetzes vorgenommen als die allgemein verbreitete. Hier steht nicht der aggressive Ton der angedrohten Gewalt im Vordergrund, als vielmehr eine Interpretation des Gesetzes als ein Schwenk von der ultimativen Position Beijing der *Vereinigung zur Verhinderung von Unabhängigkeit*. Insofern würde trotz des zugrunde liegenden Tones eine „Annäherung“ eher möglich als vorher und Beijing signalisiere eher Entgegenkommen. Office of Naval Intelligence, The People's Liberation Army Navy, A Modern Navy with Chinese Characteristics, August 2009, S.8.

<sup>15</sup> China steigert seit Jahren seine Beteiligung an UN-Friedensmissionen, beschränkt sich aber in weiten Teilen darauf, medizinische und logistische Hilfe vor Ort oder Pioniere für Straßen- und Brückenbau zu entsenden. In Haiti hat China erstmals Polizeitruppen für eine UN-Mission zur Verfügung gestellt. Nachdem die Volksbefreiungsarmee nach den Erfahrungen des Erdbebens in Sichuan ihre Katastrophenarbeit umorganisiert hat, steht zu erwarten, dass auch die Schulung der Katastrophenhilfstruppen für internationale Einsätze neu strukturiert wird. [http://eng.mod.gov.cn/DefenseNews/2009/09/16/-content\\_4088516.htm](http://eng.mod.gov.cn/DefenseNews/2009/09/16/-content_4088516.htm). Siehe auch Drew Thompson, Border Burdens, op zit.

<sup>16</sup> [http://www.globaldefence.net/newsflashes/defence\\_news/umstrittenste\\_kampfschiff\\_fuer\\_die\\_japanische\\_marine\\_in\\_yokohama\\_vom\\_stapel\\_gelaufen\\_4414\\_113.html](http://www.globaldefence.net/newsflashes/defence_news/umstrittenste_kampfschiff_fuer_die_japanische_marine_in_yokohama_vom_stapel_gelaufen_4414_113.html)

<sup>17</sup> The Military Balance 2009, S. 368.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Ein nicht geringer Teil des gestiegenen Budgets geht auf amerikanische Militärhilfe zurück, die im Zuge des „Kampfs gegen den Terror“ um die 7 Milliarden USD ausmachte - 43% des Verteidigungsbudgets gehen an das Heer, 10% an die Marine.



<sup>20</sup> [http://www.thaindian.com/newsportal/world-news/pakistani-navy-to-induct-two-chinese-built-frigates\\_1002\\_00847.html](http://www.thaindian.com/newsportal/world-news/pakistani-navy-to-induct-two-chinese-built-frigates_1002_00847.html). Der „Ausbau“ der Marine mit modernen Fregatten ist aber eher als „Ersatz“ zu werten, da in gleicher Menge Schiffe aus dem Bestand genommen werden. The Military Balance 2008, S. 341.

<sup>21</sup> The Military Balance 2009, S. 330. Pakistans U-Boot-Flotte umfasst inkl. der drei aus Frankreich kommenden Schiffe derzeit 5 Boote.

<sup>22</sup> Im Zeitraum von 2009 bis 2013 verdreifacht sich das Anschaffungsbudget der indischen Streitkräfte. The Military Balance 2009, S. 334.

<sup>23</sup> Indien ist neben Thailand das einzige asiatische Land mit einem Flugzeugträger. Die INS Viraat ist mit fast 50 Jahren ein Veteran aus britischer Produktion. Die Viraat soll durch Träger aus eigener Entwicklung sowie einen Träger der russischen Kiev Klasse ersetzt werden. Den Kampfgruppen werden auch die ebenfalls geplanten drei neuen Stealth-Zerstörer der Kolkata-Klasse angehören

<sup>24</sup> Angaben aus The Military Balance 2008, S.338-339. Die INS Arihant ist am 26.7.2009 übergeben worden und soll bis 2012 offiziell in Dienst gestellt werden - Indien ist damit der einzige Anrainer am Indischen Ozean, der über Atom-U-Boote verfügt. Sie sind eine Ergänzung zu den bei Thales geordneten konventionellen 6 Scorpene bzw. in Russland geordneten 6 Amur U-Booten. The Military Balance 2009, S. 335.

<sup>25</sup> Indien mietet mit der Basis Antsiranana (Diego Suarez) einen Hafen an der Nordspitze Madagaskars. Darüber hinaus betreibt Indien weitere „Abhörposten“ nördlich von Madagaskar im indischen Ozean.

<sup>26</sup> [http://www.atimes.com/atimes/South\\_Asia/HH12Df01.html](http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/HH12Df01.html) (12.8.2006).

<sup>27</sup> Zheng Ying, Building a Missile Shield, Beijing

Review, 25.7.2009, S.14-15.

<sup>28</sup> China hatte 1974 die Inselgruppen besetzt und angegeben, sie gehörten traditionell zu chinesischem Siedlungsgebiet. Von bewohnbaren Inseln lässt sich jedoch nur eingeschränkt sprechen. Mit der Besetzung vergrößert sich das von der VR beanspruchte Seegebiet erheblich - ein wichtiger Faktor im Bezug auf Bodenschätze (Öl, Gas, Erze), Fischerei und Transitwege.

<sup>29</sup> Muller führt an, dass nach Abschluss einer Reihe von Untersuchungen bereits zu Beginn der 80er Jahre die Schätzungen der vorhanden Bodenschätze im Kontinentalschelf Chinas, zu denen auch die Paracels gehören, weit auseinander lagen - für die chinesische Küstenregion gingen die mit der Erforschung beauftragten (westlichen) Firmen von 30 bis 40 Milliarden Barrel aus, wohingegen China eine Zahl oberhalb der 70 Milliarden publizierte. Auch wenn diese Aussagen sich nicht unmittelbar auf die Spratlys oder die japanischen Inseln bezogen, so zeigen sie doch die Tendenz auf, von höheren Mengen auszugehen. Muller, China as Maritime Power, Boulder 1993, S. 196.

<sup>30</sup> Eine der besseren Karten zu dem Komplex finden sich auf [http://www.southchinasea.org/maps\\_images.html](http://www.southchinasea.org/maps_images.html)

<sup>31</sup> Vertreter dieser Position sind z.B. James Rogers und Luis Simón, The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union and their Potential Role fort he European Security and Defense Policy (ESDP), Briefing Paper des Policy Department External Policies, des Directorate General External Policies of the Union, for the Subcommittee Security and Defence of the European Parliament, February 2009. <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies.do?language=EN>. Siehe auch: Andreas Seifert, Die Front ist da, wo

wir sind, Neuere Überlegungen zu einer europäischen Marinesstrategie, in: Ausdruck, Juni 2009, S. 15-16.

<sup>32</sup> SSBN = Abk. für ein Atomgetriebenes U-Boot mit ballistischen Raketen.

<sup>33</sup> Richard Fisher Jr., South China Sea Competition: China Contemplates More Mischief, [www.strategycenter.net](http://www.strategycenter.net), 28.6.2009.

<sup>34</sup> Z.B. wiederum bei Rogers. James Rogers, From Suez to Shanghai: The European Union and Eurasian Maritime Security, EUISS Occasional Paper 77, 3/2009, S. 10. [www.iss.europa.eu](http://www.iss.europa.eu).

<sup>35</sup> Inzwischen ist die dritte Flottille im Rotationsprinzip vor Somalia im Einsatz.

<sup>36</sup> Unter anderem die Kaperung des Fischtrawlers Tianyu 8 und eine versuchte Enterung des Tankers Zhenhua 4. Andrew S. Erickson, Justin D. Mikolay, Welcome China to the Fight Against Pirates, in: Proceeding Magazin (Naval War College), 3/2009, [www.usni.org](http://www.usni.org).

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Yu Mengyan 于梦衍, Eine kurze Analyse zum Somalischen Piratenproblem und Chinas Entsendung der Marineflotte zum Escort - unter dem Blickwinkel von Seemacht 对索马里海盗问题及中国派出海军舰队护航的浅析 - 以海权论为视角, in: Legal System and Society 法制与社会, 7/2009, S. 225-226, S. 226.

<sup>39</sup> Auf einer Tagung in Beijing ab dem 6.11.2009 sollte die Aufteilung der Seegebiete in Zuständigkeitszonen besprochen werden (Xinhua, 6.11.2009).

<sup>40</sup> Greg Torode, Beijing seeks lead role in piracy fight, in: South China Morning Post, 10.11.2009, online-ed.

## Kürzlich erschienen!

### Broschüren der IMI und von IMI-Autoren

- Im Windschatten der NATO: Die Europäische Union und der Krieg in Afghanistan (umsonst, lieferbar ab Anfang Januar)
- Frontex: Widersprüche im erweiterten Grenzraum (2,- € zuzgl. Porto)

Zu bestellen bei:

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.  
Hechinger Str. 203 72072 Tübingen  
[imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)



### Widersprüche im erweiterten Grenzraum

Materialien gegen den Krieg, Repression und für andere Verhältnisse | Nr. 7



Frontex - Widersprüche im erweiterten Grenzraum, herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation im August 2009



# Bericht über den IMI-Kongress 2009: Krisenmanagement! „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand

Vom 20.-22. November 2009 veranstaltete die Informationsstelle Militarisierung zum mittlerweile zwölften Mal ihren alljährlichen Kongress in Tübingen. Thema des Kongresses war „Krisenmanagement! ‚Sicherheitsarchitektur‘ im globalen Ausnahmezustand“. Die Veranstaltungen waren sehr gut besucht: über 200 Menschen nahmen an ihnen teil, sodass der Veranstaltungsort, das „Deutsch-Amerikanische Institut“, zeitweise aus allen Nähten platzte.

Inhaltliches Ziel des Kongresses war es, die gefährlichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Frage von Krieg und Frieden näher auszuleuchten, ein Aspekt, der in der gegenwärtigen Debatte nahezu vollständig ausgeblendet wird. Vor allem drei Bereiche wurden dabei näher betrachtet: die Auswirkungen auf die internationale Machtkonstellation und mögliche Konflikte zwischen den Großmächten, die Folgen der Krise für Konflikte in der sog. Dritten Welt und das diesbezügliche „Krisenmanagement“ in Form verschiedenster Herrschaftstechniken des Westens sowie schließlich die weitere Verschärfung der

„inneren“ Militarisierung in Deutschland. Beim Abschlusspodium wurde diskutiert, wo die Handlungsperspektiven sozialer Bewegungen in Zeiten permanenter Krisen und sich verschärfender Repression liegen. Thematisch gelang es dadurch zahlreiche, bislang zu wenig beachtete Aspekte herauszuarbeiten, sodass der Kongress sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich des Besuchs rundum gelungen war.

## Neue Mächte - Neue Kriege?

Den Auftakt am Samstag machte IMI-Vorstand Jürgen Wagner, indem er beschrieb, wie sich die Krise als Katalysator für eine „Metamorphose der Geopolitik“ auswirken werde. Sowohl die US-Geheimdienste als auch der BND kämen in ihren jüngsten Studien zu dem Ergebnis, die internationale Machttektonik werde sich fundamental verändern, indem sie den Machtverlust des Westens erheblich beschleunigen werde. Profitieren würden davon vor allem China (und womöglich Russland), wobei die westlichen Geheimdienste prognostizieren, dass diese Entwicklung zu schweren, möglicherweise sogar militärischen Auseinandersetzungen führen dürfte.

In der Strategiedebatte würde hieraus die Forderung abgeleitet, der Westen müsse sich gegen die neuen Herausforderer enger zusammenschließen, teils würde bereits einer neuen Blockkonfrontation zwischen „Demokratien“ und „Autokratien“ – für die sich der Westen dementsprechend (militärisch) wappnen müsse - offen das Wort geredet. „Der Kampf um die Vormachtstellung im internationalen System ist in vollem Gange. Die westlichen Staaten setzen alle Mittel ein, um ihre Dominanz aufrechtzuerhalten, weshalb wir derzeit tatsächlich bereits die Konturen eines Neuen Kalten Krieges beobachten können“, so Wagner.

Am deutlichsten sichtbar werde dies im Energiebereich, wo bereits erste Stellvertreterkriege zwischen China und USA/EU in Afrika, etwa im Sudan, zu beobachten seien, aber auch in den zunehmenden Energie-Konflikten zwischen der EU und Russland. Während der Westen die NATO immer offener gegen Russland in Stellung bringe, habe Moskau mit der Stärkung einer „Anti-NATO“, der Schanghai-Vertragsorganisation, begonnen, in der u.a. auch China

Mitglied ist. Die Infragestellung des Dollars als Weltreservewährung durch Russland, China, Indien und Brasilien auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 2009 würde in westlichen Elitenzirkeln teils bereits als offene Kriegserklärung bezeichnet, da dies den USA einen überaus harten ökonomischen Schlag versetzen würde.

Ohnehin seien die Vereinigten Staaten angesichts ihrer massiven Verschuldung nicht mehr in der Lage, die westliche Dominanz im internationalen System im Alleingang zu gewährleisten, geschweige denn, dem stattfindenden Machttransfer effektiv etwas entgegenzusetzen zu können. Aus diesem Grund seien sie dringend auf Partner angewiesen und die Europäische Union sei hierfür der nächstliegende Adressat. Vor diesem Hintergrund biete der neue US-Präsident Barack Obama den EU-Verbündeten einen „Transatlantischen New Deal“ an, der im wesentlichen wie folgt aussehe: Washington biete eine deutliche machtpolitische Aufwertung der EU-Staaten innerhalb der NATO an – die vielfach eingeforderte, aber nie eingelöste „Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe“ -, fordere hierfür im Gegenzug jedoch eine deutlich stärkere Beteiligung der EU an der (militärischen) Aufrechterhaltung der Weltordnung. „Mehr mitkämpfen und dafür auch mehr mitbestimmen, das ist das Kernelement des Transatlantischen New Deals“, so das IMI-Vorstandsmitglied.

Dieser Transatlantische New Deal werde derzeit auf vielen Ebenen implementiert – etwa durch die Übergabe eines der wichtigsten Oberkommandos der NATO von den USA an Frankreich. In jedem Fall stehe zu befürchten, dass die Europäische Union auf die Verschärfung der Machtkonflikte ihrerseits mit einer drastischen Militarisierung ihrer Außenpolitik reagieren werde. Künftig werde noch stärker als bisher die Durchsetzung von Interessen ins Zentrum rücken. Der in Kürze in Kraft tretende Lissabon-Vertrag liefere hierfür die erforderliche rechtliche Grundlage. „Die Krise könnte sich somit als Brandbeschleuniger auf dem Weg in eine neue Blockkonfrontation erweisen. Mit seiner aggressiven Politik riskiert der Westen aber, dass der Neue Kalte Krieg zu einer self-fulfilling prophecy wird“, so Wagners Résumé.



## Ökonomie, Krise und Krieg

Die Krise habe gezeigt, dass der Kapitalismus nicht funktioniere, so eine der Kernaussagen des Politikprofessors Elmar Altvaters gleich zu Beginn seines Beitrags. Die gegenwärtige Krise sei in zentralen Bereichen sogar schlimmer als die von 1929. Aus diesem Grund sei es besonders beängstigend, dass damals trotz aller Versuche gegenzusteuern erst der Zweite Weltkrieg und der damit einhergehende Nachfrageschub die Krise beendet habe. Die Gefahr einer militärischen Krisenverregelung sei real, so Altvater und zitierte hierfür den bekannten Historiker Eric Hobsbawm, der unlängst prophezeite, im Zuge der Krise werde „sehr viel Blut fließen.“ Oberste Priorität der Friedens- und Antikriegsbewegung sei es deshalb, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Anschließend beschrieb Altvater die kurzfristigen Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie sei vor allem auf die Politik des billigen Geldes zurückzuführen, die Finanzspekulationen massiv befördert habe. Die staatlicherseits bewusst nicht unterbundene Spekulation habe zu einer immensen Masse nicht gedeckter – „toxischer“ – Papiere geführt, die mittlerweile wertlos seien und zahlreiche Banken an den Rand der Pleite (oder darüber hinaus) gebracht hätten. Mittlerweile habe die Krise zudem auch die Realwirtschaft erfasst, womit sie zusätzlich verschärft würde. Trotzdem werde mit der Politik des billigen Geldes weitergemacht, obwohl damit die nächste Krise vorprogrammiert sei. „Jetzt baut sich schon wieder eine Spekulationsblase auf, aber wenn die platzt, hat man nicht mehr wie jetzt die Möglichkeit des billigen Geldes“, so Altvater.

Um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, würden zahlreiche Auspressmanöver in Gang gesetzt. Einerseits betreffe dies die – teils militärisch erzwungene – Erschließung neuer Absatz- und Investitionsgebiete in der ganzen Welt, ein Bereich, in dem die Europäische Union mit ihrer aggressiven neoliberalen Außenhandelspolitik der derzeit bedenklichste Akteur sei. Andererseits nehme die Ausbeutung der Natur weiter zu. Dabei werde weiterhin auf ein – nicht zuletzt wegen des Klimawandels – vollkommen unhaltbares fossiles Projekt gesetzt, etwa mit der Abwrackpämie. Stattdessen sei dringend eine Dekarbonisierung erforderlich, ansonsten steuere man unweigerlich auf eine Klimakatastrophe zu, die ihrerseits massive Auswirkungen auf die Frage von Krieg und Frieden haben werde.

Aber selbst Projekte, die auf den ersten Blick positiv erscheinen, da sie auf erneuerbare Energien setzten, seien teils überaus

problematisch. Als Beispiel führte Altvater Desertec an, ein Projekt bei dem auf einer riesigen in Afrika befindlichen Fläche Sonnenenergie für den europäischen Markt gewonnen werden soll. Das Projekt erfordere hohe Investitionen, die allein von Großkonzernen aufgebracht werden könnten und aller Voraussicht nach eine militärische Absicherung der Anlagen nach sich ziehen wird. Generell kritisierte der Politikprofessor den „Energieimperialismus“ der westlichen Staaten, die ihr unhaltbares Produktions- und Wachstumsmodell unter anderem durch den militärischen Zugriff auf Ressourcen aufrechterhalten wollten. Auch Biomasse als Alternative zu Benzin sei alles andere als unproblematisch. Das dabei bebaute Land fehle für die Nahrungsmittelproduktion, womit die Zunahme von Hungersnöten billiger in Kauf genommen werde.

Hauptkritik Altvaters war, dass die zugrunde liegenden Krisen- und Konfliktursachen („Root Causes of Conflict“) nicht angegangen würden. Weder sei die EU bereit, an ihrer neoliberalen Außenwirtschaftspolitik etwas zu ändern – womit sie schenken Auges weitere Armutskonflikte in Kauf nimmt - noch existiere die Bereitschaft, das eigentliche Hauptproblem aus dem Weg zu räumen: das unhaltbare Produktions- und Wachstumsmodell der westlichen Staaten: „Unsere politische Aufgabe ist es, die Katastrophe zu verhindern. Dabei müssen wir uns wieder mehr der Kapitalismuskritik zuwenden wie in der Vergangenheit. Wir haben uns eines Instruments beraubt, das wir dringender benötigen denn je.“ Mit diesem Satz nahm Altvater ein wichtiges Fazit des Kongresses vorweg und lieferte damit gleichsam die Basis für die beiden folgenden Beiträge, die sich mit den neuen Techniken des westlichen Krisenmanagements in der sog. Dritten Welt beschäftigten.

### Risikobevölkerungen, Lagebilder und Prävention

Christoph Marischka beschrieb Krisenmanagement als globales Pendant zum nationalen Katastrophenschutz. Beide antizipieren den unvermeidbaren Ausnahmezustand und definieren für diesen Zielvorgaben und Handlungsweisen. Anhand von deutschen Katastrophenschutzübungen verwies er auf eine Verschiebung dieser Zielvorgaben weg von der medizinischen Hilfe beim Massenansturm von Verletzten hin zur Anwendung unmittelbaren Zwangs und der Aufstands- bekämpfung. Zivilpersonen tauchen in den gängigen Szenarien nahezu ausschließlich als hysterische, irrationale, plündernde oder protestierende Menschenmengen – als Störer – auf, niemals aber als souveräne,

rational handelnde Subjekte mit Fähigkeiten der Selbsthilfe. Die Rolle der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben bestünde vorwiegend in der Kontrolle dieser Menschen, im Schutz kritischer Infrastruktur und in der Gewährleistung eines pulsierenden Handels und Transits. Hierfür müssten Menschen- und Bürgerrechte im Katastrophenfall suspendiert werden. Global Governance als Krisenmanagement im globalen Maßstab sei Ausdruck der Tatsache, dass die Herrschenden die Ursachen der permanenten Konflikte, periodischer Wirtschaftskrisen und zunehmender Umweltkatastrophen nicht aus dem Weg räumen, sondern auch gegen Widerstand in der Bevölkerung aufrecht erhalten wollen. Auf globaler Ebene ist deshalb der Ausnahmezustand permanent und die Global Governance produziert deshalb eine „überschüssige Bevölkerung“, der keine Rechte zuerkannt werden, sondern lediglich als Bedrohung für politische Autorität und den freien Welthandel wahrgenommen wird, wie es beispielsweise zum Ausdruck kommt, wenn in Sicherheitsstrategien erhöhter „Migrationsdruck“ als Bedrohung definiert wird. Die Wenigen, die dennoch tatsächlich die abenteuerliche Reise in die Metropolen der Weltgemeinschaft unternehmen, werden entsprechend auch militärisch abgewehrt, können in Europa von der Straße weg für 18 Monate inhaftiert und anschließend abgeschoben und enteignet werden. Die wesentlich höhere Zahl derer, die innerhalb ihrer eigenen Region in Flüchtlingslager fliehen, bezeichnete Christoph Marischka hingegen als Protagonisten der Welt-Nicht-BürgerInnen und beschrieb, wie die BewohnerInnen von Flüchtlingslagern des UNHCR biopolitisch kontrolliert und zugleich sicherheitspolitisch problematisiert werden.

Die Masse der Menschen würde jedoch dort „überflüssig“, wo sie lebt oder ziehe in die nächstgelegenen Großstädte. Sie steht im Mittelpunkt sicherheitspolitischer Erwägungen, wie Marischka anhand von Strategiepapieren der NATO und der EU darlegte. In diesen Strategiepapieren wird auch die Organisation und Selbsthilfe der „Überflüssigen“ durch Handys und Internet als Gefahr gesehen und diesen jegliche Rationalität abgesprochen. Die Abwertung der Staatsbürgerschaft führe neben der Hinwendung zu irrationalen kollektiven Identitäten (hier nennt die NATO den Nationalsozialismus, den Kommunismus und den Islam [sic!]) auch zu einer abnehmenden Bereitschaft der Bevölkerung, ihr Leben oder auch ihr Geld für sicherheitspolitische Maßnahmen zu opfern. Auch deshalb könne gegen die „neuen Bedro-

hungen“ kein herkömmlicher Krieg geführt werden. Vielmehr müssten die als Risiko identifizierten Gesellschaften durchdrungen und militärische Gewalt sehr gezielt eingesetzt werden, die EU-Rüstungsagentur spreche in diesem Kontext von „Kriegführung als Kombination von Aufklärung und kinetischer Energie“. Anschließend stellte Marischka einige deutsche und europäische Rüstungsprojekte vor, die der Aufklärung auf der Ebene von einzelnen Personen und der Bekämpfung „weicher und halbharter Ziele“ dienen.

Abschließend verwies Marischka auch auf humanitäre Diskurse, welche leider die sicherheitspolitischen Risikodefinitionen reproduzieren und einen Beitrag zur Durchdringung als gefährlich oder gefährdet definieren Bevölkerungsräumen leisten. Als Beispiele nannte er hier Untersuchungen über den Klimawandel, die einen erhöhten Migrationsdruck prognostizieren oder Modelle von Ernährungswissenschaftlern, welche die Wahrscheinlichkeit, dass Hunger in Proteste umschlägt, ermitteln sollen. Aus den Versuchen der Friedens- und Konfliktforschung, Frühwarnsysteme, „Early Warning“, für Konflikte zu erstellen, seien jedoch auch interessante Lehren zu ziehen. Hier verweisen einige Forscher und Praktiker mittlerweile darauf, dass Frühwarnsysteme nur dann eine rechtzeitige, effiziente und von den Betroffenen als legitim erachtete Reaktion hervorbrächten, wenn die Betroffenen selbst – und nicht entfernte Hauptstädte – gewarnt und zum Handeln befähigt würden. Dieses Handeln sei dann nicht militärisch, sondern basiere eher auf Prinzipien der zivilen Verteidigung, der Selbsthilfe und der kollektiven Verwaltung öffentlicher Güter. Genau dem, was NATO und EU als Bedrohung wahrnehmen.

### „Boots on the Ground“

Wie stattdessen die Konzepte des globalen Nordens aussehen, um trotz nachlassender Opferbereitschaft in der Bevölkerung schnell und umfassend militärisch auf Risiken zu antworten, stellte Jonna Schürkes im folgenden Vortrag dar. Sie beschrieb darin die Programme von EU und NATO-Staaten zur Ausbildung und Ausrüstung von Soldaten, Polizisten und Militärpolizisten des Südens. Diese Programme wären angesichts der Tatsache, dass heutige Kriege nicht mehr gegen Staaten, sondern gegen Bevölkerungsgruppen geführt werden, von steigender Bedeutung.

Am Beispiel Afghanistan zeigte Schürkes, dass das Ziel der Ausbildung und Ausrüstung afghanischer Sicherheitskräfte ist, der Regierung in Kabul einen riesigen Repressionsapparat an die Hand zu geben, mit der

sie auch in Zukunft die eigene Bevölkerung im Sinne der NATO kontrollieren könne. Zum anderen seien die afghanischen Soldaten und Polizisten schon heute für die internationalen Truppen Bodentruppen, die bei Kampfhandlungen nach vorne geschickt, somit der wesentlich größeren Gefahr ausgesetzt und der Besatzung ein „afghanisches Gesicht“ geben würden. Dies steigere zum einen die Legitimität des Einsatzes in den NATO Staaten, zum anderen würde dadurch versucht, selbst weniger als Besatzer wahrgenommen zu werden.

Doch es würden nicht nur nationale Sicherheitskräfte ausgebildet, sondern auch multinationale Truppen, die - unter Kontrolle des globalen Nordens - zum Management von Krisen vor allem in Afrika eingesetzt werden sollen. Hierzu knüpfte Schürkes an den Vortrag vom Freitagabend an, mit dem der IMI Kongress eröffnet worden war. Am Freitagabend hatten Kevin Gurka, Christoph Marischka und Jonna Schürkes die verschiedenen Aktivitäten der EU, ihrer Mitgliedsstaaten und der USA in Afrika in Form eines Bildervortrags vorgestellt und verdeutlicht, wie militärisch auf die Krisen in Afrika reagiert wird. Das Thema Ausbildung und Ausrüstung von Soldaten, Polizisten und Militärpolizisten war hier bereits angesprochen worden.

In Afrika würden neben zahlreichen Sicherheitssektorreformen, von den USA und der EU bzw. ihren Mitgliedsstaaten multinationale Truppen ausgebildet und ausgerüstet, die in Afrika intervenieren sollen. Derzeit würden so fünf regionale Brigaden aufgestellt, die unter Kommando der Afrikanischen Union bei Konflikten auf dem Kontinent intervenieren sollen. Die Aufstellung der Regionalbrigaden werde v.a. von der EU und den USA finanziert, in den Ausbildungszentren für afrikanische Soldaten hätten meist europäische Militärs die wichtigsten Positionen inne. Die bisherigen Einsätze der AU, die meist nur formell das Kommando inne gehabt habe, wären ohne die Finanzierung aus dem Entwicklungsfond der EU, die Bereitstellung von Logistik und Aufklärung durch die EU oder die USA nicht möglich gewesen. Dies wird auch auf absehbare Zeit so bleiben, weshalb sich der globale Norden hiermit Hilfstruppen geschaffen hat, deren Einsätze sie durch finanzielle Mittel, Hilfe bei Ausbildung, Aufklärung und Logistik de facto kontrollieren kann.

Anhand der beiden Beispiele wollte Schürkes aufzeigen, wie - im Allgemeinen mit Entwicklungshilfegeldern - der globale Norden Repressionsorgane in den Ländern des Südens aufbaue, um die als Bedrohung wahrgenommenen Menschen in den ver-

schiedensten Teilen dieser Welt zu kontrollieren.

### Militarisierung von Forschung und Lehre

Am Sonntag eröffneten Sarah Nagel und Mechthild Exo den Kongress mit ihrem Beitrag zur Militarisierung von Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen. Von der Grundschule bis zum Studium bemühe sich die Bundeswehr an Bildungseinrichtungen um Akzeptanzgewinnung, Rekrutierung und Kooperation. Hierfür stellen sowohl die NATO, als auch das Forschungs-, das Verteidigungsministerium und die EU in ihrem vermeintlich zivilen Forschungsrahmenprogramm Gelder zur Verfügung. So habe eine Reihe von kleinen Anfragen der Linkspartei im vergangenen Jahr offenbart, dass 2008 an mindestens 27 Hochschulen in zehn Bundesländern „wehrrelevante“ Forschung und Sicherheitsforschung betrieben würde. An den betreffenden Unis sei das selbst im Mittelbau der jeweiligen Institute häufig unbekannt, würde aber auch selten problematisiert, beschrieb Sarah Nagel ihren Eindruck, den sie gewann, als sie versuchte, telefonisch mehr über die einzelnen, vom Verteidigungsministerium geförderten Projekte zu erfahren. Offensichtlich überwäge an den Hochschulen wehrmedizinische und sozialwissenschaftliche Begleitforschung, die sich häufig mit Fragen der Ethik und der Legitimierung beschäftigen würden, während an konkreten Waffensystemen oft in An-Instituten oder anderen, oft der Uni nahestehenden Einrichtungen wie den Fraunhofer-Instituten und der FGAN geforscht werde.

Die so genannte „Sicherheitsforschung“ sei seit 2001 neben die wehrtechnische Forschung getreten, habe aber – entsprechend der aktuellen Konfliktlage, wie sie Christoph Marischka zuvor beschrieb – ähnliche und ergänzende Inhalte, obwohl sie aus zivilen Mitteln finanziert wird. So basiere sie auf europäischer Ebene auf Programmen mit Titeln wie „Auf dem Weg zu einer EU-Ausrüstungspolitik“ und „Forschung für ein sicheres Europa“, findet sich aber heute vor allem unter dem Titel „Kooperation“ im Forschungsrahmenprogramm der EU. Geforscht wird dabei etwa an Technologien für den Schutz von Flughäfen und anderer kritischer Infrastrukturen und zur Überwachung öffentlicher Plätze. Sozialwissenschaftliche Forschung betreffe auch hier einerseits Fragen etwa der „Krisenprävention [sic] in Afghanistan“, Untersuchungen, wie es um das Vertrauen in Polizei und öffentliche Autoritäten steht und wie dieses gesteigert werden könnte und ethische Fragestellungen, die letztlich „auslo-





*Abschlusspodium des Kongresses mit Rolf Gössner, Claudia Haydt, Hedwig Krimmer und Tobias Pflüger (von links)*

ten sollen, wie weit man gehen kann“, so Nagel. Zur Konzeption des Forschungsprogramms und seiner Ausschreibungen und für die Entscheidung über die Bewilligung von Forschungsmitteln wurden eigens Gremien geschaffen, in denen v.a. Vertreter der Rüstungsindustrie sowie Sicherheitspolitiker vertreten sind (aus Deutschland etwa Vertreter von EADS, Diehl, BKA und der Fraunhofer-Gesellschaft). Insofern sei klar, dass diese Forschung anwendungsorientiert sei und von freier Wissenschaft keine Rede sein könne. Tatsächlich werden diese vermeintlich zivilen Forschungsprogramme neben sicherheitspolitischen Notwendigkeiten stets auch mit dem „großen Markt für Sicherheit begründet, für den die europäische Industrie gut aufgestellt sein soll“, so Nagel.

Da es aber auch innerhalb dieses Marktes noch nationale Konkurrenz gibt, unterhält Deutschland mittlerweile ebenfalls ein „ziviles“ Programm zur Sicherheitsforschung, das zwar vom Forschungsministerium finanziert wird, an dem aber das Verteidigungsministerium nach eigenen Aussagen beteiligt ist und von dem es sich „Synergien“ erhofft. Wie auch beim EU-Programm wird hier v.a. an so genannten Dual-Use-Technologien geforscht, die sich sowohl zivil als auch militärisch einsetzen lassen. Problematisiert wird das nur insofern, als diese Technologien nicht in die Hände von Kriminellen oder Terroristen fallen dürften.

Mechtild Exo zitierte zunächst die US-Strategie zur Aufstandsbekämpfung, wonach es notwendig sei „in die Bevölkerung und ihre Lebensweise einzutauchen“ um siegreich zu sein. Deshalb habe das Pentagon 60 Mio. US\$ bereitgestellt, um zivile Anthropologen und Sozialwissenschaftler ins Militär zu

integrieren. Schockierend sei auch, dass die NATO-eigenen Institute mittlerweile zu einem stark erweiterten Themenfeld, etwa Fragen der Migration, der Ernährungs- und Umweltsicherheit forschen, damit offensiv und erfolgreich in die zivile Forschung vorzudringen und dabei das Militär als universellen Problemlöser präsentierten. Genau besehen ginge es aber auch hier v.a. um die Analyse von Unruhe- und Widerstandspotential und die „Sicherheit und Stabilität der Euro-Atlantischen Zone“, wie Mechthild Exo aus dem NATO-Programm „Wissenschaft für Frieden und Sicherheit“ zitierte. So beschäftige sich die NATO unter dem Titel der Ernährungssicherheit nahezu ausschließlich mit der Verarbeitung und Logistik von Nahrungsmitteln in den Norden und der Möglichkeit für Terroristen, diese zu stören oder Nahrungsmittel zu vergiften. Wissenschaftler aus dem globalen Süden, die von Themen wie Umweltsicherheit und Wasserknappheit am ehesten betroffen sind, seien ohnehin von den NATO-Programmen ausgeschlossen.

Auch in Deutschland sei die Tendenz festzustellen, dass militärische Annahmen von der Wissenschaft integriert würden, während etwa postkoloniale Ansätze kaum Förderung erhielten. So sei der dominierende Ansatz in der Friedens- und Konfliktforschung, dass „Gescheiterte Staaten“ durch Marktöffnung und militärische Intervention zu restrukturieren seien. Ein ehemaliger Mitarbeiter der UNMIK und heutiger Regierungsberater in Afghanistan, Michael Daxner, hätte beispielsweise an der Universität Oldenburg einen „Forschungsverbund Interventionskultur“ gegründet, der sowohl die Gesellschaften, in denen interveniert wird, als auch den „Heimatsdiskurs“ in den truppenstellenden Staaten untersuchen soll.

Auch der Sonderforschungsbereich (SFB) 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“, dem etwa 50 Wissenschaftler und 30 Doktoranten angehören, sei „anwendungsorientiert“ und greife unter anderem auf die Kolonialherrschaft zurück, um diese für heutige Einsätze nutzbar zu machen. Als „Räume begrenzter Staatlichkeit“ würden dabei durchaus auch Pariser Vorstädte und Stadtteile wie Neukölln identifiziert.

Gegen den SFB 700 hätte es an der FU schon mehrere Protestaktionen gegeben, auf welche die Betroffenen heftig reagiert hätten, so Exo weiter. „Seitdem findet dort aber immerhin eine intensive Debatte statt, an der sich viele Studierende beteiligen“. Das bestätigte auch Sarah Nagel: Häufig reiche es schon die Rüstungsforschung öffentlich zu machen, wodurch die Universitäten in Erklärungsnot kämen. Dies sei etwa an der TU Berlin so gewesen, die aufgrund ihrer einschlägigen Geschichte eigentlich eine Zivilklausel hat, welche Rüstungsforschung ablehnt, wo diese aber dennoch mindesten seit 2000 betrieben wird. Solche Zivilklauseln seien zwar rechtlich nicht bindend, dennoch seien sie ein guter Hebel, um Rüstungsforschung zu unterbinden oder zumindest zu kritisieren. In Karlsruhe bemühe sich z.B. gegenwärtig ein Bündnis aus Gewerkschaft, Studierenden und kritischen Naturwissenschaftlern darum, die Zivilklausel des dortigen Kernforschungszentrums bei dessen Fusion mit der Universität auf das neu entstehende Karlsruher Institut für Technologie (KIT) auszudehnen. In Niedersachsen hätte es einen Antrag im Landtag gegeben, eine solche Zivilklausel im Landeshochschulgesetz zu verankern. Auch die Studenten, welche in Tübingen zum Zeitpunkt des

IMI-Kongress einen Hörsaal besetzt hielten, stellten die Forderung an die Uni-Leitung, eine Friedensklausel zu verabschieden, zu veröffentlichen und zu befolgen.

### Militärischer „Heimatschutz“

Anschließend ging der prominente Bürgerrechtler Rolf Gössner auf die Barbarisierung der Innenpolitik ein. Spätestens seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 sei eine „Periode des permanenten Ausnahmezustands“ auch und vor allem in Deutschland eingetreten. Seitdem habe sich der Trend zur „Erhöhung der Kontroll-dichte“ massiv verstärkt, eine „neue Sicherheitsarchitektur“ befinde sich im Aufbau, die eine „Strukturveränderung im Staatsgefüge“ bedeute. Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte seien dabei zwei Tabubrüche vorgenommen worden.

Dies betreffe erstens das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten, etwa im Rahmen der neuen Befugnisse für das BKA. Schwerpunkt des Beitrags war jedoch der zweite Bereich: die zunehmenden Militäreinsätze im Inneren. Auch hier seien im Grundgesetz einer Verwendung des Militärs im Inland – eigentlich – enge Grenzen gesetzt, nicht zuletzt wegen der Erfahrungen mit der Reichswehr, die während des Kaiserreichs auf brutalste Weise gegen demokratische Bewegungen vorging. Eine Brutalisierung der Innenpolitik sei die logische Folge einer solchen Entwicklung. Denn das Militär unterliege nicht dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit, womit ja schon die Polizei häufig ihre Probleme hätte.

Nach gegenwärtigem Rechtsstand dürfe die Bundeswehr entweder im Verteidigungsfall im Innern eingesetzt werden, wofür eine 2/3 Mehrheit des Bundestages erforderlich wäre oder nach Artikel 87a, Absatz 4 des Grundgesetzes im Falle eines inneren Notstands. Ferner könne zur Katastrophenabwehr im Rahmen von Artikel 35 logistische Amtshilfe der Bundeswehr geleistet werden, sollten zivile Stellen nicht über ausreichend Kapazitäten verfügen. Allerdings beschränkte sich diese „Amtshilfe“ – eigentlich – auf nicht-militärische Aspekte. Gerade Artikel 35 werde derzeit jedoch als Einfallstor missbraucht, um eine flächendeckende Militarisierung der Innenpolitik in die Wege zu leiten. Was eine Fußballweltmeisterschaft oder ein G8-Gipfel mit einem Katastrophenereignis gemein hätten, sei ebenso unklar wie die Frage, wie denn die dabei eingesetzten AWACS-Flugzeuge oder Fennek-Spürpanzer als nicht-militärisches Gerät gewertet werden könnten, so Gössner.

Die Weichen für die Aufweichung des Trennungsgebotes seien bereits 2004 unter der Rot-Grünen Bundesregierung gestellt worden. Das damalige Luftsicherheitsgesetz, das den Abschuss entführter Flugzeuge und damit die Tötung Unschuldiger billigend in Kauf genommen hätte, sei moralisch wie auch rechtlich vollkommen inakzeptabel: „Damit wurden Menschen gegen Menschen verrechnet“, erklärte Gössner. Das Gesetz sei jedoch vom Bundesverfassungsgericht in aller Deutlichkeit verworfen worden. Ein vernichtenderes Urteil über die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung hätte kaum gefällt werden können. Dennoch sei dies dann als Auftrag zu einer Grundgesetzänderung uminterpretiert worden, um die rechtlichen Barrieren für Bundeswehreinräte im Inland zu beseitigen.

Schon in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 und später im Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2006 sei die Forderung erhoben worden, dass künftig zwischen äußerer und innerer Sicherheit nicht mehr getrennt werden solle. Zudem erlaube Artikel 222 des Vertrags von Lissabon (Solidaritätsklausel) endgültig den Militäreinsatz zur Terrorabwehr im EU-Inland. Aufgrund der weiten EU-Terrordefinition falle darunter aber beispielsweise auch ein politischer Generalstreik. Eine „flächendeckende Militarisierung Deutschlands“ erfolge derzeit vor allem über die Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Inland (ZMZ-I). Derzeit würden 480 Verbindungskommandos aufgebaut, in denen Reservisten säßen, die für eine Koordination ziviler Stellen mit der Bundeswehr im Falle von „Großschadensereignissen“ zuständig seien. Dabei handele es sich um eine Reservearmee von 5.000 Soldaten, die darüber hinaus auf bis zu 100.000 aufgestockt werden könne. Diese neue Struktur sei u.a. beim NATO-Gipfel eingesetzt worden, was deutliche Hinweise darauf gäbe, wogegen hier „geschützt“ werden solle.

Es sei geradezu zynisch, wenn eingestanden würde, dass die Bundeswehreinräte im Ausland eine Vergrößerung der Gefahr für Terroranschläge nach sich ziehe, dies jedoch dann wiederum als Anlass und Rechtfertigung für eine Militarisierung der Innenpolitik herangezogen würde. „Wer Notstand predigt, der wird Krieg ernten“, der „Ausnahmezustand als Normalzustand“ sei zum neuen „Paradigma des Regierens geworden“, so der Bürgerrechtler. Offensichtlich bereite man sich hier auf die Niederschlagung von Protesten vor: „Der Sicherheitsstaat wird in dem Maße aufgerüstet, in dem der Sozialstaat abgetakelt wird“, so Gössners Fazit. Es bedürfe deshalb dringend der Etablierung

eines neuen Sicherheitsbegriffs, der sich nicht an den Präferenzen des Kapitals und seiner Vertreter, sondern den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiere. Unmittelbar müsse jedoch zunächst alles daran gesetzt werden, die Anti-Terror-Sondergesetzregelungen wieder rückgängig zu machen, um so die rasante Brutalisierung der Innenpolitik schrittweise zurückzudrängen, so Gössners abschließendes Plädoyer.

### „Die Lage ist ernst“

Wie das zu schaffen sei, war Thema des anschließenden Podiums, an dem neben Gössner auch Hedwig Krimmer von ver.di München und der Kampagne „Rettet die Grundrechte - gegen den Notstand der Republik“ sowie der ehemalige EU-Parlamentarier und IMI-Vorstand Tobias Pflüger teilnahmen.

Hedwig Krimmer beschrieb zunächst, wie sie gemeinsam mit anderen GewerkschaftsaktivistInnen (unter anderem aufgrund eines Referates von Rolf Gössner in München) begann, sich mit dem Thema Grundrechteabbau, insbesondere auch dem Versammlungsrecht und eng damit verbunden auch der Militarisierung der Innenpolitik zu beschäftigen. Dies führte unter anderem dazu, dass ver.di München zu Protesten gegen das Bundeswehrgelöbnis diesen Sommer aufrief, was Krimmer spontanen Applaus auf dem IMI-Kongress, aber auch einiges an Kritik innerhalb der Gewerkschaften einbrachte. Dennoch sei es notwendig, diese weiterhin auf das Thema aufmerksam zu machen, auch wenn dies alltägliche Kompromisse erfordere: „Wenn wir es schaffen, denen, um die es geht, deutlich zu machen was hier gerade geschieht, wie das ihr Leben, ihren Frieden, ihre Demokratie, ihre Rechte bedroht, dann haben wir das Gemisch, das wir brauchen“, so Krimmer. Dabei verwies sie auf die Bewegung gegen die Notstandsgesetze Ende der 1960er Jahre. Damals seien die Gewerkschaften gemeinsam mit der Bürgerrechtsbewegung und den Studenten auf die Barrikaden gegangen und just in dem Moment, als sich die Gewerkschaften zurückzogen, weil sie ein „Zuckerle“ erhielten (nämlich dass Streikverbot aus den Notstandsgesetzen ausgenommen wurde) habe die Bewegung an Einfluss verloren.

Tobias Pflüger begann seinen Beitrag mit den Worten „die Lage ist ernst“. Damit bezog er sich einerseits auf die bereits von Gössner erwähnte „Solidaritätsklausel“ im Vertrag von Lissabon, aber auch auf das Eingeständnis des neuen Verteidigungsministers, in Afghanistan herrsche ein „kriegsähnlicher Zustand“. Damit versuche dieser, die gezielte Tötung von Menschen

mit militärischen Mitteln durch deutsche Soldaten in Afghanistan zu legalisieren. Die Kriegführung im Ausland ginge stets mit einem Grundrechteabbau im Innern einher und beides würde sich im Zuge der aktuellen Krisen weiter verschärfen. Die sozialen Bewegungen müssten deshalb nun den Schulterchluss suchen mit den Gewerkschaften, mit Teilen der Kirchen, mit den Menschen innerhalb der Bildungseinrichtungen. Die Einladung der Studenten, die einen Hörsaal in Tübingen besetzt halten, den Kongress dorthin zu verlegen, sei ein gutes Beispiel für einen solchen Schulterchluss. Leider konnte die IMI diese Einladung technisch nicht annehmen, sie wurde aber durchaus begrüßt und der Vortrag zur Militarisierung von Forschung und Lehre werde ja nun auch im Hörsaal wiederholt. Als weiteres Beispiel nannte Pflüger die Fuldaer Erklärung, die von Bekannten eines getöteten Soldaten gemeinsam mit dem örtlichen DGB initiiert wurde und den Rückzug aus Afghanistan sowie ein Ende aller Rekrutierungsbemühungen der Bun-

deswehr fordert. Wichtig sei aber bei der Bündnispolitik, dass man dabei seine Positionen nicht aufweiche und das bedeute, dass sich die Antikriegsbewegung weiterhin allen Auslandseinsätzen entgegenstellt und er persönlich die Rückkehr zum Grundgesetz von 1949 fordert, welches überhaupt keine deutsche Armee vorsah. Als wichtige Kampagnen für die nächsten Monate, bei denen solche Bündnisse geschaffen werden sollten, nannte Pflüger die Proteste gegen die Verlängerung des Afghanistan-Mandates Anfang Dezember, gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im Februar 2010 und den Celler Trialog im kommenden Sommer.

Rolf Gössner verwies darauf, dass nach dem Protest häufig die Repression in Form von Strafverfahren kommt, die meist mit einer Individualisierung und Isolierung der Betroffenen einhergehen. Dann sei natürlich auf der einen Seite professionelle Hilfe nötig, wie sie Rote Hilfe, Legal Teams, Republikanischer AnwaltInnenverein zur Verfügung stellen können, die häufig bei

den Protesten selbst vor Ort waren und die Situation einschätzen können. Doch auch die Bewegung ist hier gefragt, denn die Betroffenen sehen sich ja meist als Teil dieser Bewegung und diese muss dann auch Solidarität demonstrieren. Ein wichtiges Element seien auch DemonstrationsbeobachterInnen, wie sie das Komitee für Grundrechte und Demokratie organisiert, die anschließend Taktik und Verhalten der Polizei aufarbeiten und dokumentieren. Gössner verwies auch auf Initiativen in den 1980er Jahren, wie „Bürger beobachten die Polizei“, welche sowohl das praktische Vorgehen der Polizei, als auch die rechtlichen und strategischen Verschiebungen auf denen dieses basiert kontinuierlich beobachten und kommentieren. Heute müsse man vielleicht auch noch ergänzende Initiativen wie „Bürger beobachten die Bundeswehr“ ins Leben rufen, denn „wir treffen die ja inzwischen häufiger“, so Gössner abschließend.

## Stockholmer Programm, für Deutschland nicht ambitioniert genug

Nach den Programmen von Tampere 1999 und Den Haag 2004 wird Anfang Dezember auf dem Rat der Staats- und Regierungschefs der EU ein neuer Fünfjahresplan für die Innere Sicherheit der EU, das so genannte Stockholmer Programm, verabschiedet werden. Obwohl das deutsche Innenministerium (BMI) bereits über die Gründung einer informellen „Future Group“ während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007, welche das Programm ausarbeiten sollte, massiven Einfluss auf dessen Ausgestaltung nahm, kritisierte das BMI den Entwurf der Kommission vom 10. Juni 2009 als unzureichend. In einem Schreiben des BMI an die Kommission heißt es u.a.: „Es gibt Bereiche, in denen wir unsere Ziele konkreter und ambitionierter fassen wollen“. So kritisiert die Bundesregierung u.a., dass es in der Mitteilung der Kommission „keine grundsätzliche Positionierung zu der JI-Außen-dimension [außenpolitischen Komponenten der EU- Innen und Justizpolitik] durch ein separates Kapitel“ gibt: „Wir sprechen uns für ein eigenständiges Kapitel aus, denn die Bedeutung der externen Dimension der europäischen Innenpolitik ist stetig gewachsen und auch zu einem wichtigen Bestandteil der gesamten EU-Außenpolitik geworden. Diese Entwicklung muss sich in den kommenden Jahren in der EU-Ratspolitik widerspiegeln ... Zu denken ist etwa an die Anknüpfung an Migrationsrouten für die Zusammenarbeit im Bereich Migration“. Damit sind Bemühungen gemeint, Herkunfts-

und Transitstaaten u.a. durch Polizei- und Militärausbildung sowie durch die Weitergabe von Aufklärungsdaten dazu zu bewegen, bei der Abschiebung ihrer eigenen Bürger mit der EU zu kooperieren, TransmigrantInnen festzusetzen und ihre Grenzen abzuschotten. Konkret bedeutet dies, dass sich die EU-Außenpolitik nicht etwa an Fragen der Menschenrechte, sondern – eher im Gegenteil – an einer möglichst effektiven Unterbrechung der Fluchtrouten orientieren soll. Diese Verquickung innenpolitischer Zielsetzungen mit der Außenpolitik ist ein klarer Hinweis auf den imperialen Charakter der EU.

Konkreter heißt es hierzu später: „Daher sollten wir die Vorschläge zur Bekämpfung der illegalen Migration im Stockholmer Programm noch ergänzen“. Benannt werden hierzu die „verstärkte Einbindung und Ausbau von Frontex als Steuerungsinstrument, Ausbau der EU-Vorverlagerungsstrategie durch Einsatz von Dokumenten- und Visaberatern, Erhöhung zielgerichteter Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, sowie Schaffung eines Netzwerks von Verbindungsbeamten in Herkunfts- und Transitstaaten; hierzu abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedsstaaten.“ Gleichzeitig solle sich die EU „für qualifizierte Migranten aus Drittstaaten attraktiver machen“. Diese „gezielte Steuerung der Migration“ erfolgt letztendlich durch die Illegalisierung und Abschiebung unerwünschter MigrantInnen, insbesondere also von Flüchtlingen.

Weiter fordert die Bundesregierung: „Die Europäische Union sollte [daher] eine noch engere Verbindung und stärkere gegenseitige Nutzung des Fachwissens in den Bereichen Außenpolitik; Militär; Innenpolitik, insbesondere Sicherheit, Polizei, Bevölkerungsschutz und Entwicklungszusammenarbeit gewährleisten“. Dass diese Forderung ausgerechnet von der deutschen Regierung stammt, der eine Zusammenarbeit zwischen Militär und Polizei verfassungsrechtlich untersagt ist, macht deutlich, dass die Exekutiven der Mitgliedsstaaten versuchen, sich über den Umweg der Europäischen Innen- und Sicherheitspolitik aller rechtlicher Schranken und den Lehren aus dem deutschen Faschismus zu entledigen.

Die abweisende Haltung gegenüber Flüchtlingen, deren Fingerabdrücke beim Stellen eines Asylantrags in der Datenbank EURODAC gespeichert werden, kommt an weiteren Stellen zum Ausdruck: „Eine weitere Priorität sollte die Verabschiedung der Rechtsgrundlagen für einen polizeilichen Zugriff auf EURODAC sein, um über EURODAC verfügbare Fingerabdrücke zur Gefahrenabwehr oder zur polizeilichen Identifizierung von terroristischen und sonstigen schwerwiegenden Straftätern nutzen zu können.“ Hiermit werden Asylbewerber nicht nur per se mit Terrorismus in Verbindung gebracht, sondern es soll eine ohnehin rechtlich benachteiligte Bevölkerungsgruppe unabhängig von Vorstrafen o.ä. insgesamt dem polizeilichen biometrischen Zugriff eröffnet werden.